

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hans Günter Hockerts

Zeitgeschichte in Deutschland

Begriff, Methoden, Themenfelder

Wolfgang J. Mommsen

Die DDR in der deutschen Geschichte

Christoph Kleßmann

Verflechtung und Abgrenzung

Aspekte der geteilten und zusammengehörigen
deutschen Nachkriegsgeschichte

Wolfgang Protzner/Alexandra Neubauer/Christel Schuster

Der Geschichtsunterricht in der DDR
als Instrument der SED-Politik

B 29–30/93

16. Juli 1993

Hans Günter Hockerts, Dr. phil., geb. 1944; o. Professor für Neueste Geschichte (Zeitgeschichte) an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980; Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats, in: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990; Vom Nutzen und Nachteil parlamentarischer Parteienkonkurrenz. Die Rentenreform 1972 – ein Lehrstück, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992.

Wolfgang J. Mommsen, Dr. phil., geb. 1930; seit 1968 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; 1977–1985 Direktor des Deutschen Historischen Instituts, London; 1988–1992 Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands; Berufung an das Historische Kolleg in München für das akademische Jahr 1992/93.

Veröffentlichungen u. a.: Mitherausgeber der Max-Weber-Gesamtausgabe, Max Weber und die deutsche Politik, 1890–1920, Tübingen 1974²; Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich, Frankfurt 1990; Nation und Geschichte. Über die Deutschen und die deutsche Frage, München 1990; Das Ringen um den nationalen Staat, 1850–1890, Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7.1, Berlin 1993.

Christoph Kleßmann, Dr. phil., geb. 1938; 1976–1993 Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung, Düsseldorf 1971; Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn – Göttingen 1991⁵; Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn – Göttingen 1988; (Hrsg.) Nicht nur Hitlers Krieg. Der Zweite Weltkrieg und die Deutschen, Düsseldorf 1989; (Hrsg. zus. mit G. Wagner) Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945 bis 1990, München 1993.

Wolfgang Protzner, Dr. phil., geb. 1942; Professor für Didaktik der Geschichte an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg; wissenschaftlicher Projektleiter der Akademie für Neue Medien Kulmbach.

Veröffentlichungen u. a.: Zur Medientheorie des Unterrichts, Bad Heilbrunn 1977; Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland, Wiesbaden 1987; Geschichtsbewußtsein aus der Glotze?, München 1986; Mitarbeit an zahlreichen Schulbüchern.

Alexandra Neubauer, geb. 1967; Lehramtsanwärterin.

Christel Schuster, Dr. phil., geb. 1959; Studium der Geschichte und Germanistik in Jena; 1985–1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin in Zwickau; seit 1993 Habilitandin in Bamberg.

Mitarbeit an zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, u. a. Die Teilung Deutschlands 1945–1955, Bonn 1991; Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit, Bonn 1991; Die Etablierung des Stalinismus, Teufen 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann (abwesend), Hannegret Homberg, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Hans Günter Hockerts

Zeitgeschichte in Deutschland

Begriff, Methoden, Themenfelder

Was heißt und wozu betreiben wir Zeitgeschichte? Der Epochenwechsel, der sich in unserer Gegenwart vollzieht, gibt Anlaß, diese Frage neu zu bedenken. Denn die Zeitgeschichtsforschung ist der mit der Gegenwart am engsten verbundene Zweig der Geschichtswissenschaft. Die folgenden Überlegungen versuchen, über die im Untertitel genannten Kategorien drei unterschiedliche Zugänge zu erschließen. Zuerst wird mithin vom *Begriff* der Zeitgeschichte die Rede sein. Dabei kann eine Rückschau hilfreich sein – zunächst auf die Geschichte der Sache, die vorläufig ganz einfach als der Gegenwart nächster Zweig der Geschichtsschreibung definiert sein soll, sodann ein Blick auf die Geschichte des Wortes, das viel jünger ist als die Sache, und noch viel jünger ist der Begriff „Zeitgeschichte“ als Bezeichnung einer historischen Teildisziplin (Kap. I).

Der zweite Abschnitt wendet sich dem Bereich der *Methodologie* zu. Dabei werden einige Grundfragen der Theorie der historischen Erkenntnis zu erörtern sein. Wenn von einer Teildisziplin die Rede ist, die sich lange des Verdachts zu erwehren hatte, sie habe zu ihrem Gegenstand keine hinreichende Distanz, stellen sich diese Fragen unausweichlich und dringlicher als anderswo (Kap. II). Welche Entwicklungslinien kennzeichnen die Praxis der zeithistorischen Forschung in der (alten) Bundesrepublik? Davon wird im dritten Abschnitt die Rede sein – mithin von den hauptsächlich bearbeiteten *Themenfeldern*, vom Wandel der Themen und der mit ihrer Bearbeitung verbundenen Verfahrensweisen (Kap. III). Vor welchen Aufgaben steht die Zeitgeschichtsforschung im vereinigten

Deutschland heute und in naher Zukunft? Die abschließenden Überlegungen greifen diese Frage auf und umreißen einige aktuelle Forschungsdesiderate (Kap. IV).

I. Zum Begriff „Zeitgeschichte“

Die Sache ist so alt wie die Historie selbst¹, denn die antike Geschichtsschreibung war wesentlich Zeitgeschichtsschreibung². Thukydides, den die Historiker des 19. Jahrhunderts als Ahnherrn verehrten³, war reiner Zeithistoriker. Den Impuls zu seinen Studien gab die – wie er formulierte – „gewaltigste Erschütterung“ seiner Gegenwart: der Peloponnesische Krieg des 5. vorchristlichen Jahrhunderts. Dieser Krieg erschütterte zugleich sein eigenes Leben, denn er nahm als Befehlshaber eines athenischen Kontingents daran teil, wenn auch so glücklos, daß die Athener ihn mit der Verbannung strafte. Die Geschichte der *eigenen* Zeit zu schreiben, diese Tradition brach nie mehr ganz ab – von Cäsars Gallischem Krieg über Otto von Freising's „Gesta Friderici I.“ und Friedrichs des Großen „Histoire de mon temps“ bis etwa hin zu Churchills Darstellung des Zweiten Weltkriegs, für die er 1953 den Literatur-Nobelpreis erhielt.

Eine solche lange Erfahrungskette zeigt aber auch, daß in der Regel die außerwissenschaftlichen Interessen zunehmen, je mehr sich die Geschichte der Gegenwart nähert. So entstand der

schung, in: Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Berlin 1992; Gerhard Schulz, Einführung in die Zeitgeschichte, Darmstadt 1992.

2 Vgl. A. J. Woodman, Contemporary History in the Classical World, in: Anthony Seldon (ed.), Contemporary History. Practice and Method, Oxford – New York 1988, S. 149–164.

3 Bezeichnenderweise läßt sich Rankes berühmtestes Diktum als ein Thukydides-Zitat verstehen. Vgl. Konrad Reppen, Über Rankes Diktum von 1824: „Bloß sagen, wie es eigentlich gewesen“, in: ders., Von der Reformation zur Gegenwart. Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte, Paderborn u. a. 1988, S. 289–298. Kritisch dazu Ronald S. Stroud, „Wie es eigentlich gewesen“ and Thukydides 2.48.3, in: Hermes, vol. 115 (1987), S. 379–382.

Vorabdruck aus: *Historisches Jahrbuch*, 113 (1993), Erster Halbband.

1 Zum folgenden vgl. Eberhard Jäckel, Begriff und Funktion der Zeitgeschichte, in: ders./Ernst Weymar (Hrsg.), Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, Stuttgart 1975, S. 162–176; Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichtliche Anmerkungen zur „Zeitgeschichte“, in: Victor Conzemius/Martin Greschat/Hermann Kocher (Hrsg.), Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte, Göttingen 1988, S. 17–31; Horst Möller, Zeitgeschichte – Fragestellungen, Interpretationen, Kontroversen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/88, S. 3–16; Konrad Reppen, Bundesverfassungsgerichts-Prozesse als Problem der Zeitgeschichtsforschung,

Verdacht, die jüngste Vergangenheit sei einer wirklich wissenschaftlichen Behandlung noch gar nicht zugänglich. Kann man, um eine skeptische Formulierung von Barbara Tuchman (1964) aufzugreifen, über Geschichte schon schreiben, „während sie noch qualmt“⁴?

Als im 19. Jahrhundert Niebuhr, Ranke, Droysen und andere sich anstrebten, die Historie in den Rang einer selbständigen, philologisch-kritischen Wissenschaft zu heben, klammerten sie den empfindlichen Grenzbereich zwischen Geschichte und Gegenwart zwar nicht aus⁵. Aber es fällt doch auf, daß sie dafür die mündliche Form der Vorlesung bevorzugten, wo es methodologisch weniger streng zugehen durfte als im gedruckten Geschichtswerk. Ranke z.B. hielt im Wintersemester 1862/63 an der Berliner Universität eine Vorlesung, die er „Geschichte unserer Zeit“ nannte. Sie reichte bis zu dem zehn Jahre zuvor begründeten neuen Kaisertum Napoleons III.⁶ Da wagte er sich weit vor – gemessen daran, daß Theodor Mommsen, der gefeierte Autor der „Römischen Geschichte“, proklamierte: „Erst wenn das gewaltige Leben selber still geworden ist, beginnt die Geschichte – recht eigentlich ein Todtengericht.“⁷

Die Skeptiker, die meinten, die Geschichte der eigenen Zeit sei noch nicht „geschichtsreif“, führten Argumente ins Feld, denen ich mich im methodologischen Abschnitt dieses Beitrags zuwenden werde. Hier halte ich zunächst nur dieses fest: Soweit sie von dem Ehrgeiz angestachelt waren, die Konkurrenz mit dem strengen Wissenschaftsbegriff der Naturwissenschaften auszuhalten, haben die Historiker des 19. Jahrhunderts ihre Bewährungsproben nicht gerade an der Grenze zur Gegenwart gesucht, wo die außerwissenschaftlichen Interessen noch am wenigsten ruhiggestellt sind. Wer es dennoch versuchte, bot dann auch deutliche Angriffsflächen – vor allem, als die preußi-

sche Reichseinigung zur leidenschaftlichen Parteinahme lockte. Auch einem so bedeutenden und nüchternen Historiker wie Heinrich von Sybel – Gründer der „Historischen Zeitschrift“ und Direktor der preußischen Staatsarchive – gelang sein Hauptwerk über frühere Epochen wissenschaftlich überzeugender als das Spätwerk, mit dem er zeitgeschichtlichen Boden betrat: Als er um 1890 die Entstehung des Bismarckreiches in sieben Bänden darstellte, fügte er sich bereitwillig Bismarcks Wünschen und Anregungen. Das Endprodukt las sich dann so, als sei Preußen an allen drei Einigungskriegen unschuldig gewesen. Man hat gesagt, Bismarck, „der Königstiger“, erscheine in Sybels Darstellung wie ein „Hauskater“⁸.

Nach 1919 geriet das gegenwartsnahe Geschichtsinteresse nicht ausnahmslos, aber doch weithin in den politischen Sog der Kriegsschuldfrage. Dabei beeinträchtigten massive apologetische Absichten den wissenschaftlichen Rang. Dies gilt auch für die größte zeitgeschichtliche Forschungsanstrengung, die damals unternommen wurde: die Edition der „Großen Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“, deren 40 Bände zwischen 1922 und 1927 erschienen. Trotz vieler Verdienste der Editorengruppe hat das politische Motiv der Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese doch auch zu Glättungen und Verbiegungen geführt⁹.

Die eigentliche Entdeckung der jüngsten Vergangenheit als besonderes Forschungsfeld einer historischen Teildisziplin datiert in Deutschland nach 1945. Wieder war es eine „gewaltige Erschütterung“, die diesen Impuls auslöste: der Zusammenbruch der Zivilisation in der deutschen Katastrophe. Die bundesrepublikanische Zeitgeschichtsforschung konstituierte sich als Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Weimarer Vorgeschichte. Sie etablierte sich quer zu skeptischen Strömungen in der Historikerzunft, die die Wissenschaftswürdigkeit dieses jüngsten Sprosses nach wie vor anzweifelten, auch entgegen einem mißtrauischen Publikum, dem der Gedanke nicht behagte, hier werde vielleicht Re-Education-Policy mit anderen Mitteln fortgesetzt. Die Gründung des Münchener „Instituts für Zeitgeschichte“, wie das 1949/50 ins Leben gerufene „Deutsche Institut für Geschichte der national-

4 Barbara Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte?, in: dies., In Geschichte denken. Essays, Düsseldorf 1982, S. 31–39, Zitat S. 31.

5 Vgl. Ernst Schulin, Zeitgeschichtsschreibung im 19. Jahrhundert, in: Festschrift für Hermann Heimpel zum 70. Geburtstag am 19. September 1971, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 102–139.

6 Vgl. Leopold von Ranke, Aus Werk und Nachlaß, hrsg. von Walther Peter Fuchs und Theodor Schieder, Bd. 4: Vorlesungen, München – Wien 1975, S. 301–307. Diese Vorlesungsnotizen enthalten in nuce eine Methodologie der Zeitgeschichte und führen zu dem Ergebnis, daß der Unterschied „in bezug auf die Schwierigkeit ihrer Behandlung“ im Vergleich zu früheren Geschichtsepochen „nur graduell ist“.

7 In seinem Beitrag „Thiers und die Kaiserzeit“ im ersten Band der von ihm mitbegründeten Preußischen Jahrbücher, 1 (1858), S. 225–244, Zitat S. 225.

8 Hellmut Seier, Heinrich von Sybel, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 2, Göttingen 1971, S. 24–38, Zitat (Hans Delbrück) S. 36.

9 Vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

sozialistischen Zeit“ seit 1952 heißt, bildet einen Markstein dieser Entwicklung¹⁰.

Als 1953 das erste Heft der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ erschien, gab ihm Hans Rothfels – in der NS-Zeit als jüdischer Gelehrter zur Emigration gezwungen, 1951 an die Universität Tübingen zurückgekehrt – einen programmatischen Eröffnungsaufsatz mit auf den Weg. Man merkte ihm den Rechtfertigungsdruck auf die Existenzberechtigung der Zeitgeschichtsdisziplin noch deutlich an¹¹. Als 25 Jahre später Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz die Herausgeberschaft der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ übernahmen und nun ihrerseits einen Einführungsaufsatz präsentierten, hielten sie hingegen knapp und treffend fest: „Die Zeitgeschichte ist in der Historie voll etabliert.“¹² Da klang nichts mehr wie ein Werben um Anerkennung. In der Tat hatte die Zeitgeschichte seither einen außerordentlichen Aufschwung genommen, sowohl im Hinblick auf die Breite und Tiefe der Forschungen wie auch im Hinblick auf ihre Institutionalisierung innerhalb und außerhalb der Hochschulen.

Erst nach 1945 vollzog sich auch die Versöhnung von Sache und Wort: Wer Zeitgeschichte betrieb, nannte das nun auch so. Drei Jahrhunderte hatte es gedauert, bis diese Versöhnung gelang. Diese Spanne lag zwischen der barocken Wortbildung¹³ und dem Aufstieg des Wortes als Selbstbezeichnung einer Wissenschaftsdisziplin. Zwischenzeitlich war eine eigentümliche Berührungsscheu zu beobachten, die gerade professionelle Historiker gegenüber diesem Wort zeigten. In welchem Zusammenhang das zu sehen ist, sei zumindest kurz angedeutet.

Die Französische Revolution hat die Zeiterfahrung der Menschen außerordentlich dynamisiert – die Erfahrung, daß alles Geschehen zeitlich strukturiert und damit auch wandelbar, sogar umstür-

zend wandelbar ist. Der Sprachbedarf für Zeiterfahrung schuf eine große Zahl neuer Komposita – z. B. „Zeitgeist“ – und lud ältere Komposita mit neuer Bedeutung auf – darunter „Zeitgeschichte“. Dieses Wort wurde um 1800 aktuell und verbreitete sich vor allem im Journalismus und in der Tagesschriftstellerei¹⁴. Aber je mehr das Wort anderswo vordrang – z. B. nannte Engels die Studie über „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, die Marx etwa zeitgleich mit den untersuchten Ereignissen schrieb, ein „Stück Zeitgeschichte“¹⁵ –, um so auffälliger hielten sich professionelle Historiker zurück. Es ist ganz symptomatisch, daß man dieses Wort in Droysens großer „Historik“, diesem bis heute bedeutsamen Grundlagenwerk der Geschichtswissenschaft, nur ganz am Rande benutzt findet¹⁶. Wieder bietet sich die Erklärung an, daß die Historiker, die für die Historie den Status einer selbständigen Wissenschaft außerhalb unmittelbarer politischer Interessen erkämpften, die am meisten anfechtbare, „offene“ Flanke bedeckt halten wollten¹⁷.

Bisher war von der Sache und dem Wort die Rede, aber eine Definition des Begriffs „Zeitgeschichte“ steht noch aus. Im Unterschied zu dem Wort muß der Begriff ja eine höhere klassifikatorische Leistung erbringen. Hans Rothfels hat in seinem genannten, viel zitierten, geradezu klassischen Aufsatz definiert, Zeitgeschichte sei „die Epoche der Mitlebenden und ihre wissenschaftliche Behandlung“ – der „Mitlebenden“ oder der „Zeitgenossen“, wie das auch in den Parallelbegriffen der französischen „histoire contemporaine“ oder der englischen „contemporary history“ zum Ausdruck kommt.

Damit hat man einen „formalen Allgemeinbegriff, der sich inhaltlich immer neu auffüllen kann“, an nichts gebunden als an die fließende Zeitspanne der lebenden Generationen¹⁸. Das mag zunächst

10 Vgl. Hellmuth Auerbach, Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 18 (1970), S. 529–554; Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 229–242.

11 Vgl. Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953), S. 3–8.

12 Karl Dietrich Bracher/Hans-Peter Schwarz, Zur Einführung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 26 (1978), S. 1–8. Die diesen Heften beigefügte periodische „Bibliographie zur Zeitgeschichte“ weist für den Zeitraum von 1953 bis 1989 etwa 60 000 Titel aus. Als kumulierte Neuauflage des Titelmaterials vgl. Bibliographie zur Zeitgeschichte 1953–1980, Bd. 1–3, München u. a. 1982/83, Bd. 4 (Supplement 1981–1989), München u. a. 1991.

13 E. Jäckel (Anm. 1) verweist auf ein Gedicht Sigmund von Birkens (1657). Wendungen wie „unserer zeiten History“ oder „Zeitregister“ waren aber schon früher geläufig.

14 Vgl. R. Koselleck (Anm. 1), S. 24.

15 In der Einleitung zur Neuauflage 1895, wo Engels synonym auch von „Tagesgeschichte“ und „laufender Zeitgeschichte“ spricht; gemeint ist jeweils die annähernde Gleichzeitigkeit der untersuchten Vorgänge und ihrer Darstellung, wobei die geringe Zeitdistanz „unvermeidlich Fehlerquellen“ in sich schließe. Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, Berlin (Ost) 1973, S. 511–513.

16 Vgl. Anm. 43.

17 Vgl. E. Schulz (Anm. 5), S. 110: „Es ist nicht zu leugnen, daß von Schlosser bis Treitschke die nicht in der quellenkritischen Methode ausgebildeten Historiker weniger Hemmungen hatten, über Zeitgeschichte zu schreiben.“

18 R. Koselleck (Anm. 1), S. 17. Zum „Problem der Generationen“ vgl. die nach wie vor grundlegende Abhandlung (1928) dieses Titels in: Karl Mannheim, Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Eingel. und hrsg. von Kurt H. Wolff, Neuwied – Frankfurt a. M. 1964, S. 509–565.

trivial klingen, aber darin stecken mehr methodische Implikationen, als man auf den ersten Blick vermuten könnte. Davon wird später die Rede sein. Zuvor muß man sehen, daß somit ein neues Abgrenzungsproblem hervortritt. Denn wo soll die Grenze zu ziehen sein zwischen dem, was zur Geschichte der Mitlebenden, und dem, was nicht mehr dazugehört? „Histoire contemporaine“ beginnt im französischen Verständnis 1789. Die Revolution hat sich so tief in das kollektive Gedächtnis der Franzosen eingegraben, daß sie als zeitgenössisch erfahren oder jedenfalls so benannt wird. „Histoire contemporaine“ ist auf diese Weise chronologisch erstarrt, so daß ein neuer Anschlußbegriff notwendig und gefunden wurde: „histoire du temps présent“, worunter die Zeit von 1939 bis zur Gegenwart verstanden wird¹⁹. Das französische Beispiel zeigt zweierlei: Zeitgeschichtserfahrung kann sich national unterschiedlich ausprägen²⁰, und es kann ein Spannungsverhältnis entstehen zwischen der relativen Definition, der zufolge Zeitgeschichte die Geschichte der Lebenden ist, und dem Bedürfnis nach einer absoluten Definition, die den Begriff an fest datierbare Zusammenhänge bindet und zugleich mit konkreter Bedeutung füllt.

Auch Hans Rothfels hielt den fließenden Begriff an einem Schwellendatum fest, indem er Zeitgeschichte 1917/18 beginnen ließ. Russische Revolution und weltpolitischer Eintritt der USA, zugleich die Entstehung des Dreiecks Demokratie, Faschismus und Kommunismus: das sei konstitutiv für den Zusammenhang der Epoche der Mitlebenden. Dieser Vorschlag hat viel Einverständnis gefunden, und in gewisser Hinsicht hebt der Umbruch seit 1989 in Mittel- und Osteuropa, anders gesagt: das Ende des ein dreiviertel Jahrhundert umfassenden sowjetischen Irrwegs, die Bedeutung des Schwellenjahrs 1917 noch einmal besonders hervor.

Aber irgendwann mußte der weithin akzeptierte Vorschlag, den chronologisch fließenden Begriff

19 Vgl. z. B. die in 18 Bänden von 1787/89 bis zur Fünften Republik führende Serie „Nouvelle histoire de la France contemporaine“; ferner Jean-Pierre Rioux, Das Institut d'histoire du temps présent in Paris, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30 (1982), S. 361–365.

20 In England wird contemporary history allerdings längst nicht mehr von der Parlamentsreform 1832 abgeleitet (wie in deutschen Einführungen gelegentlich noch zu lesen ist). So hält z. B. die „Editorial Note“ im ersten Heft des Journal of Contemporary History, 1 (1966), S. IV, fest: „The field of study and discussion of the Journal will be Europe in the twentieth century“. Vgl. im einzelnen auch die knappen Überblicke über die Zeitgeschichtspraxis in England, der Bundesrepublik, Frankreich und den USA, in: A. Seldon (Anm. 2), S. 119–148.

mit einer Epochenäsur zu verbinden, auf Widerspruch stoßen. Spätestens 1975 war es soweit. Da veröffentlichte Eberhard Jäckel eine betont angriffslustige Abhandlung, einen „Anti-Rothfels“ sozusagen: „Zeitgeschichte mag für Rothfels und seine Generation 1917 beginnen“, schrieb er, aber natürlich könne das für spätere Generationen nicht mehr gelten²¹.

Mit seinem Gegenvorschlag, auf eine Auffüllung des Begriffs durch epochale Zusammenhänge zu verzichten, setzte Jäckel sich allerdings nicht durch. Statt dessen kam mehr und mehr eine neue Verknüpfung zustande, erhielt 1945 die Bedeutung eines Schwellenjahres. Diese Eingrenzung näherte den westdeutschen Zeitgeschichtsbegriff zugleich dem ostdeutschen Sprachgebrauch an, wo von Anfang an ganz überwiegend die Zeit seit 1945 gemeint war, wenn man von Zeitgeschichte sprach²². Zweifellos wird die Vereinigung Deutschlands diese Verschiebung des Bezugsrahmens nachhaltig verstärken. Für die meisten Deutschen bezieht Zeitgeschichte sich heute auf den ebenso gegensätzlichen wie spezifisch verklammerten Erfahrungszeitraum der Polarisierungszwillinge Bundesrepublik und DDR.

Ist die deutsche Zeitgeschichte also im Begriff, sich vom bisher dominierenden Bezug zum Nationalsozialismus zu verabschieden? Das wird von manchen Beobachtern mit Besorgnis gefragt. „Seit dem Oktober 1990“, schreibt z. B. Saul Friedländer, „ist die Ära Hitlers von der Gegenwart durch eine nunmehr ebenfalls abgeschlossene Zwischenepoche, die 45 Jahre deutscher Teilung, abgetrennt.“ Diese „Zeitenverschiebung“ rücke die NS-Epoche in „doppelt entfernte Vergangenheit“²³. Anders gesagt: Friedländer befürchtet mit der Entlassung des Nationalsozialismus aus der Zeitgeschichte zugleich die Verblässung des politisch wirksamen Menetekels.

Hier liegt eine Problematik vor, die Aufmerksamkeit verdient; sie ist aber durchaus nicht neu. Eine ähnliche Problemfassung vor Augen, hat Karl Dietrich Bracher seit längerem den Begriff der „doppelten Zeitgeschichte“ eingeführt. Er meint damit die „ältere Zeitgeschichte“ vom Ersten Weltkrieg bis 1945 und die „neuere“ seither; seine

21 E. Jäckel (Anm. 1), S. 172.

22 Vgl. Heinz Heitzer, „Zeitgeschichte“ 1945 bis 1958, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 35 (1987), S. 99–115.

23 Saul Friedländer, Martin Broszat und die Historisierung des Nationalsozialismus, in: Klaus-Dietmar Henke/Claudio Natoli (Hrsg.), Mit dem Pathos der Nüchternheit. Martin Broszat, das Institut für Zeitgeschichte und die Erforschung des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. – New York 1991, S. 155–171, Zitat S. 160.

These ist diese: Es handle sich um zwei Schichten von Zeitgeschichte, deutlich getrennt und doch eng verbunden, sehr verschieden und doch aufeinander bezogen, mit je eigenen Zusammenhängen, aber auch Elementen innerer epochaler Einheit. Zwei Zeitgeschichten, die „aufeinander stoßen, miteinander ringen, einander überlagern“ und deren Bewertung je nach typischer Generationslage- rung weit auseinanderklaffen kann²⁴. So neigen z. B. größere Teile der älteren Generationen dazu, die Geschichte der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der Krisen und Katastrophen der „älteren Zeitgeschichte“ als eine positive Erfolgsgeschichte zu bewerten, während Teile der nachwachsenden Generationen aus dem großen Laboratorium der Weimarer Republik mit wechselnder Intensität Ordnungsideen bezogen (von der Räteherrschaft bis zur Wirtschaftsdemokratie) oder aus der NS-Zeit in die Bundesrepublik führende Kontinuitäts- elemente suchten, mit denen die „jüngere Zeit- geschichte“ unter Restaurationsverdacht gestellt werden konnte. Im vereinigten Deutschland ist mit der DDR auch die DDR-Geschichte hinzugetre- ten, so daß nunmehr drei Zeitgeschichten „auf- einander stoßen, miteinander ringen, einander überlagern“. Hierauf wird später – im Kontext zeitgeschichtlicher Themenfelder – zurückzukom- men sein.

Ich breche hier meine Versuche zur begrifflichen Verständigung ab. Es sollte deutlich werden, daß „Zeitgeschichte“ kein unstrittig einhegbarer Be- griff ist, sondern eine Arena der Auseinanderset- zung, in die stets auch Fragen der Periodisierung und der Relationenbildung hineinwirken, des Wä- gens und Ermessens, der Kriterienbildung für Koordinationssysteme des geschichtlichen Ver- ständnisses.

II. Zeitgeschichtliche Methodenfragen

Aus welchen Gründen ist die Wissenschaftswür- digkeit der Zeitgeschichte so lange angezweifelt worden? Was waren die Hauptvorwürfe?

24 Frühere Studien zusammenfassend: Karl Dietrich Bra- cher, Doppelte Zeitgeschichte im Spannungsfeld politischer Generationen, in: Bernd Hey/Peter Steinbach (Hrsg.), Zeit- geschichte und politisches Bewußtsein, Köln 1986, S. 53–71, Zitat S. 57. Vgl. auch M. Rainer Lepsius, Das Erbe des Na- tionalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolge- staaten des ‚Großdeutschen Reiches‘, in: Kultur und Gesell- schaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, Frankfurt a. M. 1989, S. 247–264.

Da war erstens der Einwand des Quellenmangels. Es ist nun in der Tat so, daß die Zeithistorie – je- denfalls was die staatliche Quellenüberlieferung betrifft – vor spezifischen Barrieren steht. Damit sind zunächst die Archivsperrfristen gemeint, die in den westlichen Demokratien heute im allgemei- nen dreißig Jahre gelten, für Verschlusssachen auch länger. England hat erst 1967, Frankreich erst 1979 die Sperrfrist für die in staatlichen Archiven lagernden Papiere von fünfzig auf dreißig Jahre verkürzt. Nun waren und sind die Chancen, diese Sperre mit Hilfe von Ausnahmegenehmigungen, teilweise auch mit persönlichen Parallelüberliefe- rungen (Nachlässen) zu überspringen, gar nicht so schlecht. Der Feind näherte sich vielmehr von einer anderen Seite; er kam auf leisen Sohlen und steht jetzt riesengroß und oft bedrohlich da – in Form von datenschutzrechtlichen Bestimmungen und anderen speziellen Geheimhaltungsregeln wie z. B. dem Steuergeheimnis²⁵.

Wer einmal versucht hat, über Entnazifizierung, Wiedergutmachung oder Lastenausgleich zu ar- beiten, weiß, was es heißt, daß die einschlägigen Akten von geschützten personenbezogenen Daten durchdrungen sind. Für Forschungsprojekte zu kommunalen Eliten oder zur Familiengeschichte nach 1945 gelten ähnliche Restriktionen. Da kann es nur ein schwacher Trost sein, daß die rheinland- pfälzische Landesregierung den Zugang zu den persönlichen Daten des in der napoleonischen Zeit hingerichteten Räuberhauptmanns Schinderhan- nes in alten Zivilstandsregistern ebenfalls gesperrt hat – bis die Datenschutzkommission des Landes diesen Beschluß, der denn wohl doch zu weit ging, wieder kippte. Das Problem der Stasi-Akten ist so- mit lediglich die Spitze eines Eisbergs, der aus einem unterkühlten Verhältnis zwischen Daten- schutz und Forschungsfreiheit hervorgeht.

Es gibt also besondere Einschränkungen im Quel- lenzugang. Aber mit gleichem Recht kann man be- tonen, daß für keine frühere Epoche die Quellen so reichlich fließen wie gerade für die Zeitge- schichte. Man hat ausgerechnet, daß die Akten des Board of Trade, die in England während des Zwei- ten Weltkrieges entstanden sind, würde man sie auf Regalen nebeneinander reihen, genau die glei- che Länge hätten, wie die gesamten Archivalien zur englischen Geschichte von der normannischen Landung bis zum Jahre 1900²⁶. Das Beispiel möge

25 Vgl. Martin Broszat, Datenschutz und zeitgeschichtliche Forschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 37 (1989), S. 545–561.

26 Vgl. Paul Kluge, Aufgaben und Methoden zeitge- schichtlicher Forschung, in: Europa-Archiv, 10 (1955), S. 7429–7438.

andeuten, wie massenhaft heute Quellen traditionellen Zuschnitts – in diesem Falle Verwaltungsakten – angewachsen sind. Hinzu kommen neuartige Quellengattungen wie z.B. Umfragedaten der empirischen Sozialforschung; ganz besonders wichtig ist die außerordentliche Zunahme neuer Medien der Kommunikation²⁷.

Insofern liegt das Problem gar nicht in einem Mangel an Quellen, sondern in Fragen wie diesen: Mit welchen Sichtungs- und Arbeitsverfahren ist es möglich, die ungeheuere Masse des Materials überhaupt noch zu erfassen und die relevanten Informationen herauszufiltern? Was muß man beachten, wenn moderne Reproduktionsmöglichkeiten die Papierflut hochtreiben, aber sinkende Geheimhaltungsgrade und mündliche Telefonkontakte die Bedeutung des Geschäftsschriftguts verändern und oft verringern? Inwieweit müssen die quellenkritischen Verfahren, welche die Historiker für schriftliche Zeugnisse seit langem immer feiner entwickelt haben, für Ton- und Bildmedien modifiziert werden? Das Objektiv der Kamera ist ja nicht objektiv, verändert aber in wachsendem Umfang die Art der verfügbaren Quellenzeugnisse. Mehr noch: Audiovisuelle Medien wie das Fernsehen *spiegeln* nicht nur auf besondere Weise den historischen Prozeß, sondern fügen ihm auch real wirksame neue Randbedingungen hinzu. So ist z.B. mit Recht hervorgehoben worden: „Der Aufschwung der inneramerikanischen und der weltweiten Protestbewegung, der wesentlich zum schließlichen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam beitrug, ist ohne die Suggestivkraft der Fernsehbilder nicht zu erklären.“²⁸ Die Bedeutung des Westfernsehens für die Geschichte der DDR oder der Fall der Mauer als weltweit bewegendes Fernsehereignis sind weitere zeitgeschichtlich herausragende Beispiele. Zeithistoriker müssen lernen, das Bedingungsgefüge der „Fernsehdemokratie“ systematisch in Rechnung zu stellen²⁹.

Die größte Eigentümlichkeit des zeitgeschichtlichen Quellenzugangs, verbunden mit einer besonderen methodischen Chance, wurde bisher

27 Einen Überblick über zeitgeschichtlich bedeutsame Quellengattungen bietet Teil I (S. 3–115) des von Seldon hrsg. Sammelwerks (Anm. 2). Vgl. auch Gerhard A. Ritter, Auswirkungen neuer Medien der Kommunikation auf den historischen Prozeß und die quellenorientierte Forschung in der Zeitgeschichte, in: Horst Fuhrmann (Hrsg.), Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs. Reden und Beiträge zur Eröffnung, München 1989, S. 145–152.

28 Ebd., S. 150.

29 Exemplarisch dazu: Wolfgang Jäger, Fernsehen und Demokratie. Scheinplebiszitäre Tendenzen und Repräsentation in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, München 1992.

noch nicht genannt: die Zeitzeugenbefragung, das Erinnerungsinterview. Nur die Zeitgeschichte bezieht sich auf *Lebende*, die befragt werden können, und so ist durchaus bedenkenswert vorgeschlagen worden, „that contemporary history is best concerned with that period in which there can be profitable interaction between oral testimony and at least some documentation“³⁰. Man hat sich international angewöhnt, die „Wünschelrute des Herborlockens“, wie Rothfels das Zeitzeugengespräch so schön genannt hatte, als „Oral History“ zu bezeichnen. Das ist ein Neologismus für eine uralte Sache. Denn das Befragen von Augen- und Ohrenzeugen gehörte immer zur genuin zeitgenössischen Geschichtsschreibung, und so konnte Reinhard Koselleck an Herodot als den altbekannten „Erfinder“ und „unübertroffenen Meister der Oral History“ erinnern³¹.

Da sich neuerdings eine umfangreiche Literatur mit dem Quellen- und Methodenbereich der „Oral History“ befaßt³², kann ich mich hier auf drei Hinweise beschränken. Zunächst: Wer nach 1945 in der Bundesrepublik politische Zeitgeschichte erforschte, hat in der Regel auch zum Instrument der mündlichen Befragung beteiligter Zeitgenossen gegriffen³³. Dabei konnte man nützliche Informationen erhalten, die aber nur im Zusammenhang mit anderen Quellenrecherchen kontrollierbar und verwendbar waren. Die Interviews dienten entweder dem vorläufigen Ersatz für noch unzugängliche Archivalien oder der ergänzenden Information heuristischer oder atmosphärischer Art; im Zentrum aber standen andere Überlieferungen und Arbeitsweisen. Wenn die Zeitzeugenbefragung sich auf Sondersituationen politischer Desorganisation bezieht, in denen der Zufall der Beziehungen erhöhte Bedeutung gewinnt, kann sie allerdings über Ersatz- oder Ergänzungsfunktionen hinaus zu einem Auskunftsmittel ersten Ranges werden. Das gilt z. B. für die Zeit der Desorganisa-

30 John Barnes, Books and Journals, in: A. Seldon (Anm. 2), S. 30–54, Zitat S. 30.

31 R. Koselleck (Anm. 1), S. 21.

32 Vgl. insbesondere Lutz Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erwägungen zur Oral History, in: ders./Alexander v. Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Berlin – Bonn 1985, S. 392–445; Jürgen von Ungern-Sternberg/Hansjörg Reinau (Hrsg.), Vergangenheit in mündlicher Überlieferung, Stuttgart 1988; Herbert Vorländer (Hrsg.), Oral History. Mündlich erfragte Geschichte, Göttingen 1990.

33 Zum Teil in institutionalisierter Form, vgl. z. B. die seit 1969 von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus mit Zeitzeugen durchgeführten Tagungen; die Tagungsberichte werden seit 1978 in der Reihe „Rhöndorfer Gespräche“ veröffentlicht.

tion staatlicher Apparate am Ende des Zweiten Weltkriegs, für die Geschichte deutsch-deutscher Kontakte in der Zeit ohne reguläre staatliche Beziehungen und in mancher Hinsicht besonders deutlich für die Anfangsphase der neuen Bundesländer im vereinigten Deutschland.

Davon ist – zweitens – der „ethnologische“ Zweig der Zeitgeschichte zu unterscheiden, der sich in der Bundesrepublik Ende der siebziger Jahre, später als in anderen Ländern, als historische Teildisziplin herauszubilden begann und im Verlauf der achtziger Jahre eine sehr große Verbreitung fand, vor allem auch außerhalb der Universitäten. Hier rückten Erinnerungsinterviews in das Zentrum der Arbeitsweise – teils ziemlich unbekümmert, indem man älteren Leuten ein Mikrofon hinhielt und meinte, jetzt bekomme man die „Geschichte pur“, teils auf hohem Niveau, indem darüber nachgedacht wurde, wie man sonst stumme Verhältnisse zum Sprechen bringen kann, und zwar im Dienste alltags-, erfahrungs- und lebensgeschichtlicher Sichtweisen.

Dabei entstanden recht unterschiedliche Strömungen, denen aber eines gemeinsam war: die Erfahrungswelten der Subjekte in die Geschichte hereinzuholen, und zwar nicht hervorgehobener einzelner, sondern der „Masse der Subjekte“, der „Volkserfahrung“. Natürlich haben sich die so orientierten *oral historians* der Kritik stellen müssen: Wie verlässlich ist das Erinnerungsvermögen der Befragten, wie repräsentativ ihre Auswahl, und wie kann eine überzeugende Vermittlung zwischen der makrohistorischen Ebene der gesellschaftlichen Strukturen mit der mikrohistorischen Ebene der subjektiven Erfahrung gelingen? Dies und anderes wurde und wird skeptisch gefragt. Aber solche Fragen stellen sich die methodisch nachdenklichen Vertreter der „Oral history“ auch selbst, und sie haben Lösungen erarbeitet, die die Forschungstechniken der Zeitgeschichte ergänzen und bereichern. In den neuen Bundesländern ist das Interesse daran offenbar besonders groß, weil die früher übergestülpte Orthodoxie ideologischer Geschichtsbetrachtung gerade für die Subjektivität der Geschichtserfahrung wenig oder gar keinen Raum ließ.

Ich möchte – drittens – aber auch hervorheben, daß die Zeitgeschichtsforschung die spontan verlaufende Erfahrungsbildung der Zeitgenossen zwar als Quelle ausschöpfen kann, sie in gewisser Weise aber auch zerstören muß. Denn der Erklärungshorizont des Zeithistorikers ist nicht identisch mit dem Erlebnishorizont des Zeitzeugen. Bereits Max Weber hat dazu das Nötige gesagt: „Stets gewinnt das ‚Erlebnis‘, zum ‚Objekt‘ ge-

macht, Perspektiven und Zusammenhänge, die im ‚Erleben‘ eben nicht gewußt werden.“³⁴ Wenn der Zeithistoriker „Erleben“ in „Erkenntnis“ transformiert, indem er solche Zusammenhänge und Perspektiven zur Geltung bringt, dann kann das wie eine Verfremdungsoperation wirken und heftige Abwehrreaktionen auslösen. Zwar gilt für Historiker aller Epochen: „Was einst Jubel und Jammer war, muß nun Erkenntnis werden.“³⁵ Aber nur der Zeithistoriker kann die Abwehr der Zeitzeugen zu spüren bekommen. Ich betone das, weil es ratsam ist, sich bei zeithistorischen Analysen auf derartige Spannungen von vornherein einzustellen.

Aufs Ganze gesehen ist die zeitgeschichtliche Quellenlage also nicht schlechter, sondern anders und auch das nur zum Teil. Im übrigen: Wer oder was entscheidet eigentlich über den Wert von Quellen? Sind beispielsweise die Unmassen „Persilscheine“, die in den Entnazifizierungsverfahren beigebracht wurden, eine gute oder eine schlechte Quelle? Das hängt natürlich ganz davon ab, was man wissen will. Will man herausfinden, wie sich die auf diese Weise „Reingewaschenen“ in der NS-Zeit verhalten haben, so wäre das eine ziemlich trübe Quelle – aber eine sehr gute für die Mentalitätsgeschichte der Nachkriegsjahre. Oder generell (und zugleich mit Spitze gegen das pauschale Reden über den Wert oder Unwert von Stasi-Akten) gesagt: Über den Wert einer Quelle kann immer nur in Relation zur jeweiligen Fragestellung entschieden werden. Und so läßt sich auch über die Quellenlage der Zeitgeschichtsforschung nicht irgendwie abstrakt und pauschal urteilen, sondern nur in Relation zu den Forschungsfragen, die sie sich stellt.

Die zweite große methodologische Anzweiflung, der sich die Zeitgeschichte zu erwehren hatte, hieß: Es mangle ihr an Distanz. Damit ist zunächst die geringe zeitliche Distanz zum Untersuchungsgegenstand gemeint, und es wird gefolgert, daß im Maße der zeitlichen Nähe auch der innere Abstand schrumpfe. Diese Gefahr ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Wer wollte bestreiten, daß in dem empfindlichen Grenzbereich zwischen Geschichte und Gegenwart die – wie Rothfels sagte – „am stärksten mit Emotionen geladenen Fragen“ traktiert werden. Aber es ist ebenso evident, daß der Unterschied zu früheren Perioden

34 Max Weber, Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung, in: ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1988⁷, S. 266–290, Zitat S. 280.

35 Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen. Mit einer Einleitung und textkritischem Anhang von Rudolf Stadelmann, o. O. o. J., S. 31.

nur graduell, nicht essentiell ist. Denn natürlich kann auch der Blick auf das längst Vergangene, wenn es sich nicht gerade um extrem langweilige „neutrale Partien“ (Ranke) hafdet, leidenschaftlich bewegen – der Blick auf die Jakobiner z. B. oder die Hexenverfolgung; sogar die Frage, ob ein vor 200 Jahren verstorbener König von Punkt X nach Punkt Y umgebettet werden soll, konnte anno 1991 viele Gemüter heftig erregen. Als Jacob Burckhardt über die Faszination spottete, die das Erlebnis der preußischen Reichsgründung auf die betont nationalpolitisch engagierte „borussische“ Historikerschule ausübte, da befürchtete er eine auf die gesamte Vergangenheit zurückwirkende Tendenzhistorie: bald werde „die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/1 orientiert“ sein³⁶.

Die Fragen, die sich der historischen Erkenntnistheorie stellen, betreffen daher alle Zweige der Geschichte gleichermaßen, nur stellen sie sich für den der Gegenwart nächsten Sproß besonders dringlich. Das sind Fragen wie die nach dem Verhältnis von Objektivität und Parteilichkeit³⁷, Engagement und Distanzierung³⁸, Wissenschaft und Politik. Jede dieser Varianten bietet Stoff für weitverzweigte Erörterungen. Hier kann nur angedeutet, aber nicht vertieft werden, welche Sichtweise ich für die überzeugendste halte.

An den Objektivitätskriterien historischen Forschens ist unstrittig, daß die formalen Regeln der Logik und das kontrollierende Eigengewicht des Quellenbefundes Grenzen ziehen, die man nicht verletzen darf. Es gilt aber nicht der Umkehrschluß, daß die Beachtung dieser Regeln „Objektivität“ verbürge. Schon gar nicht sollte man ein zu großes Zutrauen zu den Quellen haben, so als könnten sie aus eigener Kraft historische Erkenntnis konstituieren. Gelegentlich gewinnt man den Eindruck, daß in den neuen Bundesländern nach dem Zerfall des übermächtigen Monopoldeutungssystems allzusehr die Neigung besteht, sich nun gleichsam auf die „Quellen pur“ zurückzuziehen, im Vertrauen auf empirische Objektivität.

Dabei sollte aber bedacht werden, daß ohne die „Konstitutionsleistung des Forschers“³⁹ historische

Erkenntnisse gar nicht entstehen können. Die Konstitutionsleistung beginnt mit der Wahl der Fragestellungen, womit definiert wird, was überhaupt als wissenschaftlich gelten soll; sie geht weiter mit der Definition der Begriffe, ohne die man nichts begreift, und je nachdem, wie man die begrifflichen Netze knüpft, fängt man unterschiedliche Wirklichkeitselemente ein.

Ähnliches gilt für die Bestimmung der Indikatoren, mit denen man Untersuchungsobjekte empirisch erfassbar und ihre Veränderungen im Zeitverlauf beobachtbar macht. Zur Konstitutionsleistung des Forschers gehört stets auch die Entscheidung, wann er sein Begründungsverfahren abbricht, weil er die Sache als hinreichend begründet ansieht, obwohl immer noch weitere Randbedingungen denkbar wären und bedeutsam sein könnten. Dazu gehört ferner der zumeist schwierigste und am stärksten kontroverseträchtige Forschungsvorgang: die Gewichtung von Wirkungsanteilen in komplexen Wirkungszusammenhängen. Über Methoden experimenteller Versuchsanordnung, mit denen sich einzelne Wirkfaktoren isolieren und gewichten lassen, verfügen die Historiker wegen der Unwiederholbarkeit der Vergangenheit nicht, und auf dem komparativen Weg kommen sie nur in dem begrenzten Rahmen weiter, den die *ceteris paribus*-Klausel setzt. Bei alledem haben die Quellen ein „Vetorecht“ (R. Koselleck): An ihnen muß sich die Gedankenarbeit bewähren. Aber sie schreiben diese Arbeit nicht vor, und sie leisten sie nicht selbst.

Objektivität in dem Sinne, daß man die Geschichte in einer von den Gesichtspunkten und Konstitutionsleistungen des Historikers unabhängigen Weise erkennen könnte, ist also grundsätzlich unmöglich. Um so wichtiger ist dann die nächste Frage, in welchem Verhältnis Wissenschaft und Politik, oder wie es früher hieß: Wissenschaft und Leben, stehen sollen⁴⁰. Denn je nachdem, wie dieses Verhältnis beschaffen ist, ändern sich Prinzipien und Qualität dieser Konstitutionsleistung.

Der Marxismus-Leninismus war – dem Anspruch nach – ein Versuch, die Politik und das Leben der Wissenschaft unterzuordnen. Marx und Engels be-

36 Jacob Burckhardt, Briefe. Vollständige und kritische Ausgabe. Bearb. von Max Burckhardt, Bd. 5, Basel-Stuttgart 1963, S. 184 (an v. Preen, Silvester 1872).

37 Vgl. Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft, hrsg. von Reinhart Koselleck/Wolfgang J. Mommsen/Jörn Rüsen, München 1977.

38 Vgl. Norbert Elias, Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I, hrsg. und übersetzt von Michael Schröter, Frankfurt a. M. 1983.

39 Wolfgang Hardtwig, Geschichtsreligion – Gegenwart als

Arbeit – Objektivität. Der Historismus in neuer Sicht, in: Historische Zeitschrift, 252 (1991), S. 1–32, Zitat S. 23.

40 Das folgende in Anlehnung an Otto Gerhard Oexle, Die Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Bemerkungen zum Standort der Geschichtsforschung, in: Historische Zeitschrift, 238 (1984), S. 17–55; ders., ‚Wissenschaft‘ und ‚Leben‘. Historische Reflexionen über Tragweite und Grenzen der modernen Wissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 41 (1990), S. 145–161.

anspruchten ja, den utopischen Sozialismus auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt zu haben. In der DDR galt es bis zuletzt als ein großer Vorzug, daß die politische Praxis von wissenschaftlich entdeckten Gesetzen abgeleitet sei. Der frühere Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR hat kürzlich in einer nachdenklichen Rückschau vorgeschlagen, diese Sichtweise umzukehren und gerade einen Grundfehler darin zu sehen, daß Wissenschaft und Politik so eng aufeinander bezogen waren⁴¹. Was in der Sphäre der Wissenschaft legitim sei (die Entwicklung in sich geschlossener Zentraltheorien zum Beispiel, auch ihre polemische Überbetonung, ja sogar ihre Absolutsetzung im Überschwang der Entdeckerfreude), das sei im Bereich der politischen Praxis gefährlich und fatal.

Ich möchte noch weiter gehen und betonen, daß auch in der Sphäre der Wissenschaft die Denkschulen am meisten überzeugen, die sich vom Objektivismus verabschiedet haben, insofern sie anerkennen, daß Wissenschaft immer nur „relationale Erkenntnis“ (O. G. Oexle) hervorbringt – in Relation zu dem Entwurf, in dessen Licht die Ergebnisse zum Vorschein kommen, wobei dem Entwurf immer die Begrenztheit der Forscherperspektiven anhaftet. Dagegen wurzelt der historische Materialismus – wie übrigens auch der geschichtswissenschaftliche Positivismus – in einer objektivistischen Fehleinstellung des 19. Jahrhunderts.

In dem langen Streit um die wechselseitige Über- oder Unterordnung von Wissenschaft und Leben hat es auch die gegenläufige Tradition gegeben, besonders exponiert bei Nietzsche und denen, die sich auf ihn beriefen, nämlich die Forderung: Die Wissenschaft müsse sich dem „Leben“ – der Welt des Handelns und Entscheidens – unterordnen. Das ist nun ebenfalls eine sehr gefährliche Sicht, denn da wird Wissenschaft auf nebelhafte Begriffe bezogen, die Einfallstore der Irrationalität sein können – bis hin zu der Wahnvorstellung, es gebe eine besondere „deutsche Physik“.

Natürlich hat der Leser längst bemerkt, daß die – insoweit an Max Weber anknüpfende – Argumentation auf die Vorstellung hinausläuft, daß die moderne Welt eine in verschiedene, jeweils autonome Sphären differenzierte Welt ist, daß die Wissenschaft einen dieser Bereiche ausmacht, der die anderen Bereiche weder beherrschen kann und darf, von denen sie aber auch ihrerseits nicht beherrscht werden darf. Das ergibt ein spannungsreiches

Nebeneinander von Wissenschaft und Politik in „Unterscheidung und Verknüpfung“ (O. G. Oexle). In Unterscheidung, weil Wissenschaft als eigenständiger Bereich menschlicher Erkenntnis über autonome Prinzipien verfügt, die nicht verletzt werden dürfen. In Verknüpfung allein schon deswegen, weil Wissenschaft sich für gesellschaftliche Ordnungen einsetzen muß, in denen diese Prinzipien respektiert werden. Aber auch darüber hinaus geschieht der Forschungsablauf unter Gesichtspunkten und mit Voraussetzungen und Folgen, die die Wissenschaft mit anderen Lebensbereichen verknüpfen.

Wir kamen von der Frage her, ob die Zeitgeschichte wegen fehlender Distanz weniger wissenschaftlich sei als die ‚andere‘ Geschichte. Das hat zu einem Exkurs über Objektivitätskriterien geführt. Er schien nützlich, weil das Verhältnis von außerwissenschaftlichen Interessen und geschichtswissenschaftlicher Arbeit vor allem in der Zeitgeschichte verheerend zu Buche schlagen kann⁴². Zugleich sollte der Leser davon überzeugt werden, daß das notwendige Minimum an Distanz zum Untersuchungsobjekt sich nicht am zeitlichen Abstand bemessen läßt, sondern am Maß der Produktivität der Fragen, der logischen Stringenz der Argumentation, der quellenmäßigen Kontrollierbarkeit der Ergebnisse, kurz: am Maße der Beachtung der Autonomie und der methodischen Regeln der Wissenschaft.

Und doch gibt es einen wirklichen Nachteil, einen spezifischen Mangel, mit dem die Zeitgeschichte leben muß. Das hat nichts mit dem Kriterium der inneren Distanz zu tun, sondern mit der Unabgeschlossenheit zeitgeschichtlicher Verhältnisse und Verläufe: Der Zeithistoriker kennt die langfristigen Folgen und Nebenfolgen in der Regel noch nicht und kann sie daher auch nicht in die Reflexion einbeziehen. Das vermindert die Chance, die Dinge in Weitwinkel- oder Vogelperspektive zu sehen, wo sie in größeren Zusammenhängen und auf höherem Syntheseniveau sichtbar werden⁴³. Am

42 Vgl. z. B. Hans-Dieter Schütte, *Zeitgeschichte und Politik. Deutschland- und blockpolitische Perspektiven der SED in den Konzeptionen marxistisch-leninistischer Zeitgeschichte*, Bonn 1985, oder die kritische Bilanz von Peter Hübner, *Zur zeitgeschichtlichen DDR-Forschung in den neuen Bundesländern*, in: *Berliner Debatte. Initial. Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs*, (1991) 2, S. 158–166.

43 Das distanzierte Verhältnis zur Zeitgeschichte, das im methodologischen Hauptwerk des „bedeutendsten Geschichtstheoretikers deutscher Sprache“ (Wolfgang Hardtwig) zu beobachten ist, hängt mit der methodischen Hochschätzung dieser Chance zusammen: „Zu den historischen Materialien gehört auch die Folgewirkung der Dinge“, einschließlich der „Wirkungen, welche die Zeitgenossen nicht

41 Vgl. Fritz Klein, *Was wird aus der Wissenschaft der DDR?*, in: *Das Parlament*, Nr. 38 vom 14. 9. 1990, S. 19.

Privileg der anderen Historiker, immer auch schon die Folgen zu kennen, haben die Zeithistoriker nicht oder nur ansatzweise teil; sie stehen nicht auf den hohen Schultern einer langen Vergangenheit, sondern teilen die „niedrige Augenhöhe des Zeitgenossen“⁴⁴.

Ein einziges Beispiel genügt, um zu zeigen, was es heißt, ob man mit oder ohne Kenntnis der Folgen schreibt: Die Geschichte der DDR wird in Kenntnis ihres Endes aufschlußreicher geschrieben werden können als zuvor. Nicht in dem Sinne, sie nun teleologisch auf das Jahr 1989 hin zu bürsten (das wäre methodisch von zweifelhaftem Wert und würde an Burckhardts Spott über die Tendenzhistorie nach 1871 erinnern), sondern so, daß in Kenntnis der Folgen die Fragen informierter, die Gewichtungen fundierter und das Niveau der argumentativen Verknüpfung höher sein können.

Wie in einem Akt ausgleichender Gerechtigkeit stiftet die zeitliche Nähe des Zeithistorikers aber auch einen besonderen Vorteil. Friedrich Meinecke schrieb 1946 im Rückblick auf die „deutsche Katastrophe“, schriftliche Quellenzeugnisse könnten den selbsterlebten „Hauch der Zeitatmosphäre“ niemals voll ersetzen⁴⁵. Hans Rothfels hob 1953 hervor, die „Situation des Miterlebens“ könne die Arbeit des Historikers erheblich erleichtern, da die „Nähe unter Umständen eine eigentümliche Hebelkraft“ habe⁴⁶. Alan Bullock erklärte nach Abschluß seiner Arbeit an der Doppelbiographie über Hitler und Stalin: „Ich bin ein alter Mann, aber das ist mein Vorteil. Ich habe die Epoche erlebt, ich habe sie in den Knochen und in den Fingerspitzen.“⁴⁷ Was diese drei Zeugnisse verbindet, ist der Hinweis auf ein Privileg des Zeithistorikers: Er verfügt nicht nur über günstige Chancen des Recherchierens (da die geringe Zeitdistanz die Überlieferung verdichtet), sondern

kannten und nicht ahnten“. Die Kenntnis der Folgen ermöglichte „gleichsam ein Auseinanderlegen und Ausdenken der Momente“, die den Ereignissen inhärent sind. „Es ist das Recht der historischen Betrachtung, die Tatsachen in dem Lichte der Bedeutsamkeit, die sie durch ihre Wirkungen gewonnen haben, aufzufassen.“ Vgl. Johann Gustav Droysen, *Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte*, hrsg. von Rudolf Hübner, Darmstadt 1960⁴, S. 91.

44 Arnold Esch, *Geschichte im Entstehen. Der Historiker und die Erfahrung der Gegenwart*, in: Udo Wengst (Hrsg.), *Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdiskussion*, Bonn – Berlin 1992, S. 17–29, hier S. 23.

45 Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946, S. 6.

46 H. Rothfels (Anm. 11), S. 6.

47 Stefan Kornelius, *Hitler und Stalin als Untermieter. Zu Besuch bei dem englischen Historiker Alan Bullock*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 20./21. 7. 1991.

auch über den Vorzug der Zeugenschaft: Die durch Beteiligung gewonnene Geschichtserfahrung kann heuristisch ungewöhnlich fruchtbar sein⁴⁸. Allerdings fügte Bullock hinzu, und dies hebt wieder die Bedeutung der nur ex post zu gewinnenden perspektivischen Fluchtpunkte hervor: „... und ich wurde alt genug, um das Ende der Story zu kennen“.

III. Bilanz der westdeutschen Zeitgeschichtsforschung bis zur Wende von 1989/90

Wir waren von methodologischen Anzweiflungen ausgegangen, gegen die sich die Zeitgeschichte behauptet hat. Das hat zu einigen Überlegungen geführt, die der Theorie historischen Erkennens zuzurechnen sind. Im nächsten Abschnitt richtet sich der Blick auf forschungspraktische Fragen, so daß nun vornehmlich von Themenfeldern die Rede ist (die sich freilich nicht ganz von den entsprechenden Verfahrensweisen, also den methodischen Aspekten, trennen lassen).

Zunächst ist daran zu erinnern, daß die bundesrepublikanische Zeitgeschichtsforschung sich als Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Weimarer Vorgeschichte konstituiert hat. Da bereits kurze Zeit nach dem Ende des NS-Régimes große Massen seiner schriftlichen Kommunikation der Forschung zugänglich wurden, konnte man mit den hergebrachten Methoden einer auf das Aktenstudium gestützten politischen Geschichtsschreibung weit kommen.

Einer der zeitgeschichtlichen Zweige war aber von vornherein mit einer deutlichen Neuerung verbunden. Er öffnete sich der Politikwissenschaft westlich-liberaldemokratischer Herkunft, und das hieß nicht nur: Einzug ungewohnter systematischer Begriffe und Analyseverfahren, sondern das bedeutete zugleich: radikale Kritik an der jüngeren deutschen Vergangenheit, an Pluralismusscheu und Obrigkeitsexzess. Wissenschaftliche und politische Positionen verknüpften sich hier zum Muster einer betont „kritischen Zeitgeschichte“. Einen Markstein auf diesem Weg bildete Karl Dietrich Brachers in den fünfziger Jahren entstandenes Buch „Die Auflösung der Weimarer Republik“.

48 Wobei der Akzent auf „heuristisch“ liegt, denn soweit die Zeitgeschichte vertraute Selbstverständlichkeiten ihrer Zeit lediglich reproduziert, ist sie eher ein Teil des Problems als ein Beitrag zur Lösung.

Beim Lesen spürt man förmlich die Aversion des Verfassers gegen „Schicksals“- oder „Tragik“-Kategorien, mit denen traditioneller verfahrenende Historiker die katastrophale Vergangenheit aufzuarbeiten suchten.

Lange machte die Zeitgeschichte beim Schwellenjahr 1945 halt, konzentrierte sich auf Weimar, Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg. In diesem Fragehorizont durchlief sie auch die drei großen Phasen, die für den Gang der Geschichtswissenschaft in der ‚alten‘ Bundesrepublik im ganzen charakteristisch sind⁴⁹. Sie lassen sich in grober Schematisierung und eher stichwortartig auf folgende Weise bilanzieren:

Die *erste Phase* bezieht sich auf die fünfziger Jahre und weist – in der Zeitgeschichte allerdings weniger als in anderen historischen Disziplinen – noch deutliche Züge der Kontinuität zum Historismus auf. Es ist üblich geworden, für diese Traditionslinie Merkmale wie diese zu nennen: Konzentration auf Politik- und Geistesgeschichte, überwiegend staatsgläubig betrieben, mit einer stark individualisierenden hermeneutischen Verstehenslehre, in der ideelle Impulse betont, hingegen sozialökonomische und sozialkulturelle Bedingungen weniger oder gar nicht beachtet werden. Diese Charakterisierung ist nicht eben unzutreffend – sofern zugleich bedacht wird, daß sie verengte Varianten der großen und vielfältigen Strömung des Historismus⁵⁰ im kritischen Visier hatte.

Die *zweite Phase*, die sechziger und siebziger Jahre, sind durch heftige Erschütterungen gekennzeichnet, hervorgerufen durch Theoretisierung der Methoden, Hereinholen der Sozialwissenschaften, Bevorzugung der Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte, der überindividuellen Strukturen und Prozesse, des funktionalen Erklärens statt des hermeneutischen Verstehens, des Analysierens statt Erzählens, verbunden mit einem Aufschwung quantifizierender Verfahren usw.

49 Neben Ernst Schulin (Hrsg.), Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1989, sei aus der Fülle der Literatur auf einige scharf konturierende Zusammenfassungen verwiesen: Werner Conze, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: Historische Zeitschrift, 225 (1977), S. 1–28; Konrad Repgen, Methoden- oder Richtungskämpfe in der deutschen Geschichtswissenschaft seit 1945, in: K. Repgen (Anm. 3), S. 591–610; Jürgen Kocka, Veränderungen in der Geschichtswissenschaft. Eine ‚Geisteswissenschaft‘?, in: Wolfgang Prinz/Peter Weingart (Hrsg.), Die sogenannten Geisteswissenschaften: Innenansichten, Frankfurt a.M. 1990, S. 134–137.

50 Zuletzt sehr eindringlich dargestellt von W. Hardtwig (Anm. 39).

Vehemente Theoriedebatten und Richtungskämpfe fanden damals statt. Wissenschaftsinterne Entwicklungen verbanden sich mit einem kulturellen Umbruch, der – generationsspezifisch beschleunigt – gesellschaftliche Ordnungskategorien und Wertpräferenzen verschob. Eine außerordentliche Expansion des Hochschulwesens wirkte wie ein Verstärkereffekt, denn so stiegen die Etablierungschancen der Neuerer. Es wird oft gesagt, die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft habe sich in dieser Phase stark pluralisiert, und in der Tat erweiterte sich das Spektrum der Möglichkeiten geradezu ruckartig, einschließlich einer aufschäumenden Konjunktur neomarxistischer Schulen. In mancher Hinsicht müßte aber eher von Polarisierung als von Pluralisierung die Rede sein, wie sich am Beispiel der Kontroversen um den (in die Defensive gedrängten) Totalitarismusbegriff und den (uferlos inflationierten) Faschismusbegriff zeigen ließe⁵¹.

Die *dritte Phase* umfaßt die achtziger Jahre. Da wurden zunächst mancherlei Überspitzungen und Übertreibungen zurückgenommen oder abgeschliffen. Nachdem z. B. das Genre der Biographie sich seiner heftigen Kritiker kaum noch zu erwehren vermocht hatte, erzielte es nun wieder – quer durch die historischen Epochendisziplinen – große Erfolge: von Christian Meiers Cäsar (1982) über Lothar Galls Bismarck (1980) bis zu Hans Peter Schwarz' Adenauer (2 Bde. 1983, 1991). Man mußte sich auch nicht mehr (wie Waldemar Besson 1970 halb im Ernst) entschuldigen, wenn man noch immer über Außenpolitik schrieb oder sich weigerte, in den internationalen Beziehungen lediglich Funktionsimperative eines angeblichen „Primats der Innenpolitik“ zu sehen.

Zugleich entstanden nun Gegen- und Ergänzungsströmungen, die in die zum Teil menschenleer gewordenen Strukturlandschaften der Gesellschaftsgeschichte das Subjekt, den Alltag, die Erfahrungsgeschichte hereinholten. Dieses Interesse galt nicht mehr so sehr der Makroebene der Gesamtgesellschaft, sondern der Mikroebene überschaubarer Lebenswelten. Als Nachbarwissenschaften wurden nicht mehr so stark Soziologie und Ökonomie, sondern zunehmend Ethnologie oder Kulturanthropologie bevorzugt. Auch in dieser Phase begleitete ein Wandel der sozialkulturellen Zeitsignatur die innerwissenschaftliche Entwicklung: Das Zutrauen in die Erklärungskraft

51 Vgl. insbesondere Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1976; ders., Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München – Wien 1980.

von Zentraltheorien schrumpfte ebenso wie der Systemoptimismus, in dessen Sog grundsätzlich alles als fortschrittlich planbar oder technizistisch machbar gegolten hatte. Das Inkommensurable und Kontingente, das Erlebte und Gelebte, wurde wieder stärker in das historische Denken einbezogen. Zwar hat die alltagsgeschichtliche Woge auch einseitige, sogar abwegige Ansätze nach vorn gespült; im ganzen ist die Ergänzung der Ereignis- und der Strukturgeschichte durch die – grundsätzlich nicht neue, doch neu akzentuierte – Dimension der Erfahrungsgeschichte aber zweifellos zu begrüßen⁵².

Mit dieser Phasen-Einteilung läßt sich der Weg der westdeutschen Geschichtswissenschaft also grob schematisieren. Das gilt auch für den Gang der Zeitgeschichte, jedenfalls auf ihrem bis zur Grenzmarke von 1945 reichenden Forschungsfeld. Diese Zäsur wurde lange nicht oder nur vereinzelt überschritten. Von einigen Pionieren abgesehen, ist die Zeit nach 1945 eigentlich erst um 1970 ein Arbeitsfeld der Historie geworden, das dann allerdings rasch expandierte⁵³. Neben einer wachsenden Zahl außeruniversitärer Forschungseinrichtungen⁵⁴ haben vornehmlich die Universitäten diese Forschungen getragen: In wohl kaum einem anderen Land gibt es einen so großen Aufschwung der Zeitgeschichte

spezialisierten Universitätsbereich wie in der Bundesrepublik⁵⁵. Dies hängt mit der Geburt der westdeutschen Zeitgeschichte aus dem Geist der Vergangenheitsbewältigung zusammen. Das dabei aufgebaute Forschungspotential hat sich spät, dann aber intensiv der „neueren Zeitgeschichte“ zugewandt.

Der weit überwiegende Teil der einschlägigen Studien richtete sich in der Dekade 1970–1980 auf die Jahre der Besetzung, während ein schmalere Forschungsfluß auf die fünfziger Jahre auszugreifen begann⁵⁶. Die Besetzungszeit ist daher die mit Abstand am besten erforschte Nachkriegsperiode. Aber auch da zeigt sich ein Intensitätsgefälle, das proportional zum (west)alliierten Machtgefälle verlief. Am frühesten und gründlichsten wurden die Verhältnisse in der amerikanischen Zone untersucht. Dabei wirkte sehr förderlich, daß die riesigen Aktenberge der amerikanischen Militärregierung (die sogenannten OMGUS-Akten) in verfilmter Form leicht zugänglich wurden. Dagegen blieb die französische Zone bis Mitte der achtziger Jahre nahezu „vergessen“. Seither wird viel nachgeholt, und es zeichnen sich erhebliche Korrekturen an der zähen Legende ab, diese Zone sei eine besonders schikanöse Ausbeutungskolonie gewesen⁵⁷.

Seit etwa 1980 hat sich die Forschungslandschaft nicht nur quantitativ erweitert, sondern auch qualitativ verändert. Einzelstudien, die auf die Adenauerzeit und darüber hinaus greifen, haben an Zahl, Breite und Tiefe stark gewonnen⁵⁸. Parallel dazu sind erste große Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik erschienen⁵⁹. Im

52 Vgl. das abwägende Kapitel „Die Alltagsgeschichte und ihre Kritik“ bei Gerhard A. Ritter, Die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Sozialgeschichte im internationalen Überblick, Darmstadt 1989, S. 58–62. Ein Beispiel für alltagsgeschichtlich betriebene „Legendenbildung“ (über die Resistenz der kleinen Leute) schießt Richard J. Evans auf in einer Rezension der gegenläufigen Studie von Robert Gellately, The Gestapo and German Society, Oxford 1990, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 485–488.

53 Neben der Bibliographie zur Zeitgeschichte (Anm. 12) und periodischen Literaturberichten in Zeitschriften wie „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ und „Archiv für Sozialgeschichte“ vgl. als Forschungsüberblicke: Lutz Niethammer, Stufen der historischen Selbsterforschung der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutsches Institut für Fernstudien (Hrsg.), Zugänge zur deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine Einführung, Tübingen 1986, S. 23–34; Wolfgang Benz, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Probleme und Tendenzen zeitgeschichtlicher Forschung in der Bundesrepublik, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 16 (1987), S. 398–420; Norbert Frei, The Federal Republic of Germany, in: A. Seldon (Anm. 2), S. 122–129; Paul Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 202–238; Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 41 (1993), S. 1–29.

54 Vgl. im einzelnen das von der 1972 gegründeten Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland herausgegebene „Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland“.

55 Vgl. A. Seldon (Anm. 2), S. 117; L. Niethammer (Anm. 53), S. 23.

56 Hierfür bietet die von Konrad Repgen und Rudolf Morsey herausgegebene Reihe „Adenauer-Studien“, deren erster Band 1971 erschien, ein frühes Beispiel.

57 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1993 (im Druck) (eine auch methodisch höchst eindrucksvolle ‚histoire totale‘ der Umbruchszeit 1944/45); Adolf M. Birke/Eva A. Mayring (Hrsg.), Britische Besetzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992; Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Neuere Forschungen über die „vergessene Zone“, in: Neue politische Literatur, 35 (1990), S. 50–62.

58 In einem kürzlich erschienenen Literaturbericht hat Alan S. Milward die „fast obsessive Fixierung auf die Besetzungszeit“ als den betrüblichsten Aspekt der deutschen Zeitgeschichtsschreibung während der letzten zehn Jahre bezeichnet; dieses Urteil (in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 40 [1992], S. 456) trifft m. E. nicht zu.

59 Vor allem die von Theodor Eschenburg/Wolfgang Benz/Hermann Graml (Bd. 1), Hans-Peter Schwarz (Bde. 2, 3), Klaus Hildebrand (Bd. 4) und Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Jäger/Werner Link (Bde. 5/I und 5/II) erarbeitete „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Stuttgart–

Zuge dieser Erweiterung haben frühere Problemfassungen an Bedeutung verloren, wie das Beispiel der größten und schärfsten Debatte der älteren Observanz zeigt. Als um 1970, inmitten der Richtungskämpfe der oben vorgestellten zweiten Phase, die Besatzungszeit in das historische Blickfeld rückte, prallten zwei Interpretationsrichtungen aufeinander. Die eine würdigte die Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik als das Ende des deutschen Sonderwegs und den Eintritt in die westliche Normalität. Die andere setzte mit umgekehrter Stoßrichtung an und stellte dieselbe Geschichte unter den Leitgedanken des Restaurationsverdikts. Diese auf die Alternative „Restauration oder Neuordnung“ fixierte Debatte ist in den achtziger Jahren stark relativiert und von einer umfassenderen Periodisierungsdiskussion abgelöst worden, die sozusagen im zeitlichen Längsschnitt und sachlichen Querschnitt die jeweiligen Mischungsverhältnisse von Kontinuitäten und Diskontinuitäten zu bestimmen sucht⁶⁰.

Wenn auch nicht unangefochten, so hat sich für die Analyse der Veränderungsrichtung immer stärker der Modernisierungsbegriff durchgesetzt. In vieler Hinsicht gewann dabei das Ende der fünfziger Jahre Zäsurbedeutung⁶¹, während die politische Epochengrenze des Jahres 1945 – in übergreifende Wirkungszusammenhänge eingeordnet – viel von ihrer früheren Konnotation als „Stunde Null“ verlor⁶².

Mannheim 1983–1987. Als konzisen Wegweiser zum Forschungsstand vgl. Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1987.

60 Vgl. Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983; Lutz Niethammer, Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955, München 1986, S. 65–83; Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), „Modernisierung“ im „Wiederaufbau“. Die westdeutsche Gesellschaft in den 50er Jahren, Bonn 1993 (im Druck).

61 Mit Signalwirkung herausgearbeitet von Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957; Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart–Wiesbaden 1981, 1983 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland [Anm. 59], Bd. 2 und 3).

62 Am dezidiertesten in dem von Lutz Niethammer geleiteten Oral-History-Projekt „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“, 3 Bde., Berlin – Bonn 1983–1985, und bei Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988. Vgl. jetzt auch Matthias Frese u. a., Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960. Ein Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte, in: Westfälische Forschungen, 41 (1991), S. 444–467.

Aufs Ganze gesehen erbrachte das Forschungsjahrzehnt seit 1980 einen vielfältigen Ertrag, der sich nur schwer in wenigen Punkten bilanzieren läßt. Charakteristisch dürfte aber folgendes sein:

1. Zwar standen Themen der *deutschen* Geschichte im Vordergrund, aber von bedenklichen nationalen Blickverengungen hat die westdeutsche Zeitgeschichte sich weitgehend freigehalten. Internationale Perspektiven blieben auf vielfältige Weise gesichert. Mit gleitenden Übergängen ist die Nationalgeschichte zunächst durch den Bezugsrahmen erweitert worden, den die intervenierenden Siegermächte setzten, dann traten die internationalen Dimensionen des innerdeutschen Konflikts stärker hervor, vor allem aber hat der steigende Integrationsgrad, den die politische, militärische, ökonomische und kulturelle Verflechtung des Westens bewirkte, rein „deutsche“ Problemfassungen zusehends obsolet gemacht. Es ist bezeichnend, daß die führende Fachzeitschrift zu Beginn der achtziger Jahre die europäische Integration mit großem Nachdruck als mittel- und langfristige Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung reklamierte⁶³. Hervorzuheben ist auch der bedeutende Anteil angloamerikanischer Historiker an der Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte im internationalen Zusammenhang. Die Deutschen Historischen Institute in London und Paris, Rom und Washington werden zunehmend auf zeitgeschichtlichem Gebiet tätig.

2. Es dominierte zunächst – auch noch in den siebziger Jahren – die Politikgeschichte, und so verfügen wir über einen guten Kenntnisstand, was z. B. die politischen Institutionen, die Verfassungsordnung, die Parteien und Verbände, auch den Föderalismus betrifft. Hier hat die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien förderlich gewirkt – ein seit 1951 bestehendes und sich durch Kooptation jeweils selbst erneuerndes wissenschaftliches Gremium⁶⁴. Auch die von den Parteien bzw. den Parteistiftungen (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stif-

63 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung. Forschungsstand und Perspektiven, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 31 (1983), S. 555–572.

64 Vgl. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Annotierte Bibliographie 1953–1988, bearb. von Martin Schumacher, Düsseldorf 1988; Udo Wengst, Deutsche Parteien nach 1945 und ihre Geschichte. Anmerkungen zu Quellen und Ergebnissen historischer Parteienforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jürgen Heideking/Gerhard Hufnagel/Franz Knipping (Hrsg.), Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, Berlin–New York 1989, S. 165–181.

tung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung) getragenen Archive spielen bei der Sammlung und Erschließung von Quellen eine erhebliche Rolle und beteiligen sich zum Teil auch selbst an der historischen Parteienforschung.

3. Studien zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik schufen gleitende Übergänge von der Politik- zur Gesellschaftsgeschichte⁶⁵. Dabei hat insbesondere das Institut für Zeitgeschichte das Genre der „politischen Sozialgeschichte“ gepflegt, das Interdependenzen von Gesellschaft und Politik zu erfassen sucht, und zwar vorwiegend in Konzentration auf kleine Räume, auf Regional- und Lokaluntersuchungen⁶⁶.

4. Einen starken Aufschwung haben in jüngster Zeit Forschungsrichtungen genommen, die sich den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dimensionen der Gesellschaft in ihrem Eigengewicht zuwenden, also nicht in einem primär politikgeschichtlichen Blickwinkel. Mit einiger Verzögerung haben somit Tendenzen, die für die oben skizzierte zweite Phase in der Entwicklung der westdeutschen Geschichtswissenschaft kennzeichnend waren, die jüngste Zeitgeschichte erfaßt. Exemplarisch kann auf ein arbeitsteiliges Projekt hingewiesen werden, das den gesellschaftlichen Wandel der fünfziger und frühen sechziger Jahre u. a. unter den Aspekten der Verkehrsentwicklung, der Ernährung und der Freizeitgewohnheiten untersucht. Dabei werden sozialgeschichtliche Methoden, die für frühere Epochen intensiv erprobt sind (wie z. B. die Rekonstruktion der Budgets privater Haushalte), in die Zeitgeschichte hineingenommen⁶⁷.

Ein weiteres Beispiel bilden Forschungen zur Entproletarisierung des Arbeiterlebens, wodurch in Umkehrung früherer Klassenbildungsprozesse ein so neuer und wichtiger Vorgang wie die Klassen-Entbildung erkennbar und belegbar geworden

65 Vgl. z. B. Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.

66 Beispielhaft Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986; Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990; Christoph Boyer, Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945–1949, München 1992.

67 Begleitend zu diesem Forschungsprojekt („Modernität‘ und ‚Modernisierung‘ in der Bundesrepublik Deutschland der 50er Jahre“) entstand der von A. Schildt/A. Sywottek herausgegebene Sammelband (Anm. 60). Vgl. auch Abdolreza Scheybani, Handwerk und Kleinhandel in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1961. Sozialökonomischer Wandel und Mittelstandspolitik, Diss., München 1992.

ist⁶⁸. Überhaupt hat sich gezeigt, daß in der Schrumpfung bzw. Auflösung traditioneller Sozialmilieus ein wichtiges Merkmal der bundesrepublikanischen Gesellschaftsgeschichte liegt. Das gilt auch für die sozialkulturelle Binde- und Prägekraft der kirchlichen Milieus, in denen institutionalisierte Sinndeutung, verhaltensprägende Mentalität und individuelle Wertbeziehung früher eng miteinander verflochten waren. Forschungseinrichtungen wie die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte und ihr katholisches Gegenüber „Kommission für Zeitgeschichte“ haben diesen Wandel in den Blick genommen. Auch außerhalb dieser Institutionen expandiert kirchliche Zeitgeschichte als ein zur Sozialgeschichte der Religion sich öffnender Forschungszweig⁶⁹, wobei Erweiterungen des Fragens und Verfahrens nachvollzogen werden, die für frühere Epochen der Neueren Geschichte längst erprobt sind⁷⁰. Daß die Zeitgeschichte inzwischen ihren spezifischen Oral-History-Vorteil wahrgenommen hat, um auf diese Weise in die Mentalitäts- und Alltagsgeschichte tiefer einzudringen, ist oben schon vermerkt worden.

Welche Desiderate hinterläßt der „Vor-Vereinigungs-Stand“ der westdeutschen Zeitgeschichte? Da möchte ich zweierlei hervorheben. Bedenkt man, wie außerordentlich tiefgreifend Naturwissenschaft und Technik die „Epoche der Mitlebenden“ verändert haben, so fällt auf – auch im Vergleich zur Forschungspraxis in Frankreich und den angelsächsischen Staaten –, daß die Naturwissenschafts- und Technikgeschichte nur schmal in die allgemeine Zeitgeschichte einbezogen worden ist. Es ist ganz symptomatisch: Eine die Umstände des Lebens so tief und vielfältig umgestaltende Interdependenzenkette wie beispielsweise die, welche sich hinter dem Begriff der Massenmotorisierung verbirgt, ist bisher eher beiläufig wahrgenommen

68 Vgl. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M. 1984; Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991.

69 Vgl. die Beiträge von Ulrich von Hehl, Der deutsche Katholizismus in der zeitgeschichtlichen Forschung, sowie von Clemens Vollnhals, Kirchliche Zeitgeschichte nach 1945. Schwerpunkte, Tendenzen, Defizite, in: Jochen-Christoph Kaiser/Anselm Doering-Manteuffel (Hrsg.), Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart u. a. 1990, S. 146–175, 176–191.

70 Vgl. z. B. Kaspar von Greyerz, Religion und Gesellschaft in der früheren Neuzeit. Einführung in Methoden und Ergebnisse der sozialgeschichtlichen Religionsforschung, in: Religiosität – Frömmigkeit – Religion Populaire, Lausanne 1984, S. 13–36. Mustergültig: Urs Altermatt, Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1989.

und kaum unter leitenden Fragen erforscht worden⁷¹. Wer über den „Schiene-Straße-Konflikt“ – eine der großen, auch unter aktuellen Gesichtspunkten bedeutsamen Kontroversen der fünfziger Jahre – etwas erfahren will, muß in der zeitgeschichtlichen Literatur mit der Lupe suchen⁷².

Gewiß tut sich neuerdings manches. So hat eine Historikergruppe die Geschichte der in den fünfziger Jahren gegründeten – außeruniversitär betriebenen, staatlich finanzierten – Großforschungseinrichtungen untersucht: Das reicht von Plasmaphysik über Luft- und Raumfahrtforschung bis zur biomedizinischen Großforschung⁷³. Aber das sind gleichsam trigonometrische Punkte, die die Dimensionen des unerforschten Geländes um so deutlicher hervortreten lassen. Anscheinend hat der geisteswissenschaftliche Hintergrund, dem die westdeutschen Zeithistoriker – einschließlich der Vertreter einer stärker sozialwissenschaftlich orientierten Historie – zumeist entstammen, das Interesse an Naturwissenschafts- und Technikgeschichte gedämpft und eine Überbrückung der „zwei Kulturen“ (Charles Snow) erschwert. „Reine“ sozialwissenschaftliche Disziplinen zeigen in dieser Beziehung weniger Berührungsscheu und erproben den Brückenschlag häufiger⁷⁴.

Ein weiterer Mangel liegt etwas komplizierter; er ließe sich etwa so formulieren: Die Strukturierung der Untersuchungsthemen richtet sich weit stärker auf die Nachgeschichte vergangener als auf die Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen⁷⁵. So wird z. B. die ältere – problemlösende,

soziale Sprengsätze entschärfende – Wirkungsdynamik des Wirtschaftswachstums viel aufmerksamer ins Auge gefaßt als ihre *problemerzeugende* Dimension, die doch heute – z. B. in Form der ökologischen Folgen – auf den Nägeln brennt⁷⁶.

Allgemeiner gesagt: Die Zeitgeschichtsforschung hat in Überwindung der steril gewordenen Restaurationsdebatte die modernisierungstheoretischen Lektionen gründlich gelernt – zögert aber, das, was in der gewiß diffusen Diskussion über die „Postmoderne“ den seriösen Kern ausmacht, zur Kenntnis zu nehmen und heuristisch umzusetzen. Es wird aber wohl unumgänglich sein, eine Synthesenstufe zu erreichen, auf der „Modernisierung“ nicht nur als Lösung, sondern auch als Problem in den Blick kommt.

IV. Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung im vereinigten Deutschland

Das Ende des Ost-West-Konflikts und somit auch der Teilung Deutschlands im entzweiten Europa verschiebt die Lage der zeitgeschichtlichen Forschung. Neue Quellen sind in großem Umfang zugänglich geworden. Die Einzelforschung steht vor einer Fülle neuer Themen und Probleme. Neue Chancen zur übergreifenden Synthesebildung und zur Bestimmung epochaler Zusammenhänge tun sich auf. Denn die Augenhöhe der Zeithistoriker ist gestiegen: Sie überblicken jetzt Folgen und Wirkungen, die zuvor im Schoß der Zukunft verborgen waren. Aus (beliebigen) Erwartungen sind (kontrollierbare) Erfahrungen geworden. Daher wird die Zeitgeschichte in ihren Haupt- und Wendepunkten neu zu überdenken sein. Das schließt eine kritische Auseinandersetzung der zeithistorischen Forschung mit sich selber ein: Was sie in den vergangenen Jahrzehnten hervorgebracht hat, ist nun auf einen Prüfstand getreten. Dabei gibt es aus mancherlei Gründen viel Anwartschaft auf das Prädikat ‚gewogen und zu leicht befunden‘⁷⁷.

71 Die sich auf Aspekte und Phasen wie diese richten könnten: Wachstumsindustrie im „Wirtschaftswunder“, Problembereich Verkehr/Stadtplanung/Siedlungsstruktur (Suburbanisierung), sozialkulturelle Folgen der gesteigerten Mobilität, ökologische Kosten und Gefahren, Auflösung des fordistisch-tayloristischen Produktions- und Arbeitskonzepts („Ende der Arbeitsteilung?“).

72 Fündig wird er nur bei Volker Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 1985, S. 192–198.

73 Einführend dazu Margit Szöllösi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.), *Großforschung in Deutschland*, Frankfurt a. M. – New York 1990; Gerhard A. Ritter, *Großforschung und Staat in Deutschland*, München 1992. Bemerkenswert auch Joachim Radkau, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1989.

74 Vgl. beispielsweise Jürgen Hampel u. a., *Alltagsmaschinen. Die Folgen der Technik in Haushalt und Familie*, Berlin 1991. Grundsätzlich zur Frage der „zwei Kulturen“ und zur Notwendigkeit des Brückenschlags: Wolfgang Frühwald/Hans Robert Jaub/Reinhart Koselleck/Jürgen Mittelstraß/Burkhard Steinwachs, *Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift*, Konstanz 1990; ferner Walther Ch. Zimmerli (Hrsg.), *Wider die „zwei Kulturen“*. Fachübergreifende Inhalte in der Hochschulausbildung, Berlin u. a. 1990.

75 Ähnlich L. Niethammer (Anm. 53), S. 29: „Die Probleme unserer gegenwärtigen Gesellschaft bearbeiten wir

eher in historisch weit entfernten Radarspiegeln als an ihrer unmittelbaren Vorgeschichte.“ Auch P. Erker (Anm. 53) gibt zu bedenken, daß eine näher an die Gegenwart herangerückte Perspektivenwahl zu einem produktiven „Wechsel der Untersuchungsoptik“ führen könnte.

76 Vgl. Paul Leidinger, *Von der historischen Umweltforschung zur Historischen Ökologie. Ein Literaturbericht*, in: *Westfälische Forschungen*, 41 (1991), S. 495–516.

77 Auf zahlreiche Fehlurteile verweist (mit nicht immer überzeugender Handhabung des Zeigestocks): Jens Hacker, *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-*

Einen dieser Gründe hat Ranke mit kritischem Blick auf den Zeithistoriker Gervinus benannt: „daß man sich über den Weg der Zukunft irren und entsprechend die Zeitgeschichte falsch gewichten kann“⁷⁸.

Zu den dringlichen Desideraten der Zeitgeschichte vor dem Horizont der Wiedervereinigung gehört es, die Chancen zu nutzen, die sich aus den neuen, empirisch und methodologisch günstigeren Umständen für die Erforschung der Geschichte der SBZ/DDR ergeben. Das sollte aber weder im „Schnellverfahren“ (H. Möller), noch zu sehr im Banne von Introspektion und Selbstbezogenheit geschehen. Vielmehr ist es ratsam, die Geschichte der SBZ/DDR in einer Reihe übergreifender Zusammenhänge zu sehen, die im folgenden nur kurz angedeutet werden können⁷⁹.

Das ist zunächst der *gesamtdeutsche Zusammenhang*. Er betrifft die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, aber mehr noch die Ebene der Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Staaten. Sie bildeten in vieler Hinsicht eine „dialektische Einheit“, wie Karl Dietrich Erdmann hervorgehoben hat⁸⁰. Man kann daher die eine Seite nicht voll in den Blick nehmen, ohne auch die andere einzubeziehen. Weitere Chancen eröffnet das methodische Verfahren des deutsch-deutschen Vergleichs. Sehr zugespitzt könnte man sagen, daß die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR eine geradezu ideale Versuchsanordnung für vergleichende Studien bietet, da Deutschland wie in einem Experiment getrennt worden ist: Man nehme eine nationale Einheit, teile sie zwecks Territorialisierung alternativer gesellschaftlicher Ordnungsentwürfe und sehe zu, was dabei herauskommt.

Diktatur im Westen, Berlin 1992. Eindringlich Hans-Peter Schwarz, Les historiens de la République Fédérale d'Allemagne et la réunification, in: Relations Internationales 1992, S. 109–138.

78 Zitiert nach der Umformulierung bei E. Schulin (Anm. 5), S. 109. Gervinus selbst hatte in seiner frühen „Historik“ (1837) dem Historiker von zeitgeschichtlichen Themen abgeraten, „denn er kann nicht urtheilen, wo er nicht die Schlußscenen vor sich hat“. Darin liegt ein richtiges Moment, das auch heute zur Vorsicht mahnt: Kennen wir die „Schlußscenen“, die noch kommen und die Bedeutung des Umbruchs von 1989/90 relativieren werden?

79 Vgl. hierzu auch: Wissenschaftsrat, Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, (1991), S. 75–79.

80 Karl Dietrich Erdmann, Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 36 (1985), S. 671–683, hier S. 682.

Vergleichen heißt bekanntlich nicht gleichsetzen, sondern Herausarbeiten von Unterschieden und Gemeinsamkeiten bei größtmöglicher Präzisierung der Untersuchungskriterien⁸¹. In diesem Sinne wird es ebenfalls wichtig sein, die nationalsozialistische und die kommunistische Diktatur in Deutschland systematisch miteinander zu vergleichen⁸². Gewiß, viele Fragen werden sich auf der Bezugsebene Nationalsozialismus-Bolschewismus⁸³ kompatibler stellen lassen als im begrenzteren Vergleichsfeld von NS-Diktatur und SED-Diktatur. Aber der immer deutlicher vernehmbare Versuch, diese Vergleichsebene von vornherein mit dem Argument abzuwehren, der Nationalsozialismus sei ein autochthones, die SED-Herrschaft hingegen ein oktroyiertes Produkt der deutschen Geschichte, ist als sublimen Apologie zurückzuweisen. Der struktur- und erfahrungsgeschichtliche *Diktaturvergleich* ist unter beiden Kontextbedingungen dringlich und sinnvoll. Und im übrigen wäre ja erst noch herauszufinden, inwieweit langfristig wirksame (und auch: im künstlichen Rückgriff geschaffene) Traditionsbestände der deutschen Geschichte in die SED-Diktatur hineingewirkt und sie gestützt haben.

Dies führt zu dem Desiderat, die DDR in *Langzeitzusammenhänge* der deutschen und europäischen Geschichte einzuordnen. Welche Kontinuitätslinien setzte sie fort, welche brach sie ab? Soweit diese Linien biographisch gezogen werden können, treten sie deutlich und anschaulich hervor. So ist z. B. die Einführung der „Jugendweihe“ mit Ulbrichts Prägung in Leipziger Freidenkerkreisen vor dem Ersten Weltkrieg verbunden; die von Honecker bis zur Immobilität des Staatshaushalts getriebene Subventionspolitik verharrte auf Vorerfahrungen und Bedürfnisdefinitionen aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Schwieriger und strittiger sind komplexe Thesenbildungen wie die, daß die DDR als die verstaatlichte Form bestimmter Traditionen der Arbeiterkulturbewegung zu definieren sei (H. Groschopp).

Keinesfalls darf die Prägekraft der *internationalen* Beziehungen und Zusammenhänge vernachlässigt werden. Das gilt für die Ostintegration der SBZ/DDR, die eine engere Verknüpfung zwischen

81 Wobei zu beachten ist, daß dasselbe Element in unterschiedlichen Kontexten verschiedene Funktionen haben kann, wie auch unterschiedliche Elemente in verschiedenen Kontexten dieselbe Funktion haben können.

82 Vgl. Edgar Wolfrum, Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ein neuer zeitgeschichtlicher Forschungsschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 40 (1992), S. 155–158.

83 Von „Stalinismus“ sollte schweigen, wer von „Hitlerismus“ nicht sprechen will.

deutscher und osteuropäischer Zeithistorie wünschenswert macht. Das gilt aber noch mehr mit Blick auf die Westintegration der Bundesrepublik. Zwar wird die Analyse der Konkurrenzbeziehungen und Wechselwirkungen zwischen den beiden deutschen Staaten ein wichtiges Aufgabenfeld der Zeitgeschichtsforschung im vereinigten Deutschland sein; aber dabei darf nicht in den Schatten treten, daß das Gesamtspektrum der Westverflechtung, insbesondere der über die Jahrzehnte steigende westeuropäische Integrationsgrad, für die westdeutsche Geschichte die weitaus größere formative Bedeutung hatte. Eine angemessene Bearbeitung der europäischen Einigung ist daher auch künftig eine erstrangige Aufgabe der Zeitgeschichte. Dabei werden sich im einzelnen interessante Gewichtungsfragen stellen: Welche Wirkungsanteile sind den Prozessen der europäischen Einigung zuzurechnen und welche der „dialektischen Einheit“ deutsch-deutscher Konkurrenzbeziehungen?

Oben war davon die Rede, daß die „doppelte Zeitgeschichte“, von der Karl Dietrich Bracher im Hinblick auf die ‚alte‘ Bundesrepublik gesprochen hat, sich durch den Beitritt der DDR zur dreifachen Zeitgeschichte ausgeweitet hat. Es ist also die auf längere Sicht ganz unausweichliche Aufgabe entstanden, die drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland in ein Relationsgefüge zu bringen. Zentrale Deutungsachsen werden zu suchen sein, die geeignet sind, die drei Zeitgeschichten sinnvoll miteinander zu vermitteln und zu verknüpfen, ohne sie auf unzulässige Weise zusammenzuschieben und spezifische Differenzen zu verwischen. Unschwer läßt sich vermuten, daß diese Großaufgabe – nichts geringeres als eine Art innerer Wiedervereinigung der Zeitgeschichte – über

kurz oder lang heftige Historikerdebatten auslösen wird.

Die ersten Startlöcher sind bereits gegraben. So bieten einige Historiker, die vor der Wende als Bannerträger der SED hervorgetreten waren, jetzt in Aufsatzserien den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ (1945–1948) als Deutungsachse an: Dieser Weg habe den Nationalsozialismus zu überwinden, die Deutschen vor den Irrwegen, die in die Adenauerzeit und die Ulbricht-Ära abzweigten, zu bewahren und das „Neue Denken“ Gorbatschows vorwegzunehmen versucht. Die schärfste Gegenposition gegen eine so klitternde Trigonometrie der drei Zeitgeschichten nimmt die Abwandlung eines bekannten Spruchs ein: *never change a winning history*. Dann würde nur die Geschichte der (alten) Bundesrepublik fortgeschrieben – mit einer Fußnote für die DDR.

Wie auch immer diese Debatten geführt werden, sie lassen sich nicht von säkularen Perspektiven ablösen. Denn die Zeiten, die die Zeitgeschichte dimensionieren, sind tief gestaffelt. Merkmale, die in der „Epoche der Mitlebenden“ neu auftreten, verbinden sich mit Eigenschaften, die dauerhaft vorgeprägt wurden; und beides läßt sich nur in langfristiger Perspektive unterscheiden und bestimmen. Die Zeitgeschichte gleicht einem ausgedehnten Bahnhofsbereich, in dem kurze und lange Züge aus verschiedenen Richtungen nach sehr unterschiedlich langer Fahrtdauer eintreffen. „Zeitgeschichte“ sollte sich daher niemals zwischen die Grenzpfähle exklusiver Definitionen sperren lassen, womöglich mit immer kleineren zeitlichen Segmenten, sondern im engen Verbund mit der allgemeinen Geschichtswissenschaft eine bewegliche Arbeitsteilung suchen.

Wolfgang J. Mommsen

Die DDR in der deutschen Geschichte

Zweieinhalb Jahre sind, in historischen Maßstäben gemessen, wahrlich keine lange Zeit. Aber wir Deutschen sind angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere auf dem besten Wege, die Bedeutung der welthistorischen Wende, die mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Weltsystems eingetreten ist, aus dem Auge zu verlieren und uns in Kleinigkeiten zu verstricken. Über den gegenwärtigen, gewiß drängenden wirtschaftlichen Problemen sollten wir uns bewußt bleiben, daß den Deutschen mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die Chance zugewachsen ist, den Aufbau eines demokratischen deutschen Nationalstaats zu vollenden. Vor allem im Westen haben sehr viele Bürger, und mit ihnen auch eine stattliche Zahl der Historiker, nicht mehr recht daran geglaubt, daß es überhaupt noch zu einer Wiedervereinigung kommen würde, und manche haben die Existenz von zwei Staaten deutscher Nation in der Mitte Europas sogar als positiven Ansatzpunkt gedeutet, um eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu begründen, die die Tradition des Nationalstaats definitiv hinter sich lasse und zu übernationalen Entwicklungen führen werde. Die weltweite Renaissance des Nationalstaats und nationaler Bewegungen, wie sie sich im letzten Jahrzehnt keineswegs nur, wenn auch besonders prononciert in Ostmitteleuropa vollzogen hat, hat diese Annahme weitgehend zu Makulatur werden lassen.

Die vielfach bis heute geführten Diskussionen, ob Europa und den Deutschen mit einer Mehrzahl von Staaten demokratischer Legitimation, konkret also einem selbständigen, wenn auch von der Herrschaft des realen Sozialismus gründlich befreiten ostdeutschen Staat neben jenem der nunmehr „alten“ Bundesrepublik, nicht besser gedient gewesen wäre, sind von der geschichtlichen Entwicklung überholt worden. In der deutschen Geschichte seit dem Hohen Mittelalter, insbesondere der Epoche des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation, aber auch in der Zeit der Beherrschung der deutschen Staatenwelt durch zwei europäische Großmächte, nämlich Österreich und Preußen, war die Möglichkeit angelegt, daß die deutsche Nation auf Dauer in einer Mehrzahl von Staaten

leben werde. Erst die Reichsgründung Bismarcks hat dann die kleindeutsche Lösung gebracht – unter Ausgrenzung der Deutschen innerhalb der österreichischen Monarchie, zu denen allerdings immer ein besonderes Verhältnis bestand – und damit der geschichtlichen Entwicklung eine andere Richtung gegeben.

Dieser deutsche Nationalstaat war von Anbeginn mit schweren Problemen belastet, nicht allein wegen seiner halbkonstitutionellen Herrschaftsstruktur, die immer weniger den Bedürfnissen des Zeitalters genügte, sondern auch wegen der Herrschaft über beträchtliche Minoritäten von Polen, Elsässern und Dänen, die seit den 1880er Jahren an Unduldsamkeit gewann. Die deutsche Politik setzte im Ersten Weltkrieg, angetrieben von einer hemmungslosen, populären Kriegszielbewegung, die Existenz des deutschen Nationalstaates zum ersten Mal aufs Spiel, und dieser wurde im Versailler Vertrag auf seine „natürlichen“ Grenzen zurückgedrängt, vermochte sich aber damit nicht abzufinden. Dies gab bekanntlich den Nährboden ab für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus hatte, so schien es lange – und manche, wie Günther Grass, vertreten dies heute noch –, mit seiner uferlosen Gewaltpolitik, verbunden mit der Zwangsumsiedlung von Millionen von Menschen und systematischem Völkermord, das Recht der Deutschen auf ein Leben in einem geschlossenen nationalen Staat für immer verspielt.

Heute ist auf dem Restterritorium des ehemaligen Deutschen Reiches, nach der Westverschiebung Polens und der mehr oder minder gewaltsamen Umsiedlung bzw. der Vertreibung der Deutschen in Osteuropa, ein deutscher Nationalstaat wiedererstand, der zwar völkerrechtlich und gemäß bundesrepublikanischem Recht als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches gilt, aber tatsächlich ein neues Gebilde ist, welches weitgehend, wenn auch nicht ausschließlich, auf der Grundlage des demokratischen Selbstbestimmungsrechts im Sinne der Tradition Giuseppe Mazzinis und Woodrow Wilsons beruht. Zwar ist die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht das Ergebnis einer nationalrevolutionären Konstituante, wie man sich dies wohl gewünscht haben mag, sondern der Abstimmung zahlreicher Bürger in der ehemaligen DDR zunächst mit den Füßen, durch die Flucht nach dem Westen, sowie in Gestalt der Protestaktionen

Erweiterte Fassung eines Vortrags zur Eröffnung der Wissenschaftlichen Konferenz des Forschungsschwerpunkts Zeithistorische Studien, Potsdam, vom 6.–8. Juni 1993.

der Bürgerbewegungen zugunsten einer freiheitlichen Ordnung und schließlich durch die mit überwältigender Mehrheit der Bürger vorgenommene, nachträglich legalisierte Option zugunsten des Zusammenschlusses mit der Bundesrepublik, in einem Augenblick des plötzlichen, nahezu lautlosen Zusammenbruchs des SED-Regimes. Aber an seiner demokratischen Legitimierung kann kein Zweifel sein. Was hingegen zur Frage steht, ist das Zusammenspiel von nationalen Traditionen und der aktuellen politischen Entscheidung gegen den Fortbestand des Systems des „realen Sozialismus“. Das bildet die Ausgangslage für eine Erörterung der hier anstehenden Frage, wie die vier Jahrzehnte der Herrschaft der SED im östlichen Teil Deutschlands in der wechsellvollen Geschichte der deutschen Nation zu verorten sind.

Wir sollten uns allerdings darüber im klaren sein, daß wir die Wiedergewinnung des Nationalstaats zum geringsten Teil unserem eigenen Tun verdanken, sondern einerseits dem selbstlosen Einsatz der Dissidentenbewegungen in den ostmitteleuropäischen Ländern, die das System des realen Sozialismus am Ende durch eine gewaltlose Revolution zum Einsturz brachten, und zum andern den Entwicklungen in der internationalen Szene, insbesondere in der ehemaligen UdSSR selbst. In gewisser Weise haben wir Deutschen die Wiedererlangung des Nationalstaats uns erst noch zu verdienen, und dazu gehört nicht zuletzt auch, mit unserem in den letzten Jahrzehnten tief gespaltenen Geschichtsbewußtsein wieder ins reine zu kommen; nicht im Sinne der bekannten Formel, man möge doch „einen Strich unter die Vergangenheit ziehen“, sondern im Gegenteil, indem wir uns, im westlichen Teil Deutschlands ebenso wie in dem östlichen, über unsere gemeinsame Vergangenheit Rechenschaft geben.

Bislang war man in der alten Bundesrepublik geneigt, die Geschichte der DDR ganz überwiegend unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß diesem Teil Deutschlands nach 1945 gewaltsam ein ungewünschtes politisches System oktroyiert worden ist; und die Verantwortung für die Geschichte dieses Teiles Deutschlands rechnete man in allererster Linie den Sowjets zu. Ohne die massive Nachhilfe der UdSSR wäre die KPD bzw. die SED in den ostdeutschen Ländern niemals zur Macht gekommen, und ohne deren Unterstützung hätte sie sich schwerlich so lange an der Macht halten können. In der Tat kann die Rolle der SMAD bei der schrittweisen Durchsetzung des SED-Regimes kaum überschätzt werden. Sie verstand es, durch eine Kombination von politischem Druck, der sich gegebenenfalls zu offener Gewaltanwendung stei-

gerte, und der Gewährung von Privilegien aller Art an jene, die sich dem Regime mehr oder minder freiwillig zur Verfügung stellten – oft freilich nicht wissend, was denn wohl alles noch kommen werde –, schrittweise die politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen der UdSSR durchzusetzen und dafür dann immer wieder bereitwillige Kollaborateure zu finden.

Insofern hat die Geschichte der DDR ein Janusgesicht; einerseits ist es die Geschichte eines Satelliten des sowjetischen Empire, der durch eine vergleichsweise schmale Schicht von aktiven Kollaborateuren auf Kurs gehalten wurde, andererseits das Produkt eines Seitenstrangs der deutschen Geschichte, dessen Vorläufer vornehmlich, aber keineswegs ausschließlich, in der kommunistischen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit zu suchen sind und der nur zum Zuge kam, weil die bisherige politische Klasse in Deutschland in geradezu gigantischer Weise abgewirtschaftet hatte. Dazu beigetragen haben aber auch – und dies zeigt sich im Vergleich mit den Entwicklungen in den anderen osteuropäischen Staaten, die gleichfalls einer gewaltsamen Sowjetisierung unterworfen wurden – historische Vorbedingungen besonderer Art. Dazu gehören u. a. die weithin bestehende Orientierungslosigkeit nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft, das Fortleben autoritärer Strukturen und Mentalitäten seit dem späten Kaiserreich, die zu Anpassung und Unterwerfung eher als zu passiver Resistenz oder aktivem Widerstand Anlaß gaben, die vergleichsweise vorsichtige, realpolitische Anpassungsstrategien präferierende Haltung der Kirchen, insbesondere der evangelischen Kirche, und vor allem das weitgehende Versagen der Intellektuellen, die sich dem Regime vielfach bereitwillig zur Verfügung stellten. Dies hat es der SED erleichtert, ihre Herrschaft durchzusetzen, ohne stets auf manifeste Gewalt zurückgreifen zu müssen, obschon es daran gewiß nicht gefehlt hat.

Auch wenn man also die Geschichte der DDR in erster Linie als Teil der Geschichte der sowjetischen Herrschaft über ganz Ostmitteleuropa zu sehen hat und erst in zweiter Linie als Teil der deutschen nationalen Geschichte, sind wir demnach nicht der Frage enthoben, welche spezifischen, durch den Gang der jüngeren deutschen Geschichte bedingten Faktoren dazu beigetragen haben, daß sich das SED-Regime nicht allein relativ bruchlos etablieren, sondern gleichsam bis fünf Minuten nach zwölf an der Macht halten konnte?

An diesem Punkte ist zunächst nachdrücklich vor Überheblichkeit aus westdeutscher Sicht zu war-

nen. Wäre der sowjetische Herrschaftsbereich bei einem anderen Verlauf der militärischen Operationen noch weiter nach Westen ausgedehnt worden, so wären die Dinge auch dort gewiß kaum anders abgelaufen; es war die Gunst der Verhältnisse und nicht eigenes Verdienst, wenn die Deutschen im Westen die Chance erhielten, in Anlehnung an den Westen einen neuen freiheitlichen Weg zu gehen. Und es ist gewiß auch nicht weit hergeholt, zu argumentieren, daß die rasche politische Emanzipation der Deutschen in den westlichen Teilen Deutschlands und der vergleichsweise rasche wirtschaftliche Wiederaufbau mit substantieller westlicher Hilfe, der seit dem Beginn des Koreakrieges einsetzte – im Gegensatz zu den ursprünglichen Planungen auch der westlichen Mächte –, ohne den „kalten Krieg“ niemals so verlaufen wären; m. a. W., der Wiederaufbau erfolgte in gewisser Weise auf Kosten der Abkoppelung des östlichen Teils Deutschlands von dem ehemaligen Gesamtstaat. Man denke hier an die historiographische Auseinandersetzung über die sowjetische Note von 1952; es dürfte heute wohl unstrittig sein, daß damals die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands um den Preis einer langfristigen Demilitarisierung und eines auf längere Sicht kargen wirtschaftlichen Lebensniveaus für alle Deutschen im Bereich des Möglichen gelegen hat. Damals entschieden sich die Westdeutschen unter der entschlossenen Führung Konrad Adenauers – immerhin gegen erhebliche Widerstände im eigenen Lager, die heute fast vergessen sind – dafür, den Weg der rückhaltlosen Integration in den Westen zu gehen in der vagen Hoffnung, daß eine politisch wie wirtschaftlich erstarkte Bundesrepublik auf lange Sicht eine starke Magnetwirkung auch auf das restliche Deutschland ausüben werde.

Die geschichtliche Entwicklung hat Konrad Adenauer am Ende in diesem Punkte recht gegeben, obschon die große Mehrheit der Westdeutschen seit 1961 an eine Wiedervereinigung nicht mehr recht zu glauben vermochte. Aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß die Bevölkerung der ehemaligen DDR, die nun stärker als zuvor in den sowjetischen Herrschaftsbereich einbezogen wurde, in gewisser Hinsicht indirekt die Zeche dafür hat zahlen müssen. Etwas weiteres kommt hinzu, welches die Lebenschancen ebenfalls zugunsten der Bevölkerung in der alten Bundesrepublik verschoben hat: Der steigende Flüchtlingsstrom aus der DDR, der bis 1961 die Zahl von rund 2,7 Millionen Menschen erreicht hatte, induziert durch Repression und durch eine ständig zunehmende Welle der direkten und indirekten Enteignungen, wurde von der dort herrschenden Funktionärselite anfänglich eher als

ein Vorteil angesehen, schienen doch vornehmlich jene sozialen Gruppen und Elemente abzuwandern, die dem Aufbau des Sozialismus passiven Widerstand entgegengesetzt hatten; auch spielte eine Rolle, daß sich das Regime solcherart auf grotesk preiswerte Weise direkt oder verschleiert des hinterlassenen Vermögens dieser Bevölkerungsgruppen zu bemächtigen und damit den Prozeß der Sozialisierung nicht nur der Produktionsmittel, sondern auch des Grund- und Hausbesitzes zügig voranzutreiben vermochte, von der weitgehenden Enteignung des persönlichen Vermögens der Flüchtlinge, die auf schieren Raub hinauslief, ganz abgesehen.

Der Flüchtlingsstrom in die westlichen Teile Deutschlands stellte im Anfang eine erhebliche Bürde für die Bundesrepublik dar; aber es läßt sich zeigen, daß es nicht zuletzt diese hochmotivierte und zu einem Neuanfang unter äußerst widrigen Bedingungen gezwungene Sozialgruppe war, die den großen wirtschaftlichen Aufschwung der fünfziger Jahre, den wir gemeinhin als „Wirtschaftswunder“ zu bezeichnen pflegen, mit getragen hatte. Es ist in der Geschichte auch sonst häufig gewesen, daß Minoritätengruppen, die sich in einer unterprivilegierten Position befanden, ungewöhnlich große wirtschaftliche Dynamik an den Tag legten; hier war dies jedenfalls der Fall. Der Flüchtlingsstrom in den Westen aber kostete die damalige DDR einen großen Teil ihrer Führungsgruppen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Raum, mit schwerwiegenden Folgen.

Die Erwartung der SED-Führung, daß man durch einen radikalen Umbau des Bildungssystems leicht neue Führungseliten werde heranbilden können, die einen dynamischen Kraftquell für die entstehende sozialistische Wirtschaft abgeben könnten, erfüllten sich ebensowenig wie das Kalkül, daß man auf die Älteren verzichten könne, weil man dann die Jugend um so leichter für sich gewinnen werde. Die Fluchtbewegung lief auf einen erheblichen „drain“ wirtschaftlicher und intellektueller Führungskräfte zugunsten des Westens hinaus und verstärkte den Trend zu einer unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands in einem erheblichen, wenn auch zur Stunde nicht quantitativ bemeßbaren Umfang. Allerdings ist hinzuzufügen, daß das SED-Regime in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat in zunehmendem Maße ohnehin so etwas wie eine negative Führungsauslese (Max Weber) praktizierte, insofern als ideologische Anpassungsbereitschaft, willige Einführung in starre bürokratische Strukturen und ein diszipliniertes Sozialverhalten positiver be-

wertet wurden als kritisches Denken, individuelle Kreativität und persönliche Dynamik.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die DDR-Gesellschaft selbst unter solchen für die Entfaltung eines dynamischen industriellen Systems und eines kreativen Wissenschaftssystems absolut negativen Bedingungen auf vielen Gebieten bemerkenswerte Leistungen erbracht hat. Die Hindernisse, die sich dem in den Weg stellten, waren groß und vergleichsweise noch größer als in anderen ostmitteleuropäischen Gesellschaften, die gleichfalls unter das Joch des sowjetischen Empire gerieten, während die Bundesrepublik davon direkt und indirekt profitiert hat. Auch unter diesen widrigen Umständen gelang es, in den östlichen Teilen Deutschlands aus der absoluten Misere der ersten Nachkriegsjahre herauszukommen und erhebliche Aufbauleistungen zu erbringen, obschon die Erwartung der kommunistischen Führungselite, man werde bei entsprechend intensivem Einsatz aller Arbeitskräfte in der Lage sein, die Bundesrepublik einzuholen und, wie es zeitweilig hieß, „Weltniveau“ zu erreichen, sich als eine Chimäre erwies.

Gerade die besonderen Tugenden der Deutschen, ihre Bereitschaft zu harter Arbeit, unbedingtem Einsatz, ihre Tüchtigkeit und ihre Disposition, auch unter den widrigsten Bedingungen aus erfolgreicher beruflicher Tätigkeit persönliche Bestätigung und Stolz auf die eigene Leistung abzuleiten, haben dem SED-Regime zeitweilig erhebliche wirtschaftliche Erfolge beschert. Am Ende freilich erwies sich, daß der Wettlauf mit dem Westen angesichts der Strukturängel des wirtschaftlichen Systems nicht zu gewinnen war. Im Gegenteil, wir wissen heute, daß dieses nur deshalb zeitweilig große Erfolge aufweisen konnte, weil es die Industrieanlagen früherer Jahrzehnte rigoros, ohne an eine kaufmännisch gebotene Abschreibung und an rechtzeitige Neuinvestitionen zu denken, ausnutzte und auf lange Sicht ökonomischen und übrigens auch ökologischen Raubbau betrieb.

Unzweifelhaft war das SED-Regime ein Kollaborationsregime, dessen Akteure zumindest anfangs ehrlich glaubten, daß es im besten Interesse der Deutschen, oder doch der deutschen Arbeiterschaft, liege, zumindest in jenem Teil Deutschlands, der nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Kontrolle geraten war, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Und nicht wenige unter ihnen waren gegebenenfalls bereit, zwecks Erreichung dieses Ziels auch Gewalt anzuwenden oder, um es auf intellektueller Ebene zu formulieren, gegen das angeblich bornierte Bewußtsein der Zeit-

genossen das vorgeblich durch den objektiven Geschichtsprozeß legitimierte richtige Bewußtsein der Vorhut der Arbeiterklasse auszuspielen, welcher ohnehin die Zukunft gehöre.

Daß es dazu auf vergleichsweise breiter Front kommen konnte, hängt nicht nur mit dem Einfluß der KPdSU zusammen, sondern auch mit den besonderen Bedingungen deutscher Politik am Ende des Zweiten Weltkrieges. Viele der Kompromisse und Nachgiebigkeiten, die sich insbesondere in den Anfangsjahren einstellten, als die sowjetische Militäradministration mit allen Mitteln die schrittweise Aushebelung der demokratischen Kräfte, insbesondere aber der Sozialdemokratie, zwecks Etablierung der Alleinherrschaft der SED betrieb, lassen sich aus der spezifischen geistigen Situation nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft herleiten. Insoweit gilt – in Abwandlung eines berühmten Diktums von Horkheimer – der Satz, daß, wer vom „realen Sozialismus“ spricht, vom Faschismus, oder genauer, von der nationalsozialistischen Herrschaft nicht schweigen könne. Vielmehr gehören, um eine Formulierung Jürgen Kockas aufzugreifen, die erste und die zweite deutsche Diktatur zwangsläufig zusammen – allein schon deshalb, weil der Zweite Weltkrieg erst die Bedingungen geschaffen hat, unter denen sich das sowjetische Empire so weit nach Mitteleuropa hinein hat ausdehnen können.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die absolut desparate Situation, in der sich die Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befanden – übrigens nicht nur sie, sondern auch und mehr noch ihre ostmitteleuropäischen Nachbarn, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft große Teile ihrer angestammten Elite verloren hatten –, eine der elementaren Voraussetzungen für die schrittweise Etablierung der kommunistischen Herrschaft in Ostmitteleuropa gewesen ist, äußerlich wie innerlich. Aber darüber hinaus läßt sich eine ganze Reihe von Faktoren nennen, die auf die langfristigen Auswirkungen des besonderen deutschen Wegs zur Moderne zurückgeführt werden können. Hier wäre zunächst zu nennen das weitgehende Fehlen einer echten demokratischen Tradition, die ein Widerlager gegen die beständig steigenden Zumutungen der SED-Herrschaft hätte abgeben können. Man möge bedenken, daß die große Mehrheit der Deutschen nach 1945 so gut wie überhaupt nicht auf die Erfahrungen mit einer funktionierenden Demokratie zurückgreifen konnte. Sie hatten die jüngere deutsche Geschichte seit dem Ende des Kaiserreichs durchweg als Geschichte wiederholten Scheiterns erfahren. Die Weimarer demokratische Republik, die für die

erste Generation der politisch Verantwortlichen nach 1945 in Ost und West den maßgeblichen Orientierungspunkt abgab, hatte ja nur einige wenige Jahre einigermaßen gut funktioniert, sie war überdies in den Augen der deutschen Eliten und des Bildungsbürgertums mit den negativen Klischees der nationalen Diskriminierung und der „Herrschaft der Minderwertigen“ (Edgar Jung) besetzt gewesen. Für die politisch organisierte Arbeiterschaft war sie eine Zeit fortlaufender Niederlagen.

Die Alterskohorte, die nach 1945 in verantwortliche Stellungen in Gesellschaft und Staat einrückte, war, nachdem sie in den halbautoritären Verhältnissen des Kaiserreichs aufgewachsen war und nach der wenig ermutigenden Übergangsphase der krisengeschüttelten Jahre von Weimar, unter die Herrschaft Adolf Hitlers geraten. Erfahrungen mit einer Politik demokratischer Selbstbestimmung, die sich mit wirtschaftlichen „Erfolgen“ verband, besaß sie, mit nur wenigen Ausnahmen, so gut wie überhaupt nicht. Dies gilt nicht nur für die bürgerlichen, sondern auch für die sozialdemokratischen Politiker, die anfangs eine bedeutende Rolle spielten. Die Sozialdemokratie, die vor 1914 eine selbstbewußte und stolze Partei uneingeschränkter demokratischer Gesinnung gewesen war, hatte in den zwanziger Jahren Demütigungen und Niederlagen in großer Zahl hinnehmen müssen, nicht zuletzt infolge der Abspaltung der Kommunistischen Partei und des Bruderkampfes der beiden sozialistischen Parteien, welcher die proletarische Linke in den zwanziger Jahren politisch weitgehend gelähmt hatte. Auch der Versuch, die internationalistische Orientierung der Partei aufzugeben, sich als nationale Partei zu präsentieren und dergestalt aus der politischen Isolierung auszubrechen, hatte am Ende nichts gebracht.

Umgekehrt hatte die KPD eine Außenseiterrolle in der deutschen Politik gespielt, nach einer Serie vernichtender Niederlagen angesichts ihrer unzeitigen Versuche, die Revolution in Deutschland doch noch voranzubringen. Sie vor allem bildete innerhalb des Milieus der Arbeitersiedlungen der großen Industriestädte eine proletarische Sonderkultur aus, die eine Kompensation für ihre Paria-situation innerhalb der deutschen Gesellschaft bieten sollte. Diese Sonderkultur wurde in der Folge ein wichtiges Vorbild für die Politik der SED; das sogenannte „sozialistische Erbe“ der DDR war lange von der kommunistischen Kulturtradition besetzt, obschon es dann zunehmend mit nationaldeutschen Versatzstücken versehen wurde.

Wie sollte bei einer solchen Vorgeschichte jener selbstbewußte Bürgerstolz erwachsen, an dem totalitäre Diktaturen allenfalls ihre Grenze finden? Lutz Niethammer hat in den achtziger Jahren in seinen alltagsgeschichtlichen Studien über Arbeiter und Angestellte in der DDR festgestellt, daß seinen zeitgeschichtlichen Zeugen in der eigenen Erinnerung vielfach nationalsozialistische Massenorganisationen und solche der SED ineinanderflossen; hier bestanden, ungeachtet der entgegengesetzten ideologischen Besetzung dieser letztlich zur Gleichschaltung der breiten Massen geschaffenen Massenorganisationen, im Bewußtsein der Betroffenen deutliche Kontinuitäten.

Gewiß, für die kulturellen und politischen Eliten gilt der hier beschriebene Sachverhalt nicht in gleichem Maße. Hier wirkte sich eigentlich eher das entgegengesetzte Moment aus, nämlich das subjektiv aufrichtige Wollen, eine Wiederkehr des nationalsozialistischen Gewaltregimes in Zukunft mit allen Mitteln zu verhindern. Vor allem das hier nicht im einzelnen zu besprechende Syndrom des „Antifaschismus“ gehört hierher. Es war gemeinsame Überzeugung nicht nur der sozialistischen Parteien, sondern auch vieler fortschrittlicher „bürgerlicher“ Intellektueller, daß der Aufstieg des Nationalsozialismus zur Macht mit den Krisenlagen des kapitalistischen Systems eng zusammenhänge und daß insbesondere das große Kapital ein erhebliches Maß von Verantwortung für die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus habe, ja mehr noch, in hohem Maße von dieser profitiert habe.

Hier wirkte sich, wie man im nachhinein sagen darf, in einer fatalen Weise die kommunistische Fehldeutung des Faschismus als der nun wirklich letzten Form des Kapitalismus in seiner imperialistischen Periode aus, für die die kommunistische Arbeiterbewegung schon in den Jahren nach 1933 mit schweren Blutopfern gezahlt hatte. Es ist dies ein klassisches Beispiel der fortdauernden Auswirkungen einer falschen Geschichtsdeutung auf politisches Handeln in einer historischen Krisensituation. Die Annahme, daß dann und nur dann, wenn der Kapitalismus als solcher beseitigt werde oder doch zumindest die Macht des Kapitals und der Junker gezähmt sei, ein Wiedererstehen des Nationalsozialismus auf Dauer verhindert werden könne, war das Rückgrat der sogenannten „antifaschistischen“ Doktrin, mit der in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren ein erheblicher Teil auch der sozialdemokratischen und progressiv-bürgerlichen Intellektuellen für die Politik der SED hat gewonnen werden können. Heute verfügen wir über ein wesentlich differenzierteres Bild

der Faktoren, die den Nationalsozialismus hervor- gebracht und seine Macht perpetuiert haben; damals aber war das Klischee vom spätkapitalistischen Charakter des Nationalsozialismus, namentlich unter beginnender staatlicher Informationskontrolle, dominant und überaus wirksam.

Es ist demnach unangebracht, den zahlreichen, damals der jüngeren Generation angehörenden Intellektuellen, die die Doktrin „des Antifaschismus“ ernst genommen und für ihre eigenen Lebensentscheidungen als maßgeblich betrachtet haben, im nachhinein vorzuhalten, daß sie sich damals für den sozialistischen Weg entschieden haben. Es kam ja hinzu, daß man sich in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in weiten Kreisen ohnehin nicht vorstellen konnte, daß es einen rein kapitalistischen Weg des Wiederaufbaus geben könne, weder im Westen noch im Osten Deutschlands. All dies muß jenen, die sich in den frühen fünfziger Jahren der Idee des Sozialismus verschrieben, zugute gehalten werden. Ebenso verdienen jene Altkommunisten durchaus unseren Respekt, die für ihre Überzeugungen teilweise lange Jahre im Gefängnis gesessen haben oder anderweitig verfolgt waren, sofern sie nicht ihre Zuflucht im Exil gesucht hatten und nun die Stunde gekommen sahen, die Ideale zu verwirklichen, für die sie so lange unter aussichtslosen Umständen gekämpft und gelitten hatten.

Allein, es hätte ja noch angegangen, wenn die DDR wenigstens einen „deutschen Weg zum Sozialismus“ zu gehen versucht hätte, der den Bedingungen einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft und eines Landes mit einer hohen, äußerst differenzierten Kultur angepaßter gewesen wäre als jener, den der angeblich große Bruder UdSSR seinerseits beschritten hatte, obschon es sich dabei eigentlich um ein Entwicklungsland handelte. Wie allgemein bekannt ist, sind jedoch die immerhin zahlreichen Ansätze zu einer selbständigeren Politik der SED auch gegenüber der UdSSR immer wieder systematisch abgeblockt worden mit Hilfe einer gefügigen, der KPdSU völlig hörigen Führungselite, und dies nicht immer ausschließlich nur auf Druck von Moskau hin. Zwar wird man sagen können, daß absolute Hörigkeit gegenüber der sowjetischen Partei bereits zum Grundmuster der Parteien der Komintern in der Zwischenkriegszeit gehört hat; die wechselvollen persönlichen Biographien der Abweichler innerhalb der KPD der zwanziger Jahre, zu denen unter anderem auch jener Ernst Reuter zählt, der dann in den dramatischen Jahren der Behauptung Berlins gegenüber dem sowjetischen Würgegriff 1948/49 Regierender Bürgermeister Berlins werden sollte, gehören inso-

fern in die Vorgeschichte der DDR hinein; sie sind auch ein Teil der deutschen Geschichte. Umgekehrt wird man darüber reflektieren müssen, aus welchen Gründen ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft bereits in den zwanziger Jahren in eine solche Bedrängnis gebracht worden ist, daß er in dieser von Moskau ferngesteuerten Partei seine einzige Hoffnung sah. Die Klassenzerklüftung während der Jahre der Weimarer Republik, für die das besitzende Bürgertum und die Unternehmerschaft ein hohes Maß an Mitverantwortung tragen, gehört ebenfalls in den Zusammenhang einer geschichtlichen Verortung der DDR, ohne daß dies hier im einzelnen ausgeführt werden kann.

Wenn sich das SED-Regime zum wohl moskauhörigsten aller ostmitteleuropäischen kommunistischen Regime entwickelte und am Ende die Flagge des stalinistischen Systems sogar gegen Gorbatschow und die Reformer in der UdSSR bis zum bitteren Ende hochhielt, so sind die Ursachen dafür in erster Linie in der besonderen deutschen Tradition zu suchen. Gewiß, die dogmatische Unnachgiebigkeit des SED-Regimes ergab sich zu Teilen aus der Konfrontation mit der Bundesrepublik, die angesichts ihres großen Wirtschaftserfolges, aber auch ihrer erfolgreichen Öffnung gegenüber der westlichen Welt, immer stärker an Attraktivität für die Bürger der DDR gewann, oft unter partieller Idealisierung der dort vorfindlichen tatsächlichen Verhältnisse. Die Furcht, daß der Westen das von der eigenen Bevölkerung ungeliebte und unzureichend legitimierte politische System der DDR früher oder später durch massiven politischen und wirtschaftlichen Druck aushebeln oder gar militärisch gegen dieses vorgehen werde, war zwar weitgehend selbstinduziert und teilweise ein Rückkopplungseffekt der eigenen gegen das angeblich imperialistische, wenn nicht gar profaschistische politische System in der Bundesrepublik gerichteten Propaganda. Die Auswirkungen waren jedoch beträchtlich.

Aber ungeachtet der in der Tradition der kommunistischen Internationale schon lange implantierten, weitgehend kritiklosen Übernahme sowjetischer Strategien und Handlungsmuster – unter weitgehender Vernachlässigung der Meinungen der eigenen Anhänger, geschweige denn der Vorstellungen der breiten Massen der Bevölkerung – ist die zunehmende Abhängigkeit der Führungsschicht der SED von der Sowjetunion ein Phänomen eigener Art. Es handelte sich, aus der Perspektive des Imperialismushistorikers gesehen, um ein klassisches Beispiel eines Abhängigkeitsverhältnisses zwischen der Metropole und einem Kolaborationsregime an der sogenannten Peripherie,

das nicht in erster Linie auf manifester oder struktureller Gewalt beruhte, obschon diese nicht fehlte und auch nicht entbehrlich war, sondern auf dem beiderseitigen Interesse der Führungseliten an der Erhaltung und gegebenenfalls dem weiteren Ausbau der bestehenden Herrschaftsstrukturen. Die Ideologie als solche, deren Eigengewicht in den Anfängen der Entwicklung noch hoch war – die erste Generation der sogenannten Altkommunisten, Männer wie Engelberg, Markow, Kuczinsky, Streisand u.a.m., glaubten wirklich an die kommunistische Lehre –, verlor infolgedessen immer mehr an Bedeutung und diente am Ende nur noch als Legitimationsinstrument gegenüber der eigenen Bevölkerung und in gewissem Maße auch der Weltöffentlichkeit.

Das Eigeninteresse der vergleichsweise schmalen, in ihrem materiellen Lebensstil zunehmend aus der Masse der Bevölkerung herausgehobenen Führungsschicht in den Satellitenstaaten des sowjetischen Empire an der Erhaltung des Status quo war in aller Regel eine ausreichende Garantie für ihr Wohlverhalten, gesehen aus der Sicht Moskaus; und das zunehmend engere Zusammenspiel der Funktionseliten auf der politischen und teilweise auch der wirtschaftlichen Ebene, das sich in der Zeit des voll entwickelten Stalinismus einstellte, paßt dazu. Im Fall der SED-Führungselite kam allerdings „vorausseilener Gehorsam“ hinzu, wie wir dies auch in der Phase der Etablierung des nationalsozialistischen Systems in den dreißiger Jahren finden. Insbesondere Honecker neigte gelegentlich dazu, die marxistisch-leninistischen Politikvorgaben noch rigorosier ausulegen als die Führung der KPdSU selbst. Dies war gewiß ein spezifisch deutsches Phänomen.

Insgesamt nahm das Herrschaftssystem der ehemaligen DDR unter den Bedingungen eines gemeinsamen Interesses der herrschenden Eliten an der Erhaltung ihrer Macht, bei zunehmender Zurückdrängung des Sachgehalts der Ideologie, immer stärker funktionalistische Züge an. Die SED fand es nicht schwer, immer wieder opportunistische Kursänderungen vorzunehmen, sofern dies als ratsam erschien, und die ideologischen Rechtfertigungen dafür von Fall zu Fall nachzuliefern und sie den Multiplikatoren – und dazu gehörte zumal auch die Historikerschaft – einfach zu oktroyieren. Gegen die intellektuelle Entleerung der marxistisch-leninistischen Doktrin, so wie sie in der ehemaligen DDR als Herrschaftsinstrument eingesetzt wurde, haben anfänglich zahlreiche, sich wirklich als Marxisten verstehende Intellektuelle rebelliert, doch am Ende stets ohne jeden Erfolg. Die Reduktion des Marxismus-Leninismus zu einer scholasti-

schen Methode ähnlich jener des späteren Mittelalters erwies sich als unaufhaltbar. Insofern ist die Geschichte der DDR auch die Tragödie des kritischen marxistischen Denkens. Der Marxismus-Leninismus wurde schrittweise in sein Gegenteil verwandelt, nämlich in eine Akklamationsmaschine der herrschenden Elite. Nur an den Rändern durfte sich dann seit Mitte der achtziger Jahre wieder vorsichtige Kritik zu Wort melden, wenn und soweit sie dies mit demonstrativen Deklarationen zugunsten des herrschenden Systems kombinierte.

Die intellektuelle Dürftigkeit der offiziösen marxistisch-leninistischen Ideologie, angereichert durch den Slogan von der „unverbrüchlichen Freundschaft mit der großen Sowjetunion“, führte dazu, daß die SED-Führung schrittweise zu einer Restituierung preußischer und deutschnationaler Traditionselemente griff in dem Bemühen, das ideologische Legitimitätsdefizit des Regimes zu verringern. So kam es zu eigenartigen Verschränkungen der sich progressiv gebenden Ideologie des „realen Sozialismus“ mit dem herkömmlichen nationalen Denken, das unter der Oberfläche des Marxismus-Leninismus in beunruhigendem Maße erhalten geblieben war. Der Versuch der einseitigen Okkupation der positiven Bestandteile des deutschen kulturellen „Erbes“ seit der Reformation, bei einer leicht zugunsten der Volksmassen verschobenen Sichtweise, signalisierte im Grunde bereits den Bankrott der Idee der sozialistischen deutschen Nation.

So fragt man sich, weshalb das SED-Regime vergleichsweise nahezu reibungslos funktionierte, jedenfalls nachdem die Volkserhebung von 1953, deren wahres Ausmaß erst jetzt herausgearbeitet worden ist, mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht bereits im Ansatz erstickt werden konnte. Dies hat gewiß mit dem Ausbau eines immer perfektionistischeren Kontrollapparats zu tun, der die Leistungen der Gestapo weit hinter sich ließ, wenn er auch am Ende mit der Flut der eigenen Informationen nicht mehr fertig werden konnte und gleichsam an sich selbst erstickte. Aber dies ist nicht alles. Mit offenem Terror und struktureller Gewalt allein wird sich die nach allem doch relativ große Stabilität der SED-Herrschaft nicht erklären lassen. Hier wird zunächst darauf zu verweisen sein, daß nach der rücksichtslosen Verfolgung all jener, die führend an der Erhebung des 17. Juni beteiligt waren, unter der Bevölkerung der DDR das Bewußtsein der Aussichtslosigkeit weiteren direkten Widerstandes gegen das sozialistische Regime allgegenwärtig wurde und demgemäß die Neigung bestand, sich so gut es ging mit den bestehenden Verhältnissen zu arrangieren und eine Art von

Rückzug in die Privatsphäre zu vollziehen. Dies ist auch insoweit nicht eben erstaunlich, als der Westen sich damals entschied, der UdSSR innerhalb ihrer Interessensphäre völlig freie Hand zu lassen, und selbst der Gedanke von ausschließlich diplomatischen Interventionen zugunsten der bedrängten Bevölkerung in den ostmitteleuropäischen Staaten in den Hintergrund getreten war. Unter diesen Umständen war mit einem baldigen Ende des SED-Regimes nicht zu rechnen, und es kann nicht überraschen, daß die Bevölkerung sich mit den bestehenden Verhältnissen abzufinden und das Bestmögliche aus einer bedrückenden Lage zu machen suchte.

Aber es kommen doch noch weitere, gleichsam immanente Faktoren hinzu, die eine zeitweilige Stabilisierung des SED-Regimes erleichtert haben. Hierhin gehört unter anderem die systematische Hofierung der Intellektuellen und Künstler durch das Regime. Ich weiß, dies ist ein heikles Thema. Aber es ist ersichtlich, daß die Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Schauspieler und nicht zuletzt auch die Musiker in der ehemaligen DDR vergleichsweise günstig dastanden; im Verhältnis zur Masse der Bevölkerung wurde ihnen eine auskömmliche (wenn auch mit westlichen Verhältnissen nicht vergleichbare) Lebensführung geboten, bei relativer Sicherheit ihrer beruflichen und materiellen Existenz, sofern sie sich nur anbequemten, die Sprache des Regimes zu sprechen oder doch dessen zentrale ideologische Prämissen nicht in Frage zu stellen, obschon eben dies ihre vornehmliche Aufgabe hätte sein müssen. Stellen, Pfründe, offizielle Aufträge gab es für ein Land mit so begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen für die verhätschelte Klasse der Intellektuellen reichlich. Und im großen und ganzen spielten diese denn auch das Spiel mit. Die Philosophen gaben sich in der Regel bereitwillig dazu her, die Theorie des Marxismus-Leninismus allen ihren Erwägungen voranzustellen. Die Historiker unterwarfen sich in ihrer großen Mehrheit ohne sichtliches Murren den beständigen Manipulationen der Partei und des „Rats der Geschichte“, in dem einige ihrer besten Fachleute verantwortlich mitwirkten, ohne daß ihr wissenschaftliches Ethos ihnen dabei sonderliche Gewissensbisse gemacht zu haben scheint.

Die Auswirkungen auf das offizielle Geschichtsbild waren entsprechend; die Geschichtswissenschaft verkümmerte weithin zu einem den jeweils herrschenden Tendenzen akklamierenden System, und nur an den Rändern war noch ernsthafte wissenschaftliche Forschung möglich. Und die Mehrheit der Künstler und Schriftsteller akzeptierte mehr oder minder die Rituale der offiziellen DDR-

Kulturinstitutionen, zumal diese über den wirksamen Hebel verfügten, über die Veröffentlichung ihrer Werke zu befinden. Zugestanden, wenn es überhaupt Rebellen gegen das Regime gab, wenn überhaupt öffentliche Kritik an den bestehenden Verhältnissen laut wurde, dann kamen diese gleichwohl aus dem Kreis der Schriftsteller und Künstler, der, wie das schreckliche Wort lautete, „Kulturschaffenden“, denn allein sie besaßen weiterhin ein gewisses Maß an Freiheit und Lebensspielraum gegenüber den Zwängen des Regimes. Aber im Zweifelsfall wurden die allzu Aufmüpfigen, meist gegen ihren Willen, „ausgebürgert“, um die heimische Szene von unbequemen Kritikern zu reinigen. Dies schuf Unruhe; insbesondere die Ausweisung Wolf Biermanns führte zu weitreichenden Protesten in der ehemaligen DDR, vornehmlich auch unter Studenten und jungen Wissenschaftlern, deren Ausmaß uns immer noch unzureichend bekannt ist. Aber insgesamt wird man dennoch nicht um den Befund herumkommen, daß es in der DDR, verglichen etwa mit den Verhältnissen in Polen, in der ehemaligen Tschechoslowakei und in Ungarn, relativ wenige „Dissidenten“ im eigentlichen Wortsinne gegeben hat; die Opposition gegen das Regime war schwach und ephemere.

Naturgemäß lag dies größtenteils an den besonderen deutschen Verhältnissen, wenn das Häuflein der wirklich Oppositionellen vergleichsweise klein und ineffektiv blieb, insbesondere an der Existenz des anderen deutschen Staates. Dazu gehört auch die Haltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die Unruhe in der ehemaligen DDR, die zu politischen Konsequenzen und womöglich einer Gefährdung der prekären Gewaltenbalance der beiden Mächteblöcke hätte führen können, im Grunde fürchtete. Auch hier führte moralischer Kleinmut vielfach die Feder.

Die bedeutenden Verdienste der Bürgerbewegungen sind unbestritten; sie haben mit großem persönlichen Mut und entschiedenem Handeln dem Regime den Rest gegeben und vor allem erreicht, daß es zu einer unblutigen Revolution gekommen ist, obschon man das Schlimmste befürchten mußte. Aber im Vergleich mit den Dissidentenbewegungen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei waren sie doch eher schwach und zersplittert. Dies hing nun freilich wesentlich mit dem Umfeld zusammen, in dem sie zu operieren hatten. Was die westdeutsche Politik angeht – und in gewissem Sinne die Westdeutschen in ihrer Gesamtheit –, so haben sie die Oppositionsbewegungen in der ehemaligen DDR durchweg links liegengelassen; dies gilt auch für die Politiker der SPD, die

ansonsten das große Verdienst haben, durch die sogenannte „Ostpolitik“ überhaupt eine begrenzte Liberalisierung des politischen Systems in der ehemaligen DDR erreicht zu haben. Aber die Parole „Wandel durch Annäherung“ galt doch in erster Linie dem etablierten System; innere Unruhe und Opposition in der DDR paßte nicht recht in diese Strategie hinein, die unter anderem ja das Ziel verfolgte, die politischen Verhältnisse in Europa zu stabilisieren im Interesse der Erhaltung des Friedens, aber auch der bestehenden Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Viel taktisches Kalkül war dabei im Spiel und reichlich wenig Orientierung an den grundlegenden moralischen Prinzipien einer demokratischen Ordnung. Ärger noch stand es mit den Kontakten der Bundesregierung zu den Führungsspitzen der ehemaligen DDR; auch hier wurde das Maß dessen, was zur Erreichung der eigenen Ziele, nämlich der Erhaltung eines Mindestmaßes an Bewegungsfreiheit zwischen beiden deutschen Staaten, notwendig war, häufig mehr als erforderlich überschritten und damit der Führungselite der DDR zusätzliche Legitimität zugespielt auf Kosten der Oppositionsbewegungen im Lande selbst. Auch hier vermeint man als Historiker die Schatten der deutschen obrigkeitlichen Vergangenheit auszumachen und ebenso die Tradition der sogenannten „Realpolitik“, die in der deutschen Gesellschaft seit dem Kaiserreich in hohem Ansehen stand. Schon Max Weber hat die Tendenz, politisches Handeln stets an den unmittelbar gegebenen Erfolgchancen, nicht aber an den zugrundeliegenden Zielen zu orientieren, als ein bedenkliches Erbe des deutschen politischen Denkens gebrandmarkt. Erst die Zukunft wird lehren, ob das richtige Mittelmaß zwischen pragmatischer Politik und einer an den Grundsätzen der konstitutionellen Demokratie ausgerichteten Orientierung im konkreten Fall gewahrt wurde oder nicht.

In diesem Zusammenhang kann über die ambivalente Rolle der evangelischen Kirche in der ehemaligen DDR nicht hinweggegangen werden. Es steht außer Frage, daß sie nahezu als einzige gesellschaftliche Institution in der DDR ihre Eigenständigkeit bewahrt hat, unter schweren Opfern und unter Inkaufnahme gesellschaftlicher Diskriminierung ihrer Pfarrer und Gläubigen. Es gebührt ihr die Ehre, den Bürgerbewegungen überhaupt ein Forum, in dem sie sich unter den gegebenen Verhältnissen artikulieren konnten, geboten zu haben; sie gewährte ihnen darüber hinaus ein gewisses Maß von Schutz gegenüber dem Zugriff des Staates. Aber auch hier stellt sich die Frage, ob die Kirchenbehörden nicht vor allem daran interessiert

waren, abzuwiegeln und, wie es so schön heißt, „das Schlimmste“ zu verhüten, statt den Dingen ihren Lauf zu lassen, obschon dies möglicherweise zu einer Zuspitzung des Konflikts zwischen der Staatsmacht und den Bürgerbewegungen, und in zweiter Linie den Kirchen selbst, geführt hätte. Es ist einzuräumen, daß dies für die Betroffenen zu schwerwiegenden Konsequenzen hatte führen können, aber zugleich hätte eine offenere Austragung des Konflikts mit dem bestehenden Regime eine ähnliche Signalwirkung haben können wie in Polen und Ungarn, mit der Folge einer früheren Destabilisierung des bestehenden Systems. Auch hier schlug, wie es scheint, Verantwortungsethik vielfach ein wenig zu rasch in pragmatische Realpolitik um, obschon eigentlich Gesinnungsethik, wie sie von den oppositionellen Gruppen praktiziert wurde, gefragt gewesen wäre.

Ein abschließendes Urteil ist heute gewiß noch nicht möglich. Aber es scheint doch, daß die traditionell obrigkeitsorientierte Denkweise in der evangelischen Kirche, wie sie seit dem Kaiserreich dominant war, dazu beigetragen hat, eher realpolitische Kompromisse mit dem Staat zu schließen, als es auf eine offene Konfrontation ankommen zu lassen. Der Fall der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz läßt hier zu einem Vergleich mit der demonstrativen Selbstverbrennung des tschechischen Dissidenten Jan Palach auf dem Wenzelsplatz in Prag ein; letzterer ist bis heute ein Symbol des nationalen Widerstands der Tschechen gegen die sowjetische Herrschaft geblieben, während die Deutschen und wohl auch die evangelische Kirche über den Fall Brüsewitz, dessen Handhabung durch die Kirchenbehörden im Zusammenspiel mit der Stasi bis heute ein Ärgernis geblieben ist, zur Tagesordnung übergegangen sind.

Es sei eingeräumt, daß wir hier ein Feld spekulativer Urteile betreten, und das sollte ein Historiker eigentlich nicht tun. Allein, die Frage steht im Raum, weshalb die Deutschen in der ehemaligen DDR eigentlich so ziemlich die letzten gewesen sind, die das System des „realen Sozialismus“ auf breiter Front herausgefordert und seinen Sturz erzwungen haben. Gewiß, es spricht viel dafür, den Gang der Dinge, wie er sich tatsächlich ereignet hat, für den besten aller möglichen zu halten. Denn auf diese Weise wurde eine friedliche, eine unblutige Umwälzung ermöglicht. Aber der Umstand, daß die Deutschen die nationale Einheit einmal mehr nicht in erster Linie aus eigener Kraft errungen haben, sondern daß sie ihnen im wesentlichen dank der wagemutigen Politik ihrer östlichen Nachbarn gleichsam geschenkt worden ist, hat weitreichende Auswirkungen bis in unsere Ge-

genwart hinein. Dem entspricht, daß es in der alten Bundesrepublik nur zu einem höchst gedämpften Enthusiasmus über die Wiederherstellung der nationalen Einheit gekommen ist und die Bereitschaft, dafür Opfer zu bringen, vergleichsweise begrenzt ist.

Gewiß wird man es begrüßen können, daß die Bürger der Bundesrepublik in ihrer übergroßen Mehrheit sich weitgehend von traditionellen nationalen Denkformen emanzipiert und sich dem westeuropäischen Nationsbegriff angenähert haben, welcher die demokratische Selbstbestimmung der Bürger weit höher wertet als Ethnizität und Sprachgemeinschaft. Insoweit hat die nationale Identität der Deutschen eine neue Qualität erreicht, die sich positiv von dem integralen Nationsbegriff der Vergangenheit abhebt, der die wesentliche Homogenität der nationalen Kultur notfalls auch mit Gewalt erzwingen wollte. Allerdings sehen wir gegenwärtig mit großer Besorgnis, daß gleichwohl im Schoße der deutschen Gesellschaft Residuen des älteren aggressiven, gegenüber den europäischen Nachbarvölkern antagonistisch eingestellten und fremdenfeindlichen Nationalismus wieder aufflackern. Es steht dahin, wie weit dies eine Folge der Vereinigung ist, zumal in der ehemaligen DDR unter der Oberfläche des offiziellen marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes ältere, mehr oder minder aggressive Formen nationalen Denkens weiterlebten und in den letzten Jahren teilweise abrupt wieder zur Oberfläche drängten.

Eric Hobsbawm hat im Hinblick auf die DDR einmal gesagt, daß gerade sozialistische Systeme es sich leisten können, in kultureller und nationalpolitischer Hinsicht konservativ zu sein. Es ist daher nicht so überraschend, wie man wohl auf den ersten Blick meinen möchte, daß die ehemalige DDR in vieler Hinsicht ein „deutscheres“ Gesicht trug als die alte Bundesrepublik, die in dem vergangenen Halbjahrhundert einen Prozeß der Verwestlichung durchgemacht hat, der ihr in vielen Bereichen des alltäglichen Lebens, und namentlich auch im kulturellen Bereich, ein vergleichsweise internationales Gesicht verliehen hat. Es machte dies übrigens in den Augen der Bürger der ehemaligen DDR gerade ihre Attraktivität aus. Umgekehrt sind die Spuren, die der „reale Sozialismus“ in der Mentalität der Bürger der neuen Bundesländer hinterlassen hat, gerade in den Fragen, die die nationalen Denkweisen der Deutschen betreffen, vergleichsweise gering. Auch auf diesem Gebiet bedarf es einer geistigen Zusammenführung der Deutschen.

Die ehemalige DDR beanspruchte zeit ihrer Existenz, das bessere Deutschland zu repräsentieren,

während die Bundesrepublik als Fortsetzung des faschistischen Imperialismus, wenn auch mit gemäßigeren Mitteln, verteufelt wurde. Umgekehrt nahm man in den westlichen Teilen Deutschlands die Realität des Systems des sogenannten „realen Sozialismus“, vielfach getäuscht durch die von dort ausgehenden Propagandatiraden, aber auch durch die im Westen selbst induzierten Propagandasprüche, ganz ungenügend wahr. Heute läßt sich deutlicher erkennen, daß die alte Bundesrepublik und die DDR in einer antagonistischen Weise aufeinander bezogen waren, die beider Wege maßgeblich bestimmte. Die SED-Herrschaft rechtfertigte die besondere Brutalität ihrer Herrschaftsausübung vor allem mit den angeblich ihr und dem Weltfrieden vom Westen her drohenden Gefahren. Umgekehrt leitete die Bundesrepublik ein gut Teil ihrer Legitimität aus dem krassen Gegensatz zu den Verhältnissen in der DDR ab; sie gewann damit ein Maß politischer und gesellschaftlicher Stabilität, das heute, nach dem Ende der Polarisierung der beiden Weltsysteme des Marxismus-Leninismus und der westlichen kapitalistischen Demokratie sowie nach dem universellen Aufflammen aggressiver nationalistischer Bewegungen, in Gefahr steht, wieder verlorenzugehen. Wir sind aufgerufen, alles zu tun, um die freiheitliche Ordnung und das leistungsfähige Wirtschaftssystem, die in den hinter uns liegenden Jahrzehnten in erster Linie im westlichen Teil Deutschlands aufgebaut worden sind und die seit der Vereinigung auch auf die Länder der ehemaligen DDR ausgedehnt wurden, nicht zu verspielen. Dazu gehört nicht zuletzt, daß wir die Geschichte der beiden deutschen Teilstaaten in langfristiger Perspektive als Teil einer gemeinsamen Nationalgeschichte begreifen.

Wir im Westen vergessen allzu leicht, daß Brandenburg und Sachsen, Thüringen und Pommern Kerngebiet des deutschen Siedlungsraums in Mitteleuropa gewesen sind und von ihnen bedeutende Anstöße auf die deutsche Kultur, die deutsche Wirtschaft und die Politik ausgegangen sind, ohne die auch der Wiederaufstieg der alten Bundesrepublik aus den Trümmern, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, nicht denkbar gewesen wäre. Diese langfristigen Perspektiven wiegen die vier Jahrzehnte der SED-Herrschaft, so wenig diese ein bloßer Spuk gewesen ist, am Ende bei weitem auf. Wir müssen zu einem gemeinsamen Geschichtsbild zurückfinden, welches gewiß viele unterschiedliche Facetten aufweisen wird, je nach den unterschiedlichen politischen oder gesellschaftlichen Standpunkten. Damit würden wir dazu beitragen, die äußerlich vollzogene Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch innerlich zu vollenden.

Verflechtung und Abgrenzung

Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte

I. Politische Einheit und getrennte Geschichte

Die Geschichte Deutschlands nach 1945 wird in Zukunft konzeptionell anders geschrieben werden müssen als bisher – diese Prognose läßt sich riskieren, obwohl der revolutionäre Umbruch von 1989/90 in Osteuropa und in der DDR uns Vorsicht gegenüber Prognosen gelehrt hat, da alles ganz anders kam als erwartet.

Daß die Erschließung neuer Quellen die Interpretation von Geschichte erheblich verändert, ist ein normaler Vorgang, der für die Darstellung aller historischen Epochen gilt. Die künftige Veränderung der Sicht auf die deutsche Nachkriegsentwicklung zielt jedoch auf ein grundsätzliches Problem, das im folgenden nur in seinen Konturen angedeutet werden kann, weil es in seiner Tragweite noch nicht überschaubar ist: Die durch das Ende der DDR auf die Tagesordnung gesetzte politische Aufgabe, die innere Einheit einer tiefgespaltenen Gesellschaft herzustellen, wird beträchtliche Rückwirkungen auf den Zugang zu ihrer doppelten Geschichte haben. Eine auf Schaffung von einheitlichen Lebensverhältnissen und auf Überwindung der vielzitierten Mauer in den Köpfen orientierte Gesellschaft wird versuchen, in ihrer Vergangenheit stärker das Verbindende als das Trennende aufzusuchen und zu betonen.

„Fragen nach dem Umgang mit der Vergangenheit werden grundsätzlich neu gestellt“, hat Werner Weidenfeld 1993 konstatiert, „... hier handelt es sich nicht um ein tagesaktuelles oder ostdeutsches Sonderproblem. In der Gegenwärtigkeit der Vergangenheit liegt eine wichtige Schicht unserer gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung und nationalen Identität. Die doppelte Geschichte der Deutschen kann deshalb nicht getrennt bewältigt

werden, wenn man gemeinsam zur inneren Einheit finden will.“¹

Diese Aufgabe bringt einerseits die Gefahr einer nationalstaatlich ideologisierten gesamtdeutschen Geschichtsinterpretation mit sich, vor der sich die professionelle Geschichtswissenschaft zu hüten hat. Sie hat andererseits inhaltlich begründete Argumente für sich, die erst jetzt deutlicher ins Blickfeld treten. Diese Inhalte werden hier mit den beiden Begriffen Abgrenzung und Verflechtung umschrieben und sollen im folgenden mit einigen Beispielen näher erläutert werden. Beide Begriffe sind nicht präzise definiert, sondern entstammen eher der Umgangssprache, beziehen sich aber auf historische Sachverhalte, die sich durch die ganze Nachkriegsgeschichte ziehen; sie sind insofern als Orientierungspunkte für die Gesamtgeschichte wie für beide Teilgeschichten geeignet, wenn auch nicht „flächendeckend“ und jeweils mit unterschiedlichem Gewicht für beide Teile.

Das Spannungsverhältnis zwischen der Verflechtung beider Teilstaaten im Sinne eines fortwirkenden ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhangs, ohne den eine Nation nicht denkbar ist, und einer bewußt oder unbewußt betriebenen oder gewünschten Abgrenzung auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen läßt sich als Leitlinie für 45 Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte verstehen, die nicht einfach deutsche Nationalgeschichte im Zeitalter der Teilung, aber auch nicht ohne weiteres eine getrennte Geschichte zweier Staaten und Gesellschaften einer Nation ist. Gerade diese Spannung scheint mir das spezifische Profil der Entwicklung nach 1945 auszumachen, ohne das die innere und äußere Situation beider Hälften nicht zu verstehen ist. Ein Blick auf die Historiographie zeigt, daß eine solche Perspektive bislang die Ausnahme war.

¹ Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland, eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 15.

II. Deutschland nach 1945 in der ost- und westdeutschen Historiographie

Für die DDR-Historiographie war die nationale Einheit zu keiner Zeit ein Problem, mit dem sie sich ernsthaft auseinandersetzte. Das ist immerhin insofern überraschend, als bis in die sechziger Jahre hinein die politische Propaganda der SED gesamtdeutsch ausgerichtet war und noch nicht von der irreversiblen Teilung Deutschlands in zwei eigenständige Staaten ausging. Die offiziöse Deutschlandpolitik fand somit in der Historiographie keine Spiegelung. Die Arbeiten von Stefan Doernberg zur Entstehung und zur Geschichte der DDR, mit denen eine quellenmäßig fundierte Geschichtsschreibung zum zweiten deutschen Staat ihren Anfang nahm², klammern Westdeutschland völlig aus; lediglich in den Einleitungen wird die nationale Frage in der bekannten schematischen Polemik angesprochen. Die DDR ist demnach der eigentliche Kernstaat für ein künftiges, friedliebendes, demokratisches Gesamtdeutschland, das vom Westen angeblich verhindert wurde³.

Dieses Schema bleibt zwar auch in dem letzten, noch 1989 erschienenen großen Werk zur Vorgeschichte der DDR erkennbar, aber bei genauerem Hinsehen sind doch deutliche Differenzierungen im Sinne der Betonung von Wechselwirkungen zwischen Ost und West sichtbar. Allerdings wird auch hier – entgegen der zeitgenössischen Generallinie der SED – der Gegenstand einer „Nationalgeschichte“ schon 1949 mit der doppelten Staatsgründung für hinfällig erklärt. Auch ohne die zwanghafte Theorie der „sozialistischen deutschen Nation“ aus den frühen siebziger Jahren zu bemühen, gab es demnach seit 1949 zwei Staaten, die wenig miteinander verband, die nie wieder zusammenkommen konnten und daher auch historiographisch als völlig getrennte Gegenstände zu behandeln waren. So heißt es in der Einleitung jenes Bandes: „Die deutsche Geschichte durchlief von

1945 bis 1949 einen widersprüchlichen und komplizierten Transformierungsprozeß, der vom Untergang des Deutschen Reiches ... zur Bildung zweier deutscher Staaten führte. Eine einheitliche deutsche Geschichte existiert seitdem nicht mehr. Sie wurde und wird fortgesetzt von der Geschichte der DDR einerseits, von der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Geschichte Westberlins andererseits ... Der gegenüber der Nationalgeschichte der DDR (sic!) eigene Gegenstand der Geschichte der BRD existiert seit 1949, bildete sich aber schon seit 1945 stufenweise heraus.“⁴

Gegenüber dem hier auf zwei Beispiele reduzierten, relativ einheitlichen Bild der Historiographie aus der DDR fällt die Bilanz für die alte Bundesrepublik erheblich vielfältiger und bunter aus. Trotzdem möchte ich einen Befund vorweg hervorheben, der mir symptomatisch erscheint und an den zu erinnern heute nötig ist angesichts der harschen, aber völlig einseitigen Kritik von Jens Hacker⁵, um Maßstäbe und Kriterien einer fairen Urteilsbildung zurechtzurücken: Zumindest im letzten Jahrzehnt vor der Vereinigung Deutschlands wurde auch in der bundesrepublikanischen Historiographie mit großer Selbstverständlichkeit einerseits Geschichte der Bundesrepublik und andererseits Geschichte der DDR betrieben. Es hatten sich kaum noch in Frage gestellte Teildisziplinen der Zeitgeschichte und Politikwissenschaft etabliert, die nicht nur mit fachbezogener Spezialisierung zu erklären sind, sondern auch einen politischen Bewußtseinszustand spiegelten. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten und Gesellschaften fand in ihrer separierten wissenschaftlichen Bearbeitung ihre Entsprechung.

Die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Nachkriegsgeschichte hat in der Bundesrepublik lange Zeit im Schatten der zeithistorischen Aufarbeitung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus gestanden⁶. Die ersten zusammenfassenden Darstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte von Elmar Krautkrämer, Thilo

2 Vgl. Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschlands 1945–1959, Berlin (O) 1959; ders., Kurze Geschichte der DDR, Berlin (O) 1986.

3 Vgl. S. Doernberg, Geburt (Anm. 2), S. 16f.: „Die einzige Partei, die sich vom Anfang an konsequent für die Einheit Deutschlands einsetzte, war die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ... Der Kampf um die Lösung der nationalen Frage hatte von Anfang an größte Auswirkungen auf die revolutionäre Umwälzung und ihren sozialen Inhalt. Der Kampf um die nationale Einheit war ... ein Kampf um die Bändigung und Beseitigung des Einflusses der reaktionärsten Kreise auf das politische und wirtschaftliche Leben Westdeutschlands ...“

4 Rolf Badstübner u. a., Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945–1949, Deutsche Geschichte, Bd. 9, Berlin (O) 1989, S. 11f.

5 Vgl. Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Berlin 1992.

6 Vgl. als aussagekräftiges Beispiel die Broschüre: 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte, München 1975. Dort steht in der chronologischen Übersicht über die Entwicklung auf S. 110 unter dem Jahr 1959 der Satz: „Die ‚prinzipielle Wünschbarkeit‘ einer Aufnahme der Nachkriegszeit in das Arbeitsprogramm des IfZ wird auf einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats erstmals festgestellt.“

Vogelsang und Herbert Lilge konnten sich ebenso wie die Abschnitte in Handbüchern zur deutschen Geschichte⁷ zwar bereits auf ergiebiges Quellenmaterial und einige Detailforschungen stützen, aber kaum auf bereits vorliegende Versuche einer konzeptionell durchdachten und inhaltlich umfassenden Synthese zurückgreifen. Deutschland blieb jedoch als Ganzes im Blick, auch wenn die Darstellung der unterschiedlichen Entwicklung in Ost und West folgen mußte.

In einigen dieser und anderer Arbeiten wird zumindest unterschwellig die Tendenz erkennbar, deutsche mit westdeutscher Nachkriegsgeschichte zu identifizieren und die DDR zu einem Anhängsel der größeren westlichen Hälfte zu machen. Besonders ausgeprägt zeigt sich dieser Trend in der Ausstellung des Bundestages anlässlich des 25jährigen Bestehens der Bundesrepublik unter dem Titel „Fragen an die deutsche Geschichte“ im Berliner Reichstag⁸. Das siebte und letzte Kapitel des Katalogs (von 1945 bis heute) trägt die Überschrift „Die Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland“ und streift die Verhältnisse in der DDR nur ganz am Rande. Im Rahmen eines zumal auf Probleme („Fragen“) ausgerichteten Konzeptes ist diese fast völlige Ausblendung der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte auffällig – wurde damit doch eine der zentralen Fragen an die deutsche Nachkriegsgeschichte in unhaltbarer Weise verkürzt.

Spätestens seit den achtziger Jahren verschob sich die Forschungsperspektive. Aus der umfänglichen Literatur⁹ sei hier nur auf die große, opulent aus-

gestattete sechsbändige „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ hingewiesen¹⁰. Wenn man das Vorwort der Herausgeber zu diesen Bänden liest, stellt sich schon der Eindruck ein, daß hier, wenn auch etwas verschämt, bundesrepublikanische Identitätsstiftung stattfand. Die Bundesrepublik habe sich, so heißt es unter Hinweis auf das Grundgesetz, als Provisorium lange dagegen gewehrt, ein Staat im vollen Sinne des Wortes zu werden. „Unter diesem Vorbehalt einer bewußt gepflegten Vorläufigkeit konnte und sollte sich weder ein Staats- noch ein Geschichtsbewußtsein entwickeln.“ Dann folgt die Einschränkung: „Wie sehr sie sich dagegen gesträubt hat, die Bundesrepublik Deutschland hat eine Geschichte, und diese soll erzählt werden. Sowohl die Älteren, die sie miterlebten, wie die Jüngeren, die sie geerbt haben, sollen erfahren, wie der geschichtliche Boden beschaffen ist, auf dem sie stehen... Die Geschichte eines Staates aber setzt nicht erst dann ein, wenn er sich als solcher begreift.“¹¹

Ein ähnliches teilstaatliches Geschichtskonzept findet sich im Entwurf für die Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in der Bundeshauptstadt von 1983 – ein Konzept, das heute in seiner ursprünglichen Form schlechterdings nicht mehr vorstellbar wäre. Für die Bundesrepublik wird hier völlig zu Recht festgestellt, daß sie, „unbeschadet des übergreifenden nationalen Bewußtseins und des Erbes der gemeinsamen Vergangenheit, mehr und mehr zur Basis des historischen Selbstverständnisses der hier lebenden Menschen“ geworden sei¹². „Kernziel“ des geplanten Museums war es daher, eben dieses historische Selbstverständnis zu festigen.

Deutsche Nationalgeschichte oder tendenziell gesamtdeutsche Geschichte war offensichtlich nicht mehr aktuell – dies war der dominante Trend in

7 Vgl. Elmar Krautkrämer, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Darstellung der Entwicklung von 1945 bis 1949 mit Dokumenten, Hildesheim 1962; Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland, dtv-Weltgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, München 1966; Herbert Lilge (Hrsg.), Deutschland 1945–1963, Hannover 1967; Wilhelm Cornides, Deutschland zwischen den Weltmächten des Westens und des Ostens 1945–1948, in: Deutsche Geschichte im Überblick, hrsg. von Peter Rassow, Stuttgart 1953; Ernst Deuerlein, Deutsche Geschichte der neuesten Zeit von Bismarcks Entlassung bis zur Gegenwart, 3. Teil von 1945–1955, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, hrsg. von Leo Just, Konstanz 1957; Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4: Das Zeitalter der Weltkriege, bearb. von Karl Dietrich Erdmann, Stuttgart 1959⁸ (§ 67: Deutschland nach dem Kriege).

8 Vgl. Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart. Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin 1974, Bonn 1981⁷.

9 Der Forschungsstand zur westdeutschen Nachkriegsgeschichte wird erörtert bei: Wolfgang Benz, Deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Probleme und Tendenzen zeitgeschichtlicher Forschung in der Bundesrepublik, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 16 (1987), S. 398–420; Christoph Kleßmann, Ein stolzes Schiff

und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker, in: Geschichte und Gesellschaft, 11 (1985), S. 476–494; Anselm Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 41 (1993), S. 1–29; Paul Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993), S. 202–238. Verbunden mit einer Überblicksdarstellung bis 1969 ferner Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland, München 1987.

10 Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in 5 Bd., hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a., Stuttgart 1981 ff. (der 5. Band ist in zwei Halbbände aufgeteilt).

11 Ebd., Bd. 1, Einleitung, S. 7.

12 Überlegungen und Vorschläge zur Errichtung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn, Gutachten, erstellt von Lothar Gall, Klaus Hildebrand, Ulrich Löber, Horst Möller, Bonn 1983 (hektogr.), S. 1.

der westdeutschen Geschichtsschreibung gleich welcher politischen Couleur.

Wenn man aus Jens Hackers polemischer Kritik an den „deutschen Irrtümern“ historiographische Schlußfolgerungen ziehen müßte, so würden sie darauf hinauslaufen, daß eine am normativen Postulat der Grundgesetz-Präambel orientierte Geschichte der geteilten Nation den eigentlichen Kern der deutschen Nachkriegshistorie abzugeben hat. Dabei eröffnet für Hacker der Totalitarismusbegriff den einzig adäquaten Zugang zur DDR-Geschichte, indem dieser kontrastiv den freien Teil der Nation mit dem unterdrückten zu verbinden erlaubt. Insofern ist seine Forderung konsequent, auch die offizielle Bonner Deutschlandpolitik auf den Prüfstand zu stellen, weil die vierzigjährige DDR-Geschichte nicht isoliert behandelt werden dürfe. Konsequenterweise hätte Hackers Kritik jedoch die gesamte neuere Historiographie zur Bundesrepublik zumindest insofern einbeziehen müssen, als sie sich ebenfalls trotz gewisser gesamtdeutscher Ornamente längst von der Geschichte der Nation verabschiedet hatte. Zu nachträglicher Rechthaberei besteht daher wenig Grund.

Parallel zur Ausdifferenzierung und Erweiterung der westdeutschen Zeitgeschichte verlief die Etablierung der DDR-Forschung als eigenständige politikwissenschaftlich-zeithistorische Teildisziplin. Ausgehend von grundlegenden und materialreichen Spezialstudien und grundsätzlichen methodologischen Überlegungen von Ernst Richert, Carola Stern und Peter Christian Ludz entwickelte sich vor allem nach dem Grundlagenvertrag von 1972 die gegenwartsbezogene und historische DDR-Forschung zu einem anerkannten, wenn auch in seinen Prämissen umstrittenen Forschungszweig¹³. Diesem seine Legitimität nachträglich bestreiten zu wollen, wäre ebenso unsinnig, wie die Spezialforschungen zur bundesrepublikanischen Geschichte in Zweifel zu ziehen.

Gleichwohl bleibt nachdrücklich zu fragen, ob diese Trennung nicht mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu einer verengten Perspektive geführt hat. Der jeweilige Blick auf den Teilstaat verstellte die Sicht auf die gegenseitigen Abhängigkeiten und Wechselwirkungen. Es gab sie für beide Staaten. Sie fielen jedoch in ihrem Gewicht erheblich unter-

schiedlich aus. Insofern war es eine asymmetrische Beziehung¹⁴. Die Geschichte der Bundesrepublik läßt sich immerhin auf weite Strecken ohne nähere Kenntnis der DDR-Entwicklung schreiben, umgekehrt gilt das jedoch keinesfalls. Die Fixierung der DDR auf den größeren und stärkeren Nachbarn im Westen hat die gesamte DDR-Geschichte in schwer zu überschätzender Weise geprägt. Wie solche Prägnanzen und Wechselwirkungen konkret ausfielen, läßt sich jedoch oftmals erst erkennen, wenn einzelne Themenfelder unter doppeltem Blickwinkel genauer analysiert werden. Dazu werden im nächsten Abschnitt einige Beispiele erläutert.

Trotz aller gravierenden Unterschiede im einzelnen läßt sich als Fazit festhalten, daß der historiographische Trend vor 1989, den Zustand der Zweistaatlichkeit zu akzeptieren und damit auch in ihrer historischen Genesis nachzuvollziehen, in beiden Staaten formal ähnlich war. Es gab jedoch auch Abweichungen von diesem eindeutigen Trend, in denen die eingangs genannte Frage nach Abgrenzung und Verflechtung stärker in den Vordergrund rückte.

In dem 1989 erschienenen „Deutschland-Handbuch“ hat Hartmut Zimmermann in seinem abschließenden Aufsatz auf die Schwierigkeiten hingewiesen, aber auch Möglichkeiten der Analyse vergleichbarer Problemlagen angedeutet¹⁵. Das Handbuch selbst ist durchgängig als Gegenüberstellung beider Staaten und Gesellschaften auf unterschiedlichen Ebenen und Themenfeldern konzipiert. „Die Untersuchung vergleichbarer Problemlagen bei divergierenden systemspezifischen Lösungsmöglichkeiten“, schreibt Zimmermann, „läßt Rückschlüsse auf das Gesamtsystem zu. Die Ergebnisse derartiger Arbeiten eignen sich zudem in besonderer Weise als Ausgangspunkt für den deutsch-deutschen Dialog, weil nicht die ‚Systemfragen‘ von vornherein im Vordergrund stehen, sondern diese sich aus konkreten Stärken und Schwächen ergeben. Bewertungen bleiben dabei keineswegs ausgespart, sie haben aber den Vorteil des unmittelbaren konkreten Belegs.“¹⁶

Auf drei historische Gesamtdarstellungen, die sich stärker als andere an der oben genannten Frage orientieren, sei abschließend kurz hingewiesen.

13 Vgl. Ernst Richert, *Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland*, Köln 1963; Carola Stern, *Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED*, Köln 1957; Peter Christian Ludz, *Parteilite im Wandel*, Köln 1968. Einen ausführlichen Überblick über die DDR-Forschung bietet Hermann Weber, *Die DDR 1945–1986*, München 1988.

14 Vgl. Rüdiger Thomas, *Aufklärung statt Abrechnung: Anmerkungen zum Umgang mit der DDR-Geschichte*, in: W. Weidenfeld (Anm. 1), S. 273.

15 Vgl. Hartmut Zimmermann, *Deutschland 1989: Probleme und Tendenzen nach vierzig Jahren Zweistaatlichkeit*, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989*, Bonn 1989, S. 699–718.

16 Ebd., S. 704.

In der Chronologie der Erscheinungsdaten wären zuerst meine beiden Bände zur deutschen Nachkriegsgeschichte von 1945 bis 1970 zu nennen¹⁷. Sie haben zwar die Herausarbeitung von Verflechtungen und Wechselwirkungen zum Ziel, gehen aber – von der Besatzungszeit abgesehen – nicht über die zeitliche und inhaltliche Parallelisierung der jeweiligen Kapitel zur ost- und westdeutschen Geschichte hinaus. Trotz aller Probleme einer gemeinsamen Periodisierung, die nur in Grenzen möglich und sinnvoll ist, wäre aus heutiger Sicht eine striktere Ausrichtung an vergleichbaren und divergierenden Problemlagen denkbar.

Das zweite Beispiel ist Adolph M. Birkes in der Reihe „Die Deutschen und ihre Nation“ erschiener Band „Nation ohne Haus“¹⁸. Der Autor formuliert explizit den Anspruch, „die Entwicklungen beider deutscher Staaten sowohl individuell als auch in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten“ zu erfassen¹⁹, weil weder die Ära Adenauer noch die Ära Ulbricht ohne ihren Bezug zum jeweils anderen Teil zu verstehen sei. Genau das ist jedoch nicht wirklich eingelöst und war bislang auf der Basis des gegenwärtigen Forschungsstandes wohl auch kaum einlösbar. Die Verflechtung wird nicht deutlich. Die DDR bleibt ein Anhängsel, im Umfang viel knapper, in der Darstellung eher blaß und holzschnittartig. Wer diese Deutschen waren und was die Nation für sie bedeutete, welche Erfahrungen ihr politisches Verhalten prägten, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgingen und wieweit sie sich überhaupt füreinander interessierten, bleibt unklar.

Die jüngste und m.E. interessanteste, weil konzeptionell anregendste Publikation zur deutschen Nachkriegsgeschichte mit Rückgriffen bis in die Weimarer Republik ist Mary Fulbrooks „The Divided Nation“ von 1991²⁰. Die Grobgliederung der acht Kapitel zur Nachkriegsgeschichte folgt einer Mischung aus chronologischen Phasen und systematisch-thematischen Längsschnitten, die sich an bestimmten Problemlagen und Entwicklungstrends orientieren. Die vier Längsschnitte tragen die Überschriften: Divergierende Gesellschaften, Politik und Staat, Dissidenz und Opposition, divergierende Kulturen und nationale Identitäten? Das letzte Kapitel ist stark auf die Verlaufsge-

17 Vgl. Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Göttingen 1991⁵; ders., Zwei Staaten, eine Nation, Göttingen 1988.

18 Adolph M. Birke, Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961, Berlin 1989.

19 Ebd., Vorwort.

20 Mary Fulbrook, The Divided Nation, Fontana History of Germany 1918–1990, London 1991.

schichte der Revolution in der DDR und die Vereinigung ausgerichtet und endet mit der Schlußfrage „Ende der geteilten Nation?“.

Die pointierte Charakterisierung von Parallelen und Unterschieden prägt die einzelnen Kapitel. Es sind allerdings mehr Kontraste und Gegensätze, die Adenauers und Ulbrichts Deutschland kennzeichneten – gleichwohl ergeben sich aus der analysierenden Distanz doch auch bestimmte Parallelen: das problematische Verhältnis zur gemeinsamen Vergangenheit, die Modernisierungsbemühungen der sechziger Jahre, die Konsequenzen der neuen Ostpolitik und ihrer Eigen-dynamik in den deutsch-deutschen Beziehungen seit den siebziger Jahren, die Abschleifung der Klassengegensätze, obwohl die DDR ebensowenig eine klassenlose Gesellschaft oder ein „Arbeiter- und-Bauern-Staat“ war wie die Bundesrepublik eine „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“. Insgesamt ergibt sich ein ungemein vielfältiges Bild von Kontrasten und Verbindungen der beiden Teile Deutschlands, das zur genaueren Aufarbeitung der zahlreichen Themenfelder anregt, in denen dieses grundsätzliche Problem faßbar wird. Einige solcher Themen sollen im folgenden in groben Umrissen und noch ganz selektiv skizziert werden.

III. Themen und Untersuchungsfelder für Verflechtung und Abgrenzung

Für die frühe Nachkriegsphase lassen sich die Bodenreform und die SED-Gründung als aufschlußreiche Beispiele nennen.

Eine Bodenreform war auch in der britischen und amerikanischen Zone durchaus ein Thema alliierter Politik und deutscher politischer Diskussionen, wie Trittel gezeigt hat, und zwar bei allen politischen Parteien²¹. Das Tempo und die Radikalität der Reform in der Ostzone hatten dann jedoch bremsende Wirkungen in den Westzonen und dienten den Gegnern als schlagkräftiges Argument, um das Vorhaben als solches zu torpedieren. Natürlich reichte dies allein zur Erklärung nicht aus, aber es war ein wichtiger Faktor in der Auseinandersetzung um die Bodenreform.

21 Vgl. Günter J. Trittel, Die Bodenreform in der britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975.

Die Literaturhinweise zu den einzelnen Sachbereichen werden im folgenden aus Platzgründen nur ganz knapp gehalten.

Die Fusion von KPD und SPD, die in erster Linie – wenn auch nicht ausschließlich – eine Zwangsvereinigung war²², hat den begründeten antikommunistischen Befürchtungen der SPD, aber auch der Alliierten erheblichen Auftrieb gegeben und die SPD als potentiell stärkste gesamtdeutsche Klammer auf verhängnisvolle Weise gespalten²³. Ein Stück Kalter Krieg wurde so auf der Ebene der Parteiengeschichte schon antizipiert, und gesamtdeutsche Initiativen wurden damit schon im Vorfeld mit einer erheblichen Hypothek belastet. Die Vorgeschichte und das Scheitern der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz im Juni 1947, in der sich die SPD-Vertreter erst nach langem Zögern bereitfanden, mit Ministerpräsidenten der SED zusammenzutreffen, machen diese Hypothek deutlich²⁴. Die SPD-Geschichte nach 1945 bis in die Ära Schumacher ist ungleich stärker als die aller anderen Parteien (ausgenommen die KPD) von dieser Fusion und der anschließenden sukzessiven Ausschaltung und Gleichschaltung der Sozialdemokraten innerhalb der SED geprägt worden²⁵. Umgekehrt ist die frühe SED-Geschichte von ideologischer Dauerpolemik gegen „Schumacher-Agenten“ und „Sozialdemokratismus“ bestimmt²⁶, die belegt, als wie gefährlich diese gesamtdeutsche SPD-Komponente in der SED galt.

Schwieriger wird die innere Verflechtung seit der Gründung zweier Staaten 1949 und vor allem seit der Integration in die jeweiligen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Blöcke in den fünfziger Jahren. Bis 1954/55 waren beide Staaten noch nicht souverän, Alternativen zur Teilung waren noch ernsthafte Themen alliierter und westdeutscher Politik. Zu erwähnen wären die vieldiskutierten Stalin-Noten von 1952 und Churchills

22 Dieses Urteil läßt sich nach wie vor aufrechterhalten, auch wenn in jüngster Zeit viele Einzelheiten über das Ausmaß des Terrors gegen Einheitsgegner bekannt geworden sind. Vgl. dazu mit Quellen und ausführlichen Literaturhinweisen: Helga Grebing u. a., Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1950, Marburg 1992.

23 Vgl. Manfred Overesch, Deutschland 1945–1949, Königstein/Ts 1979, S. 78; Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961, Frankfurt 1983, S. 171 ff.

24 Vgl. Marie Elise Foelz-Schröter, Föderalistische Politik oder nationale Repräsentation 1945–1947. Westdeutsche Länderregulierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974. Dazu demnächst auf der Basis neuer sowjetischer Quellen Jochen Laufer, Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ, Ms., Potsdam 1993.

25 Vgl. Wolfgang Buschfort, Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

26 Vgl. Frank Thomas Stößel, Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Köln 1985; Hans-Joachim Spanger, Die SED und der Sozialdemokratismus. Ideologische Abgrenzung in der DDR, Köln 1982.

Initiative im Vorfeld des 17. Juni 1953, auch wenn beides – soviel kann man heute eindeutig sagen – keine realen Chancen hatte²⁷.

Ein gutes Beispiel der Gleichzeitigkeit von Verflechtung und Abgrenzung in dieser Phase ist die Bundestagsdebatte über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Sommer 1952 und die zeitgleich verlaufende zweite Parteikonferenz der SED, die aus den Bonner Entscheidungsprozessen ein Legitimationsargument für den proklamierten „Aufbau des Sozialismus“ herleitete. „An dem Tage“, erklärte Grotewohl am 11. Juli 1952, „an dem Adenauer das Ja zum Generalvertrag, das heißt zur Spaltung Deutschlands... vom Parlament in Bonn forderte, forderte das Zentralkomitee vom Parlament der deutschen Arbeiterklasse das Ja zum Sozialismus.“ In Dietrich Staritz' Darstellung ist diese kontrastive Parallelisierung dramaturgisch sehr gut gelungen präsentiert²⁸.

Seit dem Jahr 1955, das man unter außenpolitischen Aspekten durchaus als „Schlüsseljahr“ ansehen kann²⁹, wurde die Abschottung beider Staaten voneinander immer deutlicher, die nach wie vor aufrechterhaltenen Einheitspostulate verkümmerten auf beiden Seiten langsam zu Elementen der politischen Rhetorik³⁰. Die im Kontext der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion in Bonn formulierte Hallstein-Doktrin erwies sich als ein Instrument, das für mindestens ein Jahrzehnt die DDR nicht nur im Westen, sondern vor allem in den Ländern der Dritten Welt in einem Ausmaß außenpolitisch isolierte, das erst jetzt anhand der Akten der SED voll erkennbar wird³¹. Noch wichtiger für die doppelte und gemeinsame Geschichte ist dann aber 1961, das Jahr des Mauerbaus.

Für die DDR ist die Bedeutung evident: Die Mauer war eine schockartige, deprimierende Er

27 Zu der noch immer kontroversen Diskussion vgl. Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Bonn 1985. Mit neuem Material: Gerhard Wettig, Die sowjetische Deutschland-Note vom 10. März 1952, in: Deutschland Archiv, (1993) 7.

28 Vgl. Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR, München 1984, Kap. I: Deutschland, Sommer 1952; das Grotewohl-Zitat ebd., S. 34.

29 Vgl. Heinz Heitzer, Die DDR im Kampf um Frieden und Sicherheit – Das „Schlüsseljahr“ 1955, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 27 (1979), S. 835–841.

30 Vgl. Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die deutsche Frage, Göttingen 1989².

31 Dazu gibt es jetzt einige interessante Hinweise im Rahmen des Forschungsprojekts von Karl Heinz Riemann, Michael Jonas, Erika Harder: Zur Außenpolitik der DDR, Universität Potsdam, Fachbereich Geschichte.

fahrung für die Bevölkerung; andererseits aber war der Mauerbau auch, wie Dietrich Staritz treffend formuliert hat, „der heimliche Gründungstag der DDR“³². Stabilisierung und Modernisierung als zwei Schlagwörter, mit denen sich die sechziger Jahre in der DDR charakterisieren lassen, setzten jetzt ein und waren unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit offenbar auch erst jetzt im Schatten der Mauer möglich. Daß die Mauer, als dauerhaftes Monstrum, möglicherweise auch den Anfang vom Ende der DDR bedeutete³³, steht auf einem anderen Blatt und ist erst aus der Perspektive von heute erkennbar. Denn erst diese Isolierung schuf die Voraussetzung für die Fortsetzung eines Experiments, das ohne tiefgreifende Reformen und strukturelle Veränderungen, die aus außenpolitischen Gründen aber nicht möglich waren, auf Dauer nicht lebensfähig war. Nur im Schutz der Mauer ließ sich eine Politik auf Kosten der wirtschaftlichen und ökologischen Substanz mit bestenfalls halbherzigen Reformen so lange fortführen, ließen sich die Alarmsignale seit den siebziger Jahren ignorieren und unterdrücken, konnte schließlich die politische Herrschaft einer zunehmend realitätsblinden Clique alter Männer bis 1989 aufrechterhalten werden.

Es gab aber wegen der Mauer auch einen fatalen Prozeß der Gewöhnung an das Unvermeidliche und einen verstärkten Rückzug ins Private, dem die Partei erfolglos durch immer neue Mobilisierungsoffensiven entgegenzutreten versuchte. Dieser Rückzug schuf ein verständliches, aber in seiner Wirkung schlimmes politisches Phlegma, einen Verlust von öffentlicher Initiative und gesellschaftlicher Kreativität. Diese Situation ist natürlich für die Betroffenen in erster Linie eine deprimierende Grunderfahrung gewesen, zugleich hatte sie aber auch ihre bequemen Seiten. Eben hieraus resultiert ein Großteil der Umstellungsprobleme nach der Vereinigung. Der aktuelle Befund läßt sich somit historisch erklären. Von der Sozialpolitik bis zum Wissenschaftsbetrieb, von der Ökonomie bis zur Kultur – überall war der „vormundschaftliche Staat“³⁴ prägend. Er zeigte dem Bürger den „richtigen Weg“, er warnte oder griff zur Gewalt, wenn dieser vom Pfad der sozialistischen Tugend abweichen wollte, aber er sorgte auch für ihn von der Wiege bis zur Bahre.

32 Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR 1949–1985*, Frankfurt 1985, S. 138.

33 Vgl. Gerhard Keiderling, *Berlin-Krise und Mauerbau*, in: *Brüche, Krisen, Wendepunkte*, hrsg. von Jochen Cerny, Leipzig 1990, S. 185–198.

34 Rolf Henrich, *Der vormundschaftliche Staat*, Reinbek 1989.

Für die bundesrepublikanische Geschichte war der Mauerbau weniger einschneidend, so daß man zumindest streiten kann, ob dieses Datum als zentrale Zäsur für eine Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte insgesamt geeignet ist.

Außen- und deutschlandpolitisch erschienen der Mauerbau und die ohnmächtigen westlichen Reaktionen als ein Höhepunkt des Kalten Krieges. Ex post ist jedoch erkennbar, daß er auch das Scheitern der bisherigen „Politik der Stärke“ und der konsequenten Isolierung der DDR durch die Hallstein-Doktrin bedeutete und den Beginn einer langfristig angelegten neuen Strategie, die in Berlin mit der „Politik der kleinen Schritte“ begann und die Egon Bahr 1963 mit der berühmten Formel „Wandel durch Annäherung“ umriß. Sie gab das Drehbuch ab für die zehn Jahre später realisierte neue Ost- und Deutschlandpolitik³⁵.

Wirtschaftspolitisch hatte die Mauer dagegen beträchtliche Konsequenzen für die Bundesrepublik. Der Strom qualifizierter Arbeitskräfte war abrupt gestoppt, und seitdem stieg die Zahl der ausländischen Arbeiter rapide an. Davon ist in Gesamtdarstellungen der deutschen Geschichte oder in Teilgeschichten nur ganz selten die Rede³⁶. Die dramatischen außenpolitischen Umstände der Berlinkrise und des Mauerbaus haben diese wichtigen ökonomischen und sozialen Folgen eines brutalen Gewaltaktes historiographisch in der Regel verdeckt. Ansonsten aber sind in der inneren Entwicklung der Bundesrepublik kaum gravierende Veränderungen erkennbar, die in ursächlichem Zusammenhang mit dem Mauerbau standen. Sozial- und bildungspolitische Reformtendenzen setzten bereits früher ein, auch wenn die spektakulären Debatten um die „deutsche Bildungskatastrophe“ erst 1964 von Georg Picht ausgelöst wurden. Daß in diesen Debatten dann der Blick auf das Bildungssystem der DDR eine wichtige Rolle spielte, sollte heute nicht in Vergessenheit geraten³⁷. Im übrigen aber wurde in Bonn nach dem 13. August 1961 „business as usual“ betrieben; Adenauer attackierte in übler Form den Emigranten und SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt, und nach der Bundestagswahl begann im Kampf

35 Vgl. Peter Bender, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 1986; Hans-Georg Lehmann, *Mit der Mauer leben? Die Einstellung zur Berliner Mauer im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 33–34/86, S. 19–34.

36 Zum Sachverhalt vgl. Werner Abelshausen, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Frankfurt 1983, S. 95 f.

37 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 452 f.

ums Kanzleramt die vergebliche Hatz auf den alten Leitwolf³⁸.

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik ist in den fünfziger Jahren nach Versuchen einer grundlegenden Reform durch die Alliierten nahezu vollständig restauriert worden. Die Einheitsschule und die Einführung des polytechnischen Unterrichts in der DDR zementierten in der Bundesrepublik die Tendenz, das genaue Gegenteil zu praktizieren. Besonders deutlich ist dieser Trend beim Thema Konfessionsschule faßbar, die im Westen erst in den sechziger Jahren abgeschafft wurde und zuvor zu erbitterten politischen Konflikten führte³⁹. Als These ließe sich formulieren, daß die doppelte Konfrontation mit nationalsozialistischer und DDR-Schulpolitik den Befürwortern der Konfessionsschule die politische Munition zur Durchsetzung eines Modells lieferte, das bei der Bevölkerung schon längst nicht mehr hoch im Kurs stand⁴⁰.

Die Frauen- und Familienpolitik war in der öffentlichen Diskussion stark von den Klischeevorstellungen über „die Zone“ bestimmt. Je intensiver sich die DDR – primär aus ökonomischen Gründen – um die Einbeziehung der Frauen in den Produktionsprozeß bemühte, desto intensiver steuerte das Familienministerium in Bonn einen Gegenkurs und beschwor tradierte Rollenbilder. Aktuelle Bezüge haben sich bis in die Gegenwart in der Debatte um den § 218 gehalten. „Das ist eine Gleichberechtigung“, erklärte Familienminister Wuermeling 1954 unter Hinweis auf die DDR, „vor der wir uns und unsere Frauen bewahren wollen.“⁴¹ Der konkrete Erfolg war freilich begrenzt.

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft – ein weiteres Beispiel – hat nach 1945 ihre traditionellen methodischen Ansätze und Interpretationsmuster (politische Geschichte, Staatengeschichte, Individualitätsprinzip) zunächst voll wiederaufgenommen. Sozialwissenschaftlich-systematische und sozialgeschichtliche Zugänge kamen erst seit den sechziger Jahren unter dem Einfluß der west-

lichen Geschichtswissenschaft hinzu⁴². Der historische Materialismus, dem die Sozialgeschichte wesentliche Impulse verdankt, war in der Bundesrepublik durch seine dogmatische Form in der DDR diskreditiert. Umgekehrt wäre zu fragen, wie weit die stark traditionalistische Ausrichtung der westdeutschen Geschichtswissenschaft und die geforderte Abgrenzung von ihr einen besonders kruden ökonomistischen Materialismus der DDR-Historiker und deren extreme Einbindung in das Korsett vorgegebener ideologischer Interpretationen verstärkte⁴³.

Die evangelischen Kirchen, die in einem sehr engen Kontakt zueinander standen, wären unter dem Aspekt von Verflechtung, Abgrenzung und Wechselwirkung besonders nachdrücklich zu nennen. Als die Vertreter der DDR-Landeskirchen als Mitglieder der EKD 1957 dem Militärseelsorge-Vertrag zustimmten, nahm die SED dies zum Anlaß, um einen Kurs der konsequenten Gesprächsverweigerung zu steuern und die östlichen Landeskirchen zur organisatorischen Abgrenzung zu zwingen. Andererseits ist die relative Stärke und Resistenz der DDR-Kirchen ohne die massive materielle und politische Unterstützung durch den Westen kaum erklärbar. Partiiell ist somit die oppositionelle Rolle der Kirchen in der DDR auch ein subventioniertes Heldentum gewesen⁴⁴.

Als ein besonders brisantes Feld der deutsch-deutschen Wechselwirkungen ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu nennen. Gerade in der „Vergangenheitsaufarbeitung“ zeigte sich in zum Teil schon makabren Formen, welche Zuspitzungen die Gegensätze zweier Staaten mit gemeinsamer Vergangenheit annahmen. So wurden in der Bundesrepublik die antisemitischen Schmierereien von 1959/60 von einigen Zeitungen in Zusammenhang mit Provokationen der SED gebracht. Diese Vermutung mag aus heutiger Sicht, wo wir wissen, was der Stasi alles einfiel, durchaus naheliegen⁴⁵. Auch wenn die öffentliche Debatte von einer solchen Argumentationsfigur nicht bestimmt wurde, war diese doch als Ablenkung gegenüber dem Bodensatz an Antisemitismus in der

38 Vgl. Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, Stuttgart 1987.

39 Zum Schulsystem der DDR vgl. Oskar Anweiler, Schulpolitik und Schulsystem in der DDR, Opladen 1988; ders. (Hrsg. zus. mit Hans-Jürgen Fuchs/Martina Dorner/Eberhard Petermann), Bildungspolitik in Deutschland 1945–1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband, Bonn–Opladen 1993.

40 Hinweise dazu bei Dorothee Buchhaas, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz 1945–1952, Düsseldorf 1985, S. 140.

41 Franz Josef Wuermeling, Familie – Gabe und Aufgabe, Köln 1963, S. 23.

42 Vgl. Hans Mommsen, Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: Geschichtswissenschaft in Deutschland, hrsg. von Bernd Faulenbach, München 1974, S. 112–120.

43 Vgl. zur Entwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft Georg Iggers (Hrsg.), Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Frankfurt 1991 (Einleitung).

44 Daten zum Problem der Finanztransfers bietet Arnim Volze, Kirchliche Transferleistungen in die DDR, in: Deutschland Archiv, 24 (1991), S. 59–66.

45 Vgl. dazu Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1984, S. 31 f.

Bundesrepublik geeignet. Die politische Bildung hat sich freilich seit diesem Jahr verstärkt um eine intensive Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Rechtsradikalismus bemüht.

Umgekehrt nutzte die DDR natürlich jede Möglichkeit, bundesrepublikanische Politiker wegen ihrer NS-Vergangenheit anzuschwärzen, so im Prozeß in Abwesenheit gegen Kanzleramtsminister Hans Globke und gegen den Vertriebenenminister Oberländer oder in der – mit gefälschten Unterlagen betriebenen – Kampagne gegen den angeblichen „KZ-Baumeister“ Heinrich Lübke⁴⁶. Als besonders kuriosè Blüte in der politischen Instrumentalisierung der Vergangenheit sei die Reaktion auf das Ersuchen der Ludwigsburger Stelle der Landesjustizverwaltungen an den Generalstaatsanwalt der DDR zur Amshilfe bei Ermittlungen gegen NS-Verbrecher erwähnt. Dieses Ersuchen wurde von der DDR offiziell nicht beantwortet mit der Begründung, die Ludwigsburger Stelle sei weder im Gerichtsverfassungsgesetz noch in der Strafprozeßordnung der Bundesrepublik genannt und folglich für die DDR nicht existent⁴⁷. In Sachen Vergangenheit beanspruchte die DDR eine Art Alleinvertretungsrecht: ein gezieltes propagandistisches Vorgehen gegen NS-Täter wollte sie sich selber vorbehalten.

Antifaschismus war ein zentraler Teil des Selbstverständnisses und der Legitimation der DDR – vor allem im Kontrast zur „braunen Bundesrepublik“⁴⁸. Außer in den Anfangsjahren gab es aber kaum ernsthafte Debatten über Verantwortung und Schuld. Sehr spät erst lassen sich dazu Ansätze finden. Der DDR-Bürger, so hat Peter Bender pointiert festgestellt, bekam allmählich das Gefühl, damit nichts zu tun zu haben. „Hitler, so schien es, ist ein Westdeutscher gewesen.“⁴⁹ Die Bundesrepublik tat sich ihrerseits schwer mit der NS-Justiz, aber leicht mit der DDR-Justiz. Die Urteile der „Waldheimer Prozesse“ von 1949/50 gegen Insassen sowjetischer Internierungslager, die an die DDR übergeben worden waren, wurden zu Recht schon 1954 vom Berliner Kammergericht für

rechtsunwirksam erklärt⁵⁰. Die moralische Nichtigkeitserklärung der Urteile des Volksgerichtshofs durch den Bundestag erfolgte hingegen erst im Jahre 1985. Die spezifische Prägung der Auseinandersetzung um die Vergangenheit in beiden Staaten ist ohne diese wechselseitigen Frontstellungen gar nicht erklärbar.

Als letztes Beispiel sei das politische Strafrecht genannt. Sein besonderer Charakter in der Bundesrepublik (nach dem Strafrechtsänderungsgesetz von 1951) läßt sich aus der globalen Konstellation des Kalten Krieges allein nicht hinreichend herleiten. Vielmehr machen erst die trotz aller Trennung noch fortdauernden Verbindungen und die wechselseitigen Versuche der Einflußnahme plausibel, warum die im Ansatz unumstrittene Vorstellung einer „wehrhaften Demokratie“ in den fünfziger Jahren, aber auch noch lange Zeit später, von der Praxis einer „gepanzerten Demokratie“ deformiert zu werden drohte⁵¹. Die Aufblähung der Sicherheitsapparate und die exzessive Ausdehnung des politischen Strafrechts im Zusammenhang des KPD-Verbots waren die problematischen Produkte der unmittelbaren Konfrontation mit einem kommunistischen System innerhalb einer geteilten Nation. Dessen Gefährlichkeit wurde erheblich überschätzt und in seinen Auswirkungen ängstlich präventiv bekämpft. Zu den Grundprinzipien einer selbstbewußten liberalen Demokratie paßte diese oft pathologische Kommunismusangst schlecht. „Die Prozesse, die unter dem Feindbild der kommunistischen Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik geführt wurden“, hat Wolfgang Benz konstatiert, „waren mit der Idee des Rechtsstaats nur schwer in Einklang zu bringen, es ging in vielen Fällen nur um die Gesinnung der Angeklagten und nicht um reale Gefährdungen des Staates.“⁵²

Wer erinnert sich heute noch an Zeiten, in denen DDR-Zeitungen nur mit Sondergenehmigung bezogen werden durften, in denen Reisende, die aus der DDR Zeitungen mitbrachten, belangt werden konnten, oder in denen gesamtdeutsche Sportkontakte kriminalisiert wurden⁵³? Zur Veranschauli-

46 Die Fälschung der Unterlagen gegen Lübke durch die Stasi hat das Magazin „Focus“, Nr. 21 vom 24. 5. 1993, aufgedeckt.

47 Vgl. Adalbert Rückerl, NS-Verbrechen vor Gericht, Heidelberg 1982, S. 173.

48 Vgl. Bernd Faulenbach, Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland: Zur Gegenwartsbedeutung der jüngsten Geschichte, in: W. Weidenfeld (Anm. 1), S. 175–190. Ein vergleichendes Projekt zum Erbe des Nationalsozialismus wird am Forschungsschwerpunkt zeithistorische Studien in Potsdam bearbeitet von Olaf Groehler, Jürgen Danyel und Mario Keßler.

49 Peter Bender, Deutsche Parallelen, Berlin 1989, S. 48.

50 Ebd., S. 42.

51 Vgl. dazu die verschiedenen Prozeßschilderungen durch Diether Posser, Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968, Gütersloh 1991.

52 Wolfgang Benz, Die Bundesrepublik im Kalten Krieg, in: Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963, Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums Berlin, Berlin 1992, S. 63 f.

53 Ausführlich dazu Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, Frankfurt 1978.

chung ein konkretes Beispiel von 1963 aus dem Gewerkschaftsbereich: Zwei FDGB-Funktionäre erhielten in Ost-Berlin den Auftrag, auf dem Düsseldorfer DGB-Kongreß eine Grußadresse und einen Brief des FDGB-Vorsitzenden Herbert Warnke abzuliefern. Sie wurden zwar zum Kongreßbüro vorgelassen, doch der DGB-Vertreter verweigerte dort die Annahme des Schreibens. Als die beiden Funktionäre das Tagungsgebäude verließen, wurden sie verhaftet, in Untersuchungshaft gesetzt und einen Monat später vom Landgericht Düsseldorf zu acht bzw. sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Die Begründung lautete: „Verstoß gegen das Verbot der KPD in Tateinheit mit Einfuhr staatsgefährdender Schriften.“⁵⁴ Erst mit dem Strafrechtsänderungsgesetz von 1968 wurde dieser exzessiven Auslegung des KPD-Verbots ein Riegel vorgeschoben.

Auf der anderen Seite sah es mit der willkürlichen Anwendung des politischen Strafrechts in der DDR unvergleichlich schlimmer aus, da Willkür und politische Anleitung der Justiz bis in die Festlegung des Strafmaßes hinein geradezu zu den Bestimmungsmerkmalen des politischen Systems gehörten. Das war bereits für die Zeitgenossen erkennbar⁵⁵, auch wenn es allzuoft im Zuge der angestrebten Entspannung seit den sechziger Jahren „übersehen“ wurde. Nach dem Ende der DDR hat gerade dieses düstere Kapitel zu Recht besondere Aufmerksamkeit gefunden⁵⁶.

Das Problem von Abgrenzung und Verflechtung erhielt mit der Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition seit 1969 eine neue Qualität. Dies soll hier nur noch angedeutet werden. Es belegt aber die zentrale These von der konstitutiven Verquickung von Teilung und Eigenstaatlichkeit besonders für die DDR-Geschichte. Die internationale Anerkennung der DDR als Staat bei gleichzeitigem nationalen Vorbehalt durch die Bundesrepublik machte Abgrenzung in der Ära Honecker zu einem besonders delikaten Problem. Denn das Ziel der Brandtschen Politik war es, durch einen neuen Ansatz die Nation als Kommunikationszusammenhang aufrechtzuerhalten oder überhaupt erst wiederherzustellen⁵⁷. Daß Ulbricht

die neue Politik als „Aggression auf Filzlätschen“ bezeichnet hat⁵⁸, belegt, wie gefährlich ihm diese veränderte politische Strategie erschien. Der Grundlagenvertrag von 1972 bildete die Basis einer solchen schwierigen „nationalen Politik“, die zwar einem der wichtigsten Ziele der SED entgegenkam, zugleich aber zu einer massiven inneren Bedrohung wurde. Die DDR-Führung wurde damit einerseits zur verbalen Abgrenzung veranlaßt, wie sie sich besonders in der abstrusen Theorie der „Sozialistischen Nation“ wiederfindet⁵⁹; andererseits ließen sich de facto wachsende und intensiver werdende Verbindungen mit der Bundesrepublik nicht mehr in gleicher Form wie früher blockieren. Ein international anerkannter Staat hatte bis zu einem gewissen Grade auch auf seine Reputierlichkeit zu achten.

Eine der wahrscheinlich wichtigsten Folgen des Grundlagenvertrags war die intensivierete Kommunikation. „Nirgendwo sonst“, hat Peter Bender festgestellt, „gehörte der Westen millionenfach zur eigenen Verwandtschaft, nirgendwo sonst emigrierte allabendlich fast ein ganzes Land durch den Äther in den Westen; und nirgend sonst nahmen Bürger eines Oststaates am Leben eines Weststaates teil. Mancher bekam die Namen des Bonner Kabinetts mühelos zusammen, aber nur wenige konnten alle Mitglieder des Politbüros herzählen.“⁶⁰ Die Verflechtung wurde trotz staatlicher Trennung enger. Die Fixierung der DDR-Bevölkerung auf die Bundesrepublik, die für Kreditwürdigkeit, Häftlingsfreikauf, Reiseerleichterung, Wissenschaftler- und Jugendkontakte sorgte, nahm trotz aller Entfremdungstendenzen besonders unter der jüngeren Generation eher zu als ab. In einer solchen Situation glich die Abgrenzung dem Kampf des Sisyphos.

IV. Fazit: Die sperrige gemeinsame Nachkriegsgeschichte

Diese Beispiele sollten deutlich machen, daß die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte gerade in

sche Frage zwischen Kaltem Krieg und neuer Ostpolitik, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Sozialdemokratie und Nation in Geschichte und Gegenwart. Forum Deutsche Einheit, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1990, S. 39–52.

58 Zitiert bei Arnulf Baring, Machtwechsel, München 1984, S. 210.

59 Vgl. Alfred Kosing, Nation in Geschichte und Gegenwart. Studie zur historisch-materialistischen Theorie der Nation, Berlin (O) 1976.

60 Peter Bender, Unsere Erbschaft. Was war die DDR – Was bleibt von ihr?, Hamburg 1992, S. 51.

54 Zitiert bei P. Bender (Anm. 35), S. 11.

55 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968, Köln 1979.

56 Aus der Vielzahl von neueren Veröffentlichungen sei lediglich hingewiesen auf Karl Wilhelm Fricke, Strafrecht im Parteiauftrag, in: Kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik, Dokumentation. Drittes Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, 16./17. Juni 1992, S. 41–53.

57 Vgl. Christoph Kleßmann, Sozialdemokratie und deut-

den Formen ihrer Abgrenzung und negativen Beeinflussung viele Verbindungen und wechselseitige Verklammerungen zeigt und insofern auch ein Stück gemeinsamer Geschichte ist. Mir scheint dieser Befund konstitutiv für die deutsche Nachkriegsgeschichte zu sein. Das bedeutet aber, daß es völlig abwegig wäre, würde man diese getrennte Vergangenheit jetzt nur unter dem Aspekt sehen, wo solche Wechselwirkungen oder wo Linien erkennbar werden, die gesamtdeutsch sind und auf die Wiederherstellung der Einheit 1990 verweisen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte, insbesondere die der DDR, läßt sich in drei unterschiedliche Bezüge einordnen: die Außensteuerung durch Besatzungsmächte und Alliierte, die von den politischen Kräften im Lande gewollte und zu verantwortende Entwicklung und die Konstellation der wechselseitigen Beeinflussung. Die wichtigsten Entwicklungsimpulse wurden seit 1945 und in anderer Form seit 1949 von außen, von den Alliierten, vorgegeben und zeigten dann eine politische und ökonomische Eigendynamik, die relativ unabhängig von der Teilung und Zweistaatlichkeit war. Beide Staaten waren Mitglieder zweier unterschiedlicher Weltsysteme und gehorchten damit, unbeschadet von fortbestehenden oder sich herausbildenden Verflechtungen, unterschiedlichen und oft entgegengesetzten Imperativen. Daraus ergibt sich zwingend, daß es falsch wäre, eine durchgehend gemeinsame Periodisierung zu versuchen. Das Eigengewicht beider Staaten und Gesellschaften würde damit vernachlässigt.

Dennoch ist die DDR-Geschichte nur verständlich im Rahmen des ungeheuer starken Soges, den die ökonomisch mächtige und politisch attraktive Bundesrepublik in unmittelbarer Nachbarschaft ausübte. Umgekehrt wirkten aber sowohl die schiere Existenz eines kommunistischen deutschen Staates als auch zahllose politische Entscheidungen und Vorgänge in der DDR und nicht zuletzt das große Heer von Flüchtlingen aus dem „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ direkt wie indirekt auf die Bundesrepublik zurück, beeinflussten ihrerseits politische Entscheidungen, förderten oder behinderten die Durchsetzbarkeit politischer und gesellschaftlicher Konzepte und prägten das Profil der politischen Kultur der Bundesrepublik. Insofern läßt sich die Geschichte beider Staaten in vielen Aspekten als eine Beziehungsgeschichte verstehen, in der „wichtige Legitimationsmuster aus der Negation des Konkurrenzstaates“ abzuleiten sind⁶¹. Hier

gibt es noch ein breites Feld von Themen, die im einzelnen zu untersuchen wären.

Insgesamt werden in einer Darstellung der gemeinsamen Geschichte der Deutschen nach 1945 Ost und West in Zukunft wieder näher aneinanderrücken. Die Selbstverständlichkeit der Trennung in der Historiographie, auf die ich eingangs hingewiesen habe, wird man in Frage stellen müssen. Deterministische Konstruktionen dürfen jedoch nicht an ihre Stelle treten. Die publizistische Wiederbelebung der „Magnet-Theorie“ von 1947, die sowohl von Adenauer wie von Schumacher vertreten wurde und die 1990 nun ihre großartige Bestätigung erfahren haben soll⁶², ist eine solche unhistorische Konstruktion, die stromlinienförmig auf die Vereinigung hin konzipiert ist.

Eine andere Variante zielt auf die Erneuerung der Vorstellung von „Deutschlands Mittellage“ als bestimmender Determinante der historischen Entwicklung. Sie macht Ernst mit der Tatsache, daß seit 1990 auch die Geschichte der alten Bundesrepublik zu Ende ist. Für den Soziologen Friedrich Tenbruck ergibt sich daraus eine Interpretation, welche die Geschichte der Bundesrepublik vor allem als Entfremdung vom deutschen Eigensinn darstellt. Tenbruck betont zwar zu Recht unterschiedliche Generationenerfahrungen, kritisiert dann aber sehr fundamentalistisch zum einen die Umerziehung durch die Siegermächte und zum andern die Protestbewegung der „68er“ mit ihrer ausschließlichen Orientierung an „der Gesellschaft“ und der daraus resultierenden Debatte um „Verfassungspatriotismus“. Beides habe, so Tenbruck, die Bundesrepublik daran gehindert, ihre nationale Identität zu finden, indem nur nach Westen geschaut wurde und die Präambel des Grundgesetzes in Vergessenheit geriet. Insofern ist für ihn die Geschichte der Bundesrepublik zugleich ein Stück Geschichtsblindheit und Fremdbestimmung, die durch Rückbesinnung auf und Integration von DDR-Geschichte wieder korrigiert werden sollten⁶³.

„Man gestand sich nicht ein“, kritisiert Tenbruck, „daß wir durch die Teilung geistig verarmten, weil wir mit den Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik auch Quellen unserer Kultur verloren, die nun einmal so viele Wurzeln dort hatte

62 So z.B. Arnulf Baring in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29. 9. 1990 (Beilage).

63 Vgl. Friedrich Tenbruck, Der Anfang vom Ende, in: Otthein Rammstedt/Gert Schmidt (Hrsg.), BRD adé! Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern, Frankfurt 1992, S. 41–61.

61 R. Thomas (Anm. 14), S. 273.

und in vieler Hinsicht dort eher erhalten blieb als bei uns, wo man nur noch nach Westen schauen wollte. Anstatt nur die politischen Verirrungen und Verstrickungen bloßzulegen, hätten wir in der Deutschen Demokratischen Republik auch einen Spiegel unserer eigenen Verirrungen und Verstrickungen erblicken können. Ausgeleiert war die Sprache der politischen Funktionäre nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik; aber dennoch hat sich die deutsche Sprache dort besser erhalten als bei uns . . . und am existentiellen Ernst und Verlaß, der drüben noch gängig war, könnten wir wohl erkennen, was wir mit der Geschwätzigkeit und Haltlosigkeit unserer Amüsier-Postmoderne verloren haben.⁶⁴ Diese nostalgisch gefärbte Interpretation wird der Komplexität der

64 Ebd., S. 58.

Auseinandersetzung beider Teile Deutschlands nicht gerecht und rückt in die fatale Nähe von Gedankengängen, die an Geschichtsideologien vom „Deutschen Weg“ erinnern.

Notwendig scheint mir in Zukunft zweierlei: einerseits das Trennende, Gegensätzliche, Eigenständige und andererseits die fortbestehenden Traditionen, wechselseitigen Verbindungen, Fixierungen, Irrtümer und Hoffnungen in einem differenzierten Geschichtskonzept zusammenzubringen, in dem nicht neue Nationalgeschichte mit dem Ziel der Identitätsstiftung betrieben wird, in dem aber DDR-Geschichte auch nicht zu einem schäbigen Anhängsel der westdeutschen Geschichte und zu einer Fußnote in der wechselvollen Entwicklung Deutschlands seit 1871 verkommt.

Der Geschichtsunterricht in der DDR als Instrument der SED-Politik

I. Einleitung

In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurde die neue politische Ordnung keineswegs gleich nach Kriegsende als stalinistisches System etabliert. Auch in der SBZ gab es die Hoffnung auf einen demokratischen Neuanfang. Erst allmählich entwickelte sich unter dem Einfluß der Besatzungsmacht eine Ordnung, die vom absoluten Führungsanspruch der Kommunisten in Staat und Gesellschaft geprägt war. Dabei traten mehr und mehr zwei Grundprobleme im Osten Deutschlands zutage: Zum ersten wurden gegen den Willen der deutschen Bevölkerung Strukturen geschaffen, die für ein sozioökonomisch hochentwickeltes Land nicht paßfähig waren und ein ständiges Konfliktpotential bildeten. Zum zweiten schwebte die DDR fortdauernd in einer Identitätskrise zwischen einem eigenständigen, sozialistischen Staat und der Einheit Deutschlands.

So war die Geschichte der DDR auch nur scheinbar von stetiger Kontinuität gekennzeichnet. Wohl wurde die DDR-Geschichte durch die Alleinherrschaft der SED, die Reglementierung und Gleichschaltung des gesellschaftlichen Lebens, die Abhängigkeit von der Sowjetunion und die strikte Einbindung in den Ostblock geprägt, andererseits gab es unter der Oberfläche aber auch Wandlungen, ja sogar Brüche. Bedacht werden muß beispielsweise die Veränderung des Parteiensystems zwischen 1945 und 1950, die von zunächst mehr oder weniger eigenständigen Parteien zur „Nationalen Front“ unter Vorherrschaft der SED führte. Ebenso relativierte sich in vierzig Jahren DDR das Verhältnis zur Sowjetunion: Von einem abhängigen Vasallenstaat wandelte sich die DDR zu einem Juniorpartner der Sowjetunion, der einen eigenen Weg zum Sozialismus gehen wollte.

Das Schulfach Geschichte – neben Staatsbürgerkunde Kernfach der ideologischen Erziehung in der DDR – diente vierzig Jahre lang als Instrument der SED-Politik. Geradezu seismographisch rea-

gierte der Geschichtsunterricht daher mit inhaltlichen und didaktisch-methodischen Veränderungen auf jedweden gesellschaftlichen und politischen Wandel in der DDR. Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts spiegelt so exakt die Phasen der DDR-Geschichte wider¹.

II. Der Geschichtsunterricht in der Sowjetischen Besatzungszone (1945–1949)

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges proklamierte die sowjetische Besatzungsmacht im Osten Deutschlands eine „antifaschistisch-demokratische“ Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Zu den ersten großen Veränderungen gehörte die Reformierung des Schulwesens. Bereits seit Februar 1945 befaßte sich eine Kommission mit der Umgestaltung des Unterrichtswesens und der künftigen Schulstruktur. Der Ausschuß formulierte Grundsätze für eine Schulreform: Demokratisierung der Schule, Schaffung eines einheitlichen Schulsystems, Recht auf Bildung für alle Kinder, Trennung von Schule und Kirche. 1946 fanden diese Grundsätze Eingang in das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ der SBZ².

Auch im Geschichtsunterricht mußte 1945 ein Neuanfang gefunden werden. Die Schulkommission beschloß, alle Geschichtslehrbücher aus der Zeit des Nationalsozialismus außer Kraft zu setzen und bis zum Erscheinen neuer Lehrbücher auf solche der Weimarer Republik zurückzugreifen. Generell ordnete man dem Fach Geschichte eine Schlüsselrolle bei der Neugestaltung der Lehrpläne zu. Die Schulkommission entwickelte noch im

1 Die vorliegende Veröffentlichung entstand aus der Zusammenfassung einer Arbeit zum Thema „Geschichtsunterricht in der DDR“ an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

2 Vgl. SBZ 1945–1949, Bonn 1990, S. 65.

Sommer 1945 spezielle „Richtlinien für den Unterricht in deutscher Geschichte“: „Die Darstellung der Geschichte muß wissenschaftlich einwandfrei sein... Der Unterricht hat die Gesetzmäßigkeiten in der gesellschaftlichen Entwicklung, das Wesen der verschiedenen Gesellschaftsformen klar herauszuarbeiten... Der Geschichtsunterricht soll erziehen zu demokratischem Denken, zu verantwortlicher, aktiver Teilnahme am Leben des Volkes und zu echtem Nationalbewußtsein, das... frei ist von nationalistischer Engstirnigkeit und rassistischer Überheblichkeit.“³

Im Sinne der Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848 wurden bürgerliche Professoren mit der Erstellung eines neuen Lehrplanes betraut. Bis zu seinem Erscheinen zum Schuljahresbeginn 1946 wurde der Geschichtsunterricht zugunsten anderer Fächer ausgesetzt⁴. Im Zeichen der „antifaschistisch – demokratischen“ Orientierung griff man – auf der Suche nach einer methodischen Neukonzeption – auf die bekannten demokratischen Prinzipien von Arbeitsschule und Reformpädagogik zurück⁵ und verankerte sie im Vorwort zum Lehrplan: Erziehung zur Demokratie sollte auch im Unterricht durch Selbsttätigkeit der Schüler, in Form von Schülerberichten, Quellenarbeit oder Diskussionen verwirklicht werden⁶. Stures Pauken und trockene Lehrervorträge waren verpönt. „Die Erziehung zu selbständigem Arbeiten ist auch bei der Stoffaneignung schon frühzeitig zu pflegen... Die Verarbeitung erfolgt im Lehrgespräch... der Lehrervortrag (hat) seinen Platz im Geschichtsunterricht des 5. und 6. Schuljahres... im 9.–12. Schuljahr tritt er immer mehr hinter dem Lehrgespräch zurück.“⁷ Um dem Prinzip der Anschaulichkeit gerecht zu werden, sollte der Unterricht – wenn möglich – von der Heimatgeschichte ausgehen. Im Lehrplan findet sich die Forderung, bei jeder Gelegenheit an historische Überlieferungen aus der Heimat anzuknüpfen, um das Empfinden

3 Quellen zur Geschichte der Erziehung, Berlin (Ost) 1978, S. 510f.

4 In Berlin wurde der Geschichtsunterricht sogar erst ab September 1948 wiederaufgenommen. Dies zeigt deutlich, welche gesellschaftspolitische Relevanz dem Fach beigemessen wurde.

5 Vgl. Dieter Riesenberger, Die soziale Funktion des Geschichtsunterrichts, in: Eberhard Jäckel/Ernst Weymar (Hrsg.), Die Funktion der Geschichte in unserer Zeit, Stuttgart 1979, S. 334.

6 Vgl. Hans-Dieter Schmidt, Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft und der Geschichtsunterricht in der DDR, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in der DDR, Band 1, Berlin 1988, S. 441.

7 Lehrpläne für die Grund- und Oberschulen in der Sowjetischen Besatzungszone. Geschichte. 1. September 1947, o. O., o. J.

dafür zu wecken, daß die Heimat jederzeit mit dem „großen Weltgeschehen“ verflochten war.

Die Gegenwartskunde behandelte in dieser Phase der Neuorientierung Fragen der Demokratie wie zum Beispiel „Warum gibt es Parteien, was wollen Sie?“, „Warum haben wir Gewerkschaften?“ oder „Die großen Demokratien und die großen Demokraten“⁸. Im Sinne der Suche nach demokratischen Neuansätzen ließ der Lehrplan den Lehrern großen Spielraum; er gab keine exakte Stoffverteilung vor.

Die Frage, ob der Geschichtslehrer Marxist sein müsse, wurde damals noch eindeutig verneint; allerdings finden wir bereits die Forderung, daß er die wichtigsten Schriften des Marxismus studiert haben müsse.

Mit der Etablierung der SED und der Kursänderung Ende der vierziger Jahre wurde die Kritik an Arbeitsschule und Reformpädagogik immer lauter. Der Pädagogische Kongreß 1949 verurteilte diese Methoden vollends. Auf dem Kongreß forderte man zudem einen Lehrer, der „vorbehaltlos den Kampf der Nationalen Front unterstützt“, „eine objektive Kenntnis des Marxismus-Leninismus“ besitzt und ein „wahrhafter Freund der Sowjetunion“ sein sollte⁹.

III. Der Geschichtsunterricht in der Zeit der Stalinisierung der DDR (1949–1953)

Die Berlinblockade 1948/49, die Gründung der beiden deutschen Staaten und der Koreakrieg kennzeichneten eine ernste Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes. Die DDR lehnte sich enger an die Sowjetunion an und hob sich gleichzeitig bewußt von der Bundesrepublik ab. Unter Walter Ulbricht erfolgte eine weitgehende Kopie des Sowjetsystems und damit eine grundlegende Veränderung der ökonomischen Verhältnisse und des politischen Systems im Osten Deutschlands¹⁰. Im Juli 1952 beschloß die SED den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“.

8 D. Riesenberger (Anm. 5), S. 345.

9 Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule, in: Quellen (Anm. 3), S. 523 ff.

10 Vgl. Hermann Weber, DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Nördlingen 1987, S. 150.

Dieser Beschluß hatte auch auf die Schule in der DDR gravierende Auswirkungen. Sie erhielt den Auftrag, die Kinder zu „jungen Erbauern des Sozialismus“ zu erziehen: „Nach dem historischen Beschluß der II. Parteikonferenz über den planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik steht vor der deutschen demokratischen Schule die Aufgabe, die Jugend zu allseitig entwickelten Persönlichkeiten zu erziehen, die fähig und bereit sind, den Sozialismus aufzubauen und die Errungenschaften der Werktätigen bis zum Äußersten zu verteidigen. Die deutsche demokratische Schule hat die Aufgabe, Patrioten zu erziehen, die ihrer Heimat, ihrem Volke, der Arbeiterklasse und der Regierung treu ergeben sind, die die Einheit des friedlichen, unabhängigen, demokratischen Deutschlands im Kampf gegen die imperialistischen Okkupanten und die Adenauerclique erzwingen.“¹¹

Historisch-materialistische Geschichtsbetrachtung und ihre Interpretation mit dem Ziel, sozialistisches Geschichtsbewußtsein als Bestandteil einer marxistischen Auffassung von der Welt zu erzeugen, wurde am Beginn der fünfziger Jahre Zweck des DDR-Geschichtsunterrichts¹². Nachdem bereits 1949 die Kritik am Lehrplan seitens der SED immer lauter geworden war, erschien zum Schuljahresbeginn 1951 ein neuer Geschichtslehrplan. Vordringliches Anliegen des neuen Lehrplanes war die Erziehung der Schüler zu „fortschrittlichem“ Denken durch die Vermittlung eines materialistischen Geschichtsbildes¹³. In Anlehnung an sowjetische Lehrpläne erfolgte danach im Unterricht eine chronologische Behandlung der Geschichte von der Antike bis zur Gründung der DDR¹⁴. Den Entwicklungsgesetzen des Historischen Materialismus folgend, hatte demnach die DDR als „antifaschistischer“ und „demokratischer“ deutscher Staat den Übergang zur höheren Staatsform des Sozialismus vollzogen. Auf diese Weise versuchte die SED-Führung, die Existenz der DDR durch den Geschichtsunterricht zu legiti-

mieren: „Den Schülern muß klarwerden, daß der Klassenkampf der Inhalt der Geschichte aller Klassengesellschaften ist. Sie müssen erkennen, daß der Kampf zwischen Altem und Neuem ein Gesetz der historischen Entwicklung ist, daß das Neue immer gesiegt hat, daß ‚nur das unüberwindlich ist, was entsteht und sich entwickelt‘ (Stalin). Dadurch wird in den Schülern die Überzeugung geweckt, daß es notwendig ist, auch in der Gegenwart für den Fortschritt Partei zu ergreifen. Sie lernen verstehen, daß man sich entscheiden muß und daß Objektivismus nichts anderes als eine getarnte Parteinarbeit für die Reaktion ist.“¹⁵

Mit der Einführung des Faches Gegenwartskunde 1950 wollte die SED die Meinungsbildung über die vielen aktuellen Zeitgeschehnisse in ihrem Sinn betreiben. Die Interpretation der Gründung der DDR, des Ausbruchs des Koreakrieges oder deutschlandpolitischer Maßnahmen sollte keinesfalls anderen Kräften – wie zum Beispiel westlichen Medien – überlassen werden.

Im Zuge der sozialistischen Umgestaltung des Schulwesens gerieten auch die demokratischen Methoden von Reformpädagogik und Arbeitsschule unter scharfe Kritik, statt dessen wurde nun die Sowjetpädagogik propagiert¹⁶. Wie in allen staatlichen Bereichen galt auch im Geschichtsunterricht nur noch die Meinung der Partei. Um diese den Schülern möglichst „effizient“ zu vermitteln, sollte fortan der Lehrervortrag die maßgebliche Methode sein. Der Lehrer hatte nur noch den geschlossenen Stoffverteilungsplan nachzuvollziehen, wie es die traditionelle Lern- und Paukschule vorsah, die von den Verfechtern der Reformpädagogik und den Lehrplangestaltern von 1946 noch strikt abgelehnt worden war. Jede Stunde war bis ins Detail vorstrukturiert und mit Lernzielen versehen¹⁷.

15 Lehrplan für Zehnjahrschulen. Geschichte, Berlin–Leipzig 1951, S. 3f.

16 Vgl. Verordnung über die Unterrichtsstunde als Grundform der Schularbeit, die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Unterrichtsstunde und die Kontrolle und Beurteilung der Schüler, in: Die neue Schule, 21 (1950), Beilage, S. 5 ff.

17 Beispielhaft belegt das die Vorgabe für die Unterrichtsstunde „III. Internationale“ im Lehrplan der 10. Klasse: „Der Zusammenschluß der revolutionär-fortschrittlichen Kräfte – erste Stunde: Der Zusammenbruch der II. Internationale im Ersten Weltkrieg. Bildung kommunistischer Parteien, ihre führende Rolle in den revolutionären Massenkämpfen. Der Kampf der Bolschewiki für die Gründung der III. Internationale. Die führende Rolle Stalins. Die Bedeutung der Kominternkongresse für die Stärkung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Der Kampf der Sektionen der Komintern für die Schaffung einer Aktionseinheit gegen den Faschismus. Der Sieg des Gedankens der Aktionseinheit in Frankreich, Spanien und den Balkanländern. Die

11 Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen, in: Quellen (Anm. 3), S. 524.

12 Vgl. Horst Diere, Methodik des Geschichtsunterrichts im Osten Deutschlands. Ein Rückblick, in: Hans Süßmuth (Hrsg.), Geschichtsunterricht im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1990, S. 46.

13 Vgl. Geschichte der Erziehung, Berlin (Ost) 1976, S. 641.

14 Vgl. Hans-Dieter Schmidt, Die Entwicklung des Geschichtsunterrichts in der SBZ/DDR, in: Klaus Bergmann/Anette Kuhn/Jörn Rüsen/Gerhard Schneider (Hrsg.), Gesellschaft–Staat–Geschichtsunterricht: Beiträge zu einer Geschichte der Geschichtsdidaktik von 1500–1980, Düsseldorf 1982, S. 321.

Die Wiederholungsstunden wurden auf ein Drittel der Gesamtstundenzahl ausgeweitet. In Form von Längs- und Querschnitten wurde der Stoff gründlich „gepaukt“ und die Gesetzmäßigkeiten des Historischen Materialismus herausgestellt. Stalin-Zitate bestimmten die „Bemerkungen zum Stoff“, die dem Lehrer vorgaben, wie er den Charakter des jeweiligen Geschichtsabschnittes im Unterricht zu behandeln hatte: „Das bedeutet vor allem, daß der imperialistische Krieg und seine Folgen die Verwesung des Kapitalismus verstärkt und sein Gleichgewicht erschüttert haben, ... daß neben dem kapitalistischen Wirtschaftssystem das sozialistische besteht, das wächst ... und das allein schon durch die Tatsache seines Bestehens die Fäulnis des Kapitalismus demonstriert und seine Grundlagen erschüttert.“¹⁸

IV. Der Geschichtsunterricht zwischen „liberalem“ und „hartem“ Kurs in der DDR (1953–1961)

Die Liberalisierungswelle in der Sowjetunion nach Stalins Tod und der Arbeiteraufstand vom Juni 1953 führten in der DDR kurzfristig zu einem „Neuen Kurs“. Die Lebensverhältnisse der Werktätigen sollten rasch verbessert werden, die Wiedervereinigung rückte verbal wieder auf die politische Tagesordnung.

Das „Taufwetter“ der fünfziger Jahre hinterließ auch deutliche Spuren bei der Gestaltung der Lehrpläne und des Geschichtsunterrichts. Infolge der Ereignisse des Jahres 1953 wurde der erst 1952 erlassene „Lehrplan für Grundschulen. Geschichte 5. bis 8. Schuljahr“¹⁹ bereits im folgenden Schuljahr durch eine stark überarbeitete Fassung ersetzt²⁰. Augenfälligste Veränderung im neuen Lehrplan war die Streichung aller 1952 noch im Übermaß enthaltenen Literaturangaben von Marx, Lenin und Stalin²¹. Statt dessen tauchten –

Rolle Dimitroffs. Der Vorschlag der Komintern zur Bildung einer Einheitsfront zum Schutz des abessinischen, spanischen und chinesischen Volkes. Die Sabotage der Einheitsfront durch die II. Internationale. Die Auflösung der Komintern im Zweiten Weltkrieg (Ursachen).“ Lehrplan für Zehnjahrschulen Geschichte (Anm. 15), S. 51.

¹⁸ Lehrplan für Zehnjahrschulen (Anm. 15), S. 30.

¹⁹ Lehrplan für Grundschulen. Geschichte 5. bis 8. Schuljahr, Berlin 1952.

²⁰ Vgl. Lehrplan für Grundschulen. Geschichte 5. bis 8. Schuljahr, Berlin 1953.

²¹ Beispiel für eine Literaturvorgabe in Klasse 5: „A. Für

beginnend in Klasse 5 – permanent die Schlagworte „Unterdrückung“, „Ausbeutung“, „Klassenkampf“ und „Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung“ auf.

Die zweite deutliche Veränderung betraf eine radikale Kürzung der fest vorgeplanten Unterrichtsstunden zugunsten der Behandlung von Themen der Heimat- und Zeitgeschichte. Ab 1953 hatte der Lehrer in den Klassen 5 und 6 so jeweils 14 Stunden zur freien Verfügung²². Nachdem die Politik außerstande war, die Menschen im Land zu halten, wurde der Geschichtsunterricht in der Lehrplandirektive von 1955 mit der Aufgabe betraut, der Fluchtbewegung durch eine stärkere Betonung der Heimatgeschichte entgegenzuwirken. Heimatkunde wurde 1955 nicht nur zum allgemeinen Unterrichtsprinzip erhoben, sondern auch als eigenes Fach etabliert²³. Unter dem Schlagwort „Patriotische Erziehung“ sollte den Schülern wieder mehr Heimatbewußtsein und Liebe zur Heimat vermittelt werden²⁴.

Eine große emotionale Wirkung versprach man sich auch von der Behandlung historischer Persönlichkeiten. „Besonders starken Einfluß auf die männliche Jugend (sollten) Portraits kriegerischer und revolutionärer Menschen (haben).“²⁵ Dem wurde der 1955 in Kraft getretene „Lehrplan Geschichte 9. Klasse Mittelschule“ gerecht: „Der Geschichtsunterricht in der Mittelschule hat sein Ziel erreicht, wenn er dazu beiträgt, gesellschaftlich aktive, schöpferische Menschen zu erziehen, Patrioten, die fähig und bereit sind, gemeinsam mit allen friedliebenden Menschen alle Kräfte für den Aufbau und die Verteidigung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates sowie für die demokratische Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und für die Erhaltung des Friedens einzusetzen ... Eine möglichst lückenlose, chronologische Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklung ist nicht anzustreben, vielmehr ist eine vertiefende Behandlung des den Schülern aus der Grundschule bekannten Ge-

den Schüler: Lehrbuch für den Geschichtsunterricht, 5. Schuljahr, Berlin 1952, Seite 59 bis 120. B. Für den Lehrer: Mischulin: Geschichte des Altertums ... Engels: Anti-Dühring ... Lenin: Über den Staat ... Iljin: Schwarz auf Weiß ... Wie der Mensch zum Riesen wurde ...“ Vgl. Lehrplan für Grundschulen (Anm. 19), S. 8. 1953 waren diese Vorgaben aus dem Lehrplan wieder verschwunden.

²² Vgl. Lehrplan für Grundschulen (Anm. 20), S. 5–16.

²³ Vgl. Hans-Georg Wolf, Regional- und Betriebsgeschichte in der DDR, in: Politik, Geschichte und ihre Didaktik, 11 (1983) 314, S. 134.

²⁴ Vgl. Albrecht Timm, Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seit 1945, Bonn–Berlin 1965, S. 39f.

²⁵ Dieter Riesenberger, Geschichtsunterricht in der DDR. Aspekte und Tendenzen, Göttingen 1973, S. 54.

schichtsstoffes nach bestimmten, für die patriotische Erziehung bedeutsamen Gesichtspunkten (Themen) vorzunehmen.“²⁶

Neben der Heimatgeschichte erlebte Mitte der fünfziger Jahre im Sinne der „patriotischen Erziehung“ auch die deutsche Geschichte eine Aufwertung. 1956 traten neue Geschichtslehrpläne für die Klassen 5 und 10, 1957 für die Klasse 6 der Mittelschule in Kraft. Zugunsten einer vorrangigen Behandlung der deutschen Geschichte wurden in allen drei Lehrplänen Themen der Weltgeschichte gekürzt bzw. gestrichen. So entfiel außer dem Spartakusaufstand in der 5. Jahrgangsstufe die gesamte römische Geschichte, in Klasse 6 wurde die Geschichte Rußlands gestrichen sowie die Geschichte der Entdeckungen gekürzt²⁷. In Klasse 10 fand die Geschichte der Sowjetunion keine Beachtung mehr; an ihre Stelle rückte eine ausführliche Behandlung der Geschichte der Weimarer Republik, der Zeit 1933–1945 sowie der DDR-Geschichte. Von 60 Geschichtsstunden befaßten sich in der 10. Klasse nur noch 21 mit Weltgeschichte²⁸.

Eine weitere wichtige Veränderung betraf die methodischen Vorgaben im Lehrplan. Während noch bis 1955 jede Einzelstunde im Detail vorgeplant war, gab es in den neuen Lehrplänen nur noch Richtzahlen zur Stundenverteilung für größere Stoffeinheiten, da emotionale, heimatbezogene Inhalte innerhalb eines starren Stoffverteilungsplanes mit festen Stundenschemata und in Form von trockenen wissenschaftlichen Lehrervorträgen kaum vermittelt werden konnten. „Der Unterrichtsplan schreibt den Lehrstoff nicht bis ins einzelne vor, sondern beschränkt sich auf die Angabe des Hauptthemas der Unterrichtseinheiten. Außerdem führt er die wichtigsten Unterthemen an, die zugleich als Vorschlag für eine Untergliederung der Unterrichtseinheiten gelten können.“²⁹ Schülerorientierte Methoden wie Diskussionen, Unterrichtsgespräche oder auch lebhaftere, schülergerechte Lehrervorträge sollten den stärker emotional ausgerichteten Unterricht ebenso bestimmen wie Museumsbesuche und Unterrichtsgänge³⁰.

26 Lehrplan Geschichte 9. Klasse Mittelschule mit Wirkung vom 1. 9. 1955, Berlin 1957, S. 3.

27 Vgl. Lehrplan Geschichte 5. Klasse Mittelschule, Berlin 1958, S. 1 f., und Lehrplan Geschichte 6. Klasse Mittelschule, Berlin 1957, S. 5.

28 Vgl. Lehrplan Geschichte 10. Klasse Mittelschule, Berlin 1957, S. 3.

29 Lehrplan Geschichte 9. Klasse Mittelschule, Berlin 1955, S. 3.

30 Diese Tendenz zeigte sich deutlich in den Geschichtslehrplänen Mitte der fünfziger Jahre; so auch im Lehrplan Klasse 6 Mittelschule: „Im gesamten Geschichtsunterricht

Gerade in der krisenhaften Zeit der fünfziger Jahre schlugen sich gesellschaftliche Wandlungen und Diskussionen deutlich im Geschichtsunterricht nieder. So auch nach der kurzen politischen Tauwetterperiode, die bereits ab 1955/56 zu Ende ging. Die DDR schien sich innenpolitisch zu stabilisieren: Die Lebensverhältnisse verbesserten sich spürbar und die Flüchtlingszahlen stagnierten. Die Bevölkerung – vor allem aber die Jugend – sollte nun noch stärker für den Sozialismus mobilisiert werden.

Zur Verwirklichung ihrer ideologischen Ziele drängte die SED auf einschneidende schulpolitische Veränderungen. So brach Ende 1957 die reformpädagogische Renaissance im Unterricht plötzlich wieder ab. All jenen, die – in Nachwirkung der Liberalisierungswelle – eine Revision der DDR-Schule und die Wiedereinführung der Mehrgliedrigkeit der Schule forderten, wurde eine strikte Absage erteilt. 1958 legte die SED „Vorschläge zur sozialistischen Erziehung der Schuljugend“ vor, welche die „polytechnische Bildung“ in einer sozialistischen Einheitsschule in den Mittelpunkt rückten. Im Januar 1959 beschloß das Zentralkomitee ein eng daran angelehntes Thesenpapier „Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“. Zentrale Forderung war die Schaffung einer „Zehnklassigen allgemeinbildenden Oberschule“, die bis 1964 zur obligatorischen Schule für alle Kinder werden sollte³¹.

Im Zuge der Umgestaltung des Schulwesens trat ab September 1959 ein neues „Lehrplanwerk“ mit veränderter Stundentafel und neuen Inhalten in Kraft. Der Geschichtslehrplan von 1959 erhöhte die Stofffülle wieder durch die Aufnahme von Themen der außerdeutschen Geschichte, vor allem der sowjetischen Geschichte und der internationalen Arbeiterbewegung. In allen Jahrgangsstufen wurde die Behandlung der deutschen Geschichte wieder zurückgedrängt. Sogar in Klasse 5 lag nun der Schwerpunkt des Unterrichts wieder bei der Geschichte des Alten Orients und Griechenlands³².

dieses Schuljahres ist bei der Behandlung der nationalen Geschichte die Heimatgeschichte weitgehend einzubeziehen. Die zahlreichen Möglichkeiten unmittelbaren Erlebens (Unterrichtsgänge...) sind auszunutzen.“ Vgl. Lehrplan Geschichte 10. Klasse Mittelschule (Anm. 28), S. 4.

31 Am 2. Dezember 1959 bildeten diese Thesen die Grundlage für das „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR“. Vgl. Quellen zur Geschichte der Erziehung (Anm. 3), S. 532 ff.

32 Vgl. Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule, Berlin 1959, S. 2.

Der „deutsche Patriotismus“ wurde im Geschichtsunterricht durch den Begriff „sozialistischer Patriotismus“ ersetzt. Die scheinbare Irreversibilität der Teilung wirkte sich in der Konstruktion eines sozialistischen Heimatbegriffes aus³³. Kriterium für Nation war also nicht mehr die gemeinsame Geschichte, sondern die Ideologie. Das Fach Heimatkunde wurde 1959 wieder abgeschafft und statt dessen die „Staatsbürgerkunde“ eingerichtet.

Aufgrund der (utopischen) Bemühungen, die Bundesrepublik wirtschaftlich zu überholen, zeigte der Lehrplan von 1959 „ökonomistische Tendenzen“³⁴. Die geisteswissenschaftlichen Fächer erfuhren in der Stundentafel rapide Kürzungen; mathematisch-naturwissenschaftliche Disziplinen besetzten 70 Prozent des gesamten Lehrvolumens³⁵. Die Zahl der Geschichtsstunden in Klasse 5 wurde auf 30 Stunden reduziert³⁶.

Das Prinzip der „polytechnischen Erziehung“ zeigte auch bei den Inhalten des Geschichtsunterrichts Wirkung. Künftig sollten „die Entwicklung der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und die Rolle der Volksmassen als Produzenten materieller Güter“³⁷ größere Beachtung finden. Technik- und Industriegeschichte erhielten so im neuen Lehrplan breiten Raum. In der 7. Klasse wurde ein größeres Kapitel zur industriellen Revolution in England, in der 8. Klasse ein Unterrichtsabschnitt zur Entwicklung der Industrie im 19. Jahrhundert eingefügt³⁸.

Hauptinhalt wurde jedoch die Geschichte der Arbeiterbewegung, um den Schülern zu vermitteln, daß die DDR „die Zukunft des deutschen Volkes verkörpert“³⁹. Besonders deutlich zeigte sich diese inhaltliche Orientierung im neuen Lehrplan der 9. Klasse. Die Behandlung der deutschen Geschichte beschränkte sich im wesentlichen auf die Geschichte der KPD. Erklärtes Ziel des gesamten Jahreslehrganges war die Abgrenzung vom „imperialistischen Klassenfeind“: „Den Schülern muß bewußt werden, daß durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution der Zusammenbruch des Imperialismus und der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab eingeleitet wurden.“⁴⁰

33 Näheres zum sozialistischen Heimatbegriff: vgl. H.-G. Wolf (Anm. 23), S. 136.

34 Hans-Dieter Schmidt, *Geschichtsunterricht in der DDR. Eine Einführung*, Stuttgart 1979, S. 63.

35 Vgl. Hermann Weber, *Kleine Geschichte der DDR*, Berlin 1988, S. 97.

36 Vgl. Lehrplan (Anm. 32), S. 2.

37 H.-D. Schmidt (Anm. 6), S. 445.

38 Vgl. Lehrplan (Anm. 32), S. 16 und 24.

39 Ebd., S. 2.

40 Ebd., S. 27.

Mit der Abschaffung reformpädagogischer, demokratischer Unterrichtsmethoden trat – wie schon zu Beginn der fünfziger Jahre – wieder ein geschlossener Stoffverteilungsplan im Geschichtsunterricht in Kraft. In Form möglichst wissenschaftlicher Lehrervorträge wurden dem Schüler systematisch die Inhalte des Historischen Materialismus vermittelt. Das starre Lehren der von der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft aufbereiteten Inhalte entsprach den Interessen der inzwischen wieder stabilen, mit dem Staat identischen Einheitspartei. Abweichende Meinungen wurden auch im Geschichtsunterricht nicht zugelassen. Sämtliche kreativen Schüleraktivitäten wurden daher bei der Wissensvermittlung unterbunden.

V. Der Geschichtsunterricht in der Zeit der Konsolidierung der DDR (1961–1971)

Auf die erneute tiefe Krise des Systems 1960/61 und die anschwellende Massenflucht aus der DDR reagierte die Ulbricht-Führung mit dem Bau der Berliner Mauer. Die systematische Abriegelung zwang die Bürger künftig, sich mit dem Staat zu arrangieren. Bereits eine Woche nach Beginn des Mauerbaus gab man bekannt, daß alle Geschichts- und Staatsbürgerkundelehrer noch vor Beginn des neuen Schuljahres an einem Seminar teilzunehmen hätten, da in der ersten Woche sämtliche Stunden beider Fächer für die Behandlung der „Grenz-sicherung“ genutzt werden sollten. Außer in der 10. Klasse trat an die Stelle der Lehrpläne eine „Direktive“. Die Erklärung der aktuellen Ereignisse, d.h. der völligen Abtrennung der DDR durch diese Maßnahme der SED, rückte in den Vordergrund. Die Zweistaatlichkeit wurde im Unterricht durch die Lehre von den zwei Klassenlinien legitimiert⁴¹. Den Schülern sollte glaubhaft gemacht werden, daß eine Wiedervereinigung durch den Gang der Geschichte unmöglich geworden sei. Ein eigens gegründetes „Zentralinstitut“ sollte künftig die „Effektivität“ des Geschichtsunterrichts erhöhen.

Die DDR-Geschichtswissenschaft hatte nun in erster Linie der Untermauerung politischer Anliegen der SED zu dienen. Man beschwor die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, um die eigene

41 Vgl. H.-D. Schmidt (Anm. 6), S. 446.

Politik und die Abschottung der DDR historisch zu rechtfertigen. Auch der Geschichtsunterricht mußte sich dieser Linie beugen. Ein neuer Lehrplan, 1961 für die Klassen 9 bis 12 eingeführt, formulierte als Erziehungsziel des Geschichtsunterrichts: „Es ist . . . Aufgabe des Geschichtsunterrichts, den Schülern die beiden gegensätzlichen Linien in der Politik in Deutschland und die unterschiedlichen politischen Traditionen der beiden deutschen Staaten bewußt zu machen. Die Schüler gelangen dadurch zu der Überzeugung, daß die DDR der rechtmäßige deutsche Staat ist, der die Zukunft des deutschen Volkes verkörpert.“⁴² Dementsprechend verlagerte sich der Lehrplaninhalt weiter deutlich zugunsten von deutscher und internationaler Arbeiterbewegung sowie der Zeitgeschichte nach 1945. So galten in Klasse 10 von 60 Jahresstunden künftig 48 dieser Thematik.

Ebenso wie die Inhalte des Geschichtsunterrichts wurde auch deren Aufbereitung präzise vorgeschrieben: 1960 erschien erstmals ein „methodisches Handbuch“ für den Geschichtsunterricht. Dieses – wie auch alle folgenden Handreichungen – zeigt, wie um angemessene Proportionierung von „erlebnisbetonter Darstellung“ einerseits und „marxistisch-leninistischer Durchdringung“ andererseits gerungen wurde⁴³. Nach Überwindung der Krise von 1961 erfolgte über lange Zeit keine wesentliche inhaltliche oder methodische Neukonzeption des Geschichtsunterrichts, sondern lediglich Akzentverschiebungen.

1965 wurde das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ beschlossen. Das Gesetz forderte die Erziehung der Kinder zur „Liebe der DDR“ und zum „Stolz auf die Errungenschaften des Sozialismus“. Die Schüler sollten „die Lehren aus der deutschen Geschichte, besonders der deutschen Arbeiterbewegung, begreifen“⁴⁴. Damit wurde ein klarer Kurs auf Eigenstaatlichkeit der DDR gefahren, der im Bildungsbereich die 1967 erlassene „Staatsbürgerschaft der DDR“ schon im voraus zementierte.

Auf der Basis dieses Gesetzes wurden bis 1971 nach und nach sämtliche Lehrpläne revidiert. Bereits 1966 trat ein neuer Geschichtslehrplan für die 5. Klasse in Kraft, der den Ausgangspunkt des neukonzipierten Geschichtskurses für alle Klassenstufen bildete. Bis 1973 wurde dieser bis Klasse 11 eingeführt; in Klasse 12 entfiel künftig der Ge-

schichtsunterricht zugunsten „polytechnischer Ausbildung“. Die Herausbildung eines „historisch-materialistischen Geschichtsbildes“ und die Parteinahme für die „historische Mission der Arbeiterklasse“ waren die dominierenden Erziehungsziele. „Im Prozeß der sozialistischen Bildung und Erziehung der jungen Generation ist dem Geschichtsunterricht in den Klassen 5 bis 10 vor allem die Aufgabe gestellt, überzeugend die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus und die Rolle der Menschen . . . in diesem Entwicklungsprozeß nachzuweisen, die Schüler zur bewußten Parteinahme für den gesellschaftlichen Fortschritt und für die fortschrittlichen Kräfte zu erziehen und sie zu befähigen, ihr Leben in den Dienst des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu stellen.“⁴⁵

Das neue Lehrplanwerk für den Geschichtsunterricht hatte im Vergleich zu seinem Vorgänger von 1959 den sechsfachen Umfang. Die Einzelstunden waren minutiös geplant und vorstrukturiert. Parallel zu diesen „präzisierten“ Lehrplänen erschienen für die Lehrer „Unterrichtshilfen“ für die einzelnen Stunden, um sicherzugehen, daß sie den vorgegebenen Inhalt anhand dieser „Rezeptbücher“ auch exakt in der gewünschten Form vermittelten. Sogar Filme, Diareihen und Schülerhefte wurden passend dazu konzipiert. So erschien 1969 beispielsweise eine Quellensammlung für den Unterricht, die der Forderung, das „wissenschaftliche Geschichtsbild der deutschen Arbeiterklasse in wesentlichen Fragen zu systematisieren, zielgerichtet zu erweitern und theoretisch zu vertiefen“⁴⁶, präzise nachkam. Dem Geschichtsunterricht der Klasse 8 wurde eine zentrale Stellung zugedacht, um Voraussetzungen für das „Verständnis der in den Klassen 9 und 10 zu behandelnden Erscheinungen und Prozesse sowie für die erzieherisch wirksame Auseinandersetzung mit den Grundfragen der Epoche“⁴⁷ in allen Fächern zu schaffen. Inhaltlich sollten vorrangig Probleme der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung behandelt werden. Die Schüler hatten sich dabei auch mit der „imperialistischen“, vor allem aber westdeutschen Geschichtsschreibung „auseinanderzusetzen“.

Nach dem Prager Frühling erlebte die Zeitgeschichte – ähnlich wie nach dem Mauerbau – eine enorme Aktualisierung. Die Ereignisse wurden im Unterricht interpretiert und der Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages gerecht-

42 Vgl. Lehrplan Geschichte Klassen 9 bis 12, Berlin 1961, S. 2f.

43 H. Gies, in: Hans Süßmuth (Anm. 12), S. 39.

44 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem, in: Quellen (Anm. 3), S. 544.

45 Lehrplan Geschichte Klassen 5 bis 7, Berlin 1981, S. 5.

46 H.-D. Schmidt (Anm. 14), S. 336.

47 Lehrplan Geschichte Klasse 8, in Kraft seit 1. 9. 1969, Berlin 1980, S. 7.

fertigt. Der Prager Frühling löste eine „Reideologisierungswelle“ im Geschichtsunterricht aus und führte insgesamt zu einer Aufwertung des Faches⁴⁸.

VI. Der Geschichtsunterricht am Beginn der Ära Honecker (1971–1979)

Die Ablösung Walter Ulbrichts durch Erich Honecker im Mai 1971 stellt eine Zäsur in der Entwicklung der DDR dar. Im Gegensatz zu Ulbricht anerkannte Honecker die Führungsrolle der Sowjetunion und den Modellcharakter ihres Systems. Die Integration in den Ostblock wurde verstärkt. 1974 erfolgte eine Verfassungsänderung, in der alle Hinweise auf ein einiges Deutschland beseitigt wurden.

Das bereits 1965 durch Margot Honecker eingeführte „einheitliche sozialistische Bildungssystem“ wurde nach 1971 weiter ausgebaut. Dabei blieb das Bildungssystem seit den siebziger Jahren bemerkenswert stabil, insbesondere auch hinsichtlich seiner institutionellen Rahmenbedingungen⁴⁹. Im Mai 1973 fand eine „Zentrale Direktorenkonferenz“ statt, die den neuen Kurs des „Honecker-Parteitag“ auf die Schule übertragen sollte. Im Mittelpunkt stand die Forderung, die Wirksamkeit der sozialistischen Erziehung und das Bildungsniveau weiter zu erhöhen. Beim Fach Geschichte beklagte man vor allem unsicheres Wissen über gesellschaftliche und historische Fakten⁵⁰.

Im Geschichtsunterricht waren – der massiven Ostintegration entsprechend – bald die neuen Schlagworte „Proletarischer Internationalismus“ und „Sozialistische ökonomische Integration“ auf der Tagesordnung⁵¹. Die Leistungen der Sowjetunion beim Aufbau der DDR, die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung sowie die sowjetische Geschichte erhielten einen zentralen Platz im Unterricht. Der Geschichtsunterricht thematisierte beispielsweise den „Kampf der UdSSR für

die Durchsetzung der friedlichen Nachkriegsordnung“, den „Aufschwung des antiimperialistischen Befreiungskampfes in Lateinamerika“ oder den „Sieg des kubanischen Volkes“.

Der „Begriffsarbeit“ kam im Geschichtsunterricht eine wichtige Rolle zu. Begriffe wie Frieden, Freiheit, Demokratie und Fortschritt wurden bewußt vereinnahmt und mit völlig anderen Inhalten als denen des westlichen Sprachgebrauchs gefüllt. Mit der Betonung des „Proletarischen Internationalismus“ erfuhr auch die preußische Geschichte eine enorme Aufwertung: Sie sollte die traditionelle Heimatgeschichte ersetzen und als neue Quelle für Heimatbewußtsein in den Unterricht einfließen. Gleichzeitig verschwand die Geschichte der Bundesrepublik aus dem Geschichtsunterricht der DDR. Vergleiche mit der Bundesrepublik sollten nur noch dann vorgenommen werden, wenn sie zur Rechtfertigung von Maßnahmen der SED, wie z. B. des Mauerbaus, oder zur Abgrenzung vom „Klassenfeind“ dienten. Schwarz-Weiß-Malerei bestimmte den Unterrichtsalltag⁵².

Insgesamt wurde in dieser Zeit der mißglückte Versuch unternommen, eine künstliche „sozialistische deutsche Nation“ zu beschwören und die DDR-Geschichte in den Prozeß der Entwicklung des „sozialistischen Weltsystems“ einzugliedern.

VII. Der Geschichtsunterricht in der Krise der DDR (1979–1989)

Seit Ende der siebziger Jahre geriet die DDR immer tiefer in eine umfassende Wirtschafts- und Gesellschaftskrise. Nachdem sämtliche euphorischen Voraussagen über die Entwicklung des Lebensstandards unerfüllt blieben, geriet allmählich die Verkündung eines neuen Fünfjahresplanes und die Hoffnung auf eine vollendete, glückliche Zukunft zur Farce. Die Menschen erlebten die Mangelwirtschaft der DDR beim täglichen „Schlangestehen“. Andererseits hatten sie durch westliche Medien ständig einen direkten Vergleich vor Augen. Unzufriedenheit machte sich in der Bevölkerung breit. Die SED bemühte sich daher, „ihre Legitimation auf eine breitere Basis zu stellen“⁵³ und ihre Politik zu rechtfertigen. Erneut mißbrauchte man dazu die Geschichte: Die SED beanspruchte

48 Vgl. Hans-Georg Wolf, *Geschichtsunterricht und Geschichtsmethodik in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart*, in: *Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (Hrsg.), Geschichtsunterricht und Geschichtsdidaktik vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1988, S. 229.

49 Vgl. H. Gies (Anm. 43), S. 37.

50 Von der zentralen Direktorenkonferenz, in: *Quellen (Anm. 3)*, S. 583.

51 Vgl. H.-D. Schmidt (Anm. 6), S. 448.

52 Vgl. *Lehrplan Geschichte Abiturstufe*, Berlin 1979, S. 26.

53 H. Weber (Anm. 10), S. 337.

künftig die ganze deutsche Geschichte, nicht mehr nur die Geschichte der Arbeiterbewegung!

Im Geschichtsunterricht erfuhr also die deutsche Geschichte wieder eine Aufwertung. In Klasse 11 löschte man nahezu alle Themen zur Behandlung der internationalen Geschichte nach 1945. Schwerpunkte waren künftig die deutsche Arbeiterbewegung und die DDR-Geschichte. Das belegen sowohl der Lehrplan für Klasse 10 ab 1977 als auch ein 1980 für Klasse 11 in Kraft gesetzter Geschichtslehrplan. Sämtliche Unterrichtsinhalte konzentrierten sich um die Thematik „Kampf der SED für die Entwicklung des Sozialismus in der DDR“⁵⁴.

Der gesamte Geschichtslehrgang war indoktrinativ darauf ausgerichtet, eine historische Kontinuität in der Geschichte der DDR und vermeintliche Erfolge beim Aufbau des Sozialismus zu demonstrieren. Gleichzeitig wollte man die „Überlegenheit“ des Sozialismus in der DDR mit dem Hinweis auf die „unwiderrufliche Integration in das sozialistische Lager“ belegen: „Die Schüler sollen lebendige Vorstellungen darüber erhalten, wie die Werktätigen unter Führung der SED erfolgreich die Grundlagen des Sozialismus errichteten, die aggressiven Pläne der imperialistischen Reaktion durchkreuzten und ihren Beitrag zum Schutz des Weltsozialismus leisteten. Die Schüler erkennen, daß sich dieser Staat als unlösbarer Bestandteil des sozialistischen Weltsystems entwickelt.“⁵⁵

Während die SED-Führung in den achtziger Jahren weitgehend außenpolitische Anerkennung genoß und halsstarrig bekundete, der Kurs des 8. Parteitages sei richtig und müsse fortgesetzt werden, verschärfte sich die innere Lage in der DDR zusehends. Bedingt durch überzogene Sozial- und Militärausgaben kam es zu einer einschneidenden Versorgungskrise, die den Mißmut breiter Bevölkerungskreise gegen das System anheizte. Zur gleichen Zeit regte sich Widerstand gegen die „Friedenspolitik“ der DDR-Führung. Das rigorose Vorgehen gegen Anhänger der Friedensbewegung entfachte – auch in der SED selbst – eine vorsichtige Öffnungsdiskussion.

Doch auch der Reformfrühling in der Sowjetunion brachte die SED-Führung nicht auf den Boden der politischen Realität. Die jahrzehntelang gültige These „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen

lernen“ wurde plötzlich ins Gegenteil verkehrt: Die DDR habe eine hochentwickelte ökonomische Basis und daher auch nicht die innenpolitischen Probleme der Sowjetunion. Dennoch zeigten immer mehr – vor allem junge – Menschen offen ihre Sympathie für das Reformprogramm Gorbatschows und forderten dessen Übertragung auf die DDR.

Schwierig gestaltete sich auch die Situation für die Geschichtswissenschaft in der DDR. Einerseits waren in Forschung und Lehre parteihörige Historiker am Werk, die die DDR und ihre marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft zementieren wollten: Sie beriefen sich weiter auf die deutsche Geschichte, um den „erfolgreichen Weg des Sozialismus in der DDR“ zu glorifizieren⁵⁶. Andererseits stellten sich Geschichtswissenschaftler neuen Sichtweisen, die nicht nur das traditionelle DDR-Geschichtsverständnis, sondern die Rolle der SED generell in Frage stellten. Als man Diskussionen über Rosa Luxemburgs „Freiheit der Andersdenkenden“ und die Opfer des Stalinismus nicht mehr eindämmen konnte, folgte 1988/89 das Verbot des „Sputnik“, einer deutschsprachigen Zeitschrift mit Beiträgen u. a. aus der sowjetischen Geschichtswissenschaft.

Mit einer neuen Lehrplangeneration ab 1988/89 sollte auch der Geschichtsunterricht dazu beitragen, die „Liebe zum sozialistischen Vaterland“ und den „Stolz auf die historischen Errungenschaften des Sozialismus“ sowie das „Vertrauen in die Politik der SED“ wieder zu festigen⁵⁷. Ebenso wie die Geschichtsforschung beanspruchte nun auch der Geschichtsunterricht in der DDR die gesamte deutsche Geschichte: „Ausgehend von ihrem Wissen, das sie über die Geschichte des Sozialismus in der DDR besitzen, sollen sie (die Schüler) erkennen, daß die DDR tief in den großen Leistungen und Kämpfen unseres Volkes verwurzelt ist, daß sie die besten Traditionen deutscher Geschichte ... verkörpert und daß sie den bisherigen Höhepunkt der ganzen deutschen Geschichte darstellt.“⁵⁸

Nachdem in den achtziger Jahren die Ausreisewelle deutlich anstieg, wandte sich der Geschichtsunterricht wieder mehr der Regionalgeschichte zu, um die Schüler emotional stärker an die Heimat zu binden⁵⁹. Der neue Lehrplan verpflichtete die

54 Lehrplan Geschichte Klasse 10, Berlin 1977, und Lehrplan Geschichte Abiturstufe, Berlin 1979.

55 Lehrplan Geschichte Abiturstufe (Anm. 54), S. 5 und 25f.

56 Deutsche Geschichte in zehn Kapiteln, Berlin 1988, S. 9.

57 Lehrplan Geschichte Klassen 5 bis 10, Berlin 1988, S. 3f.

58 Ebd., S. 8.

59 Vgl. H.-G. Wolf (Anm. 23), S. 150.

Geschichtslehrer, die Heimatgeschichte umfassend in den Unterricht einzubeziehen. Außerdem wurde der Geschichtslehrgang insgesamt zugunsten der DDR-Geschichte verschoben: In der 10. Klasse befaßte sich das Fach Geschichte nur noch mit der DDR-Geschichte ab 1950⁶⁰. Die Geschichtslehrer sollten die Entwicklung des „real existierenden Sozialismus“ bis hin zur idealen sozialistischen Gesellschaft als einen langen Prozeß darstellen. Während die politischen und materiellen Grundlagen des Sozialismus in relativ kurzer Zeit geschaffen würden, könne das Bewußtsein der Menschen nicht von heute auf morgen verändert werden⁶¹. Diese problematisierte Sichtweise sollte die Schüler befähigen, sich „klassenmäßig und offensiv mit antikommunistischen Geschichts-

lügen auseinanderzusetzen“ und „klassenmäßige Positionen“ zu vertreten⁶². Ziel des Unterrichts war die „Einsicht in die wachsende Stärke und Macht des Sozialismus“. Noch im Juni 1989 wurden auf dem Pädagogischen Kongreß der DDR die Zielstellungen des neuen Geschichtslehrplanes erörtert⁶³.

Die Geschichte selbst widerlegte die euphorischen Sozialismus-Voraussagen der DDR-Geschichtsmethodiker. Der neue Lehrplan war in Klasse 10 nur noch für wenige Wochen in Kraft, bevor die friedliche Revolution in der DDR einen Schlußstrich unter das jahrzehntelang auf Indoktrinierung und Geschichtsfälschung ausgerichtete Konzept der SED-Schulpolitik zog.

60 Vgl. Lehrplan (Anm. 57), S. 82.

61 Vgl. H.-G. Wolf (Anm. 48), S. 234.

62 Vgl. Lehrplan (Anm. 57), S. 5 und S. 93.

63 Vgl. H. Gies (Anm. 43), S. 39.

Hans Günter Hockerts: Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 3–19

Kein Zweig der Geschichtswissenschaft ist mit der Gegenwart so eng verknüpft wie die Zeitgeschichtsforschung. In Anbetracht des Epochenwechsels, der sich in unserer Gegenwart vollzieht, ist daher die Frage neu zu bedenken: Was heißt und wozu betreiben wir Zeitgeschichte? Der Aufsatz geht dieser Frage nach, indem er sich zunächst mit dem Begriff „Zeitgeschichte“ auseinandersetzt. Es werden einige damit verbundene Periodisierungsmöglichkeiten erörtert, darunter Karl Dietrich Brachers Vorschlag, in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts eine „ältere“ und eine „neuere“ Zeitgeschichte zu unterscheiden. Mit dem Beitritt der DDR ist nunmehr eine Forschungslage entstanden, in der „drei Zeitgeschichten“ aufeinanderstoßen.

Der zweite Abschnitt wendet sich der Theorie des historischen Erkennens zu. Da gegen die Zeitgeschichtsforschung lange der Vorwurf erhoben wurde, sie habe zu ihrem Gegenstand keine hinreichende Distanz, stellen sich methodologische Fragen hier dringlicher als in anderen historischen Disziplinen. Welche Entwicklungslinien kennzeichnen die Praxis der zeithistorischen Forschung in der (alten) Bundesrepublik? Wo lagen die Themenschwerpunkte, und wie haben sie sich seit den fünfziger Jahren verändert? Davon ist im dritten Abschnitt die Rede. In den abschließenden Überlegungen wird erörtert, vor welchen Aufgaben die Zeitgeschichtsforschung heute und in naher Zukunft steht. Vor allem wird ein Relationsgefüge zu erarbeiten sein, das Deutschlands dreifache Zeitgeschichte sinnvoll miteinander vermittelt, ohne spezifische Differenzen zu verwischen.

Wolfgang J. Mommsen: Die DDR in der deutschen Geschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 20–29

Das Ende der DDR wie auch der „alten“ Bundesrepublik ermöglicht es, einen unbefangeneren Blick auf ihre jeweilige Entwicklung in den vergangenen vier Jahrzehnten zu richten. Jenseits aller früheren ideologischen Frontstellungen werden nun Unterschiede wie Gemeinsamkeiten deutlicher sichtbar. Während beispielsweise die Westintegration der Bundesrepublik nicht nur politische und wirtschaftliche Handlungsfreiheit verschaffte, sondern sie auch im Gefolge des Kalten Krieges zunächst einer intensiveren Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit enthob, war die DDR in einer ungleich schwierigeren Situation. Sie mußte ihre mangelhafte politische Legitimation wie den fehlenden wirtschaftlichen Erfolg durch Idealisierung und Ideologisierung zu ersetzen versuchen: „Antifaschismus“ und „realer Sozialismus“ hießen die Chiffren, die die Probleme des Alltags überdeckten. Dabei mag es – im Vergleich zu den ostmitteleuropäischen Staaten in ähnlicher Situation – eine wohl sehr deutsche Verhaltensweise zumal der Intelligenz gewesen sein, mit dem festen Blick auf den eben vergangenen Totalitarismus den gegenwärtigen nicht wahrzunehmen oder aber sich mit ihm nicht zuletzt aufgrund der gewährten Privilegien zu arrangieren. Angesichts von seinerzeitigen wie aktuellen Wahrnehmungsproblemen der westdeutschen Intelligenz besteht hier jedoch kein Grund zur Überheblichkeit.

So gewiß auf diesen wie anderen kontroversen Themenfeldern einerseits weitere – notwendige – Auseinandersetzungen zu erwarten sind, so besteht doch andererseits jetzt auch die Möglichkeit, ohne ideologische Verkämpfungen die politischen Auseinandersetzungen der deutschen Zeitgeschichte etwa seit Beginn der Weimarer Republik neu aufzuarbeiten und dabei gelassener die Begründungen für unterschiedliche oder gegensätzliche Positionen und Interpretationen zur Kenntnis zu nehmen. Dieses Nachdenken über die differierenden Perspektiven einer gemeinsamen deutschen Nationalgeschichte wäre dann auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Entwicklung der inneren Einheit.

Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 30–41

Die Teilung Deutschlands hat auch in der Historiographie ihre Spiegelung gefunden. Gesamtdeutsche Geschichtskonzepte wurden seit den siebziger Jahren immer deutlicher von Teilgeschichten der Bundesrepublik und der DDR verdrängt. Das entsprach nicht nur der wachsenden Spezialisierung der geschichts- und politikwissenschaftlichen Teildisziplinen, sondern auch der politischen Akzeptanz der Zweistaatlichkeit und dem bewußten oder unbewußten Trend, über das Medium der Geschichtsschreibung politische Identitäten zu festigen. Dadurch ist aber aus dem Blick geraten, wie eng die Geschichte der beiden Teile Deutschlands trotz staatlicher Trennung und trotz aller demonstrativen Abgrenzungsversuche miteinander verflochten war.

An verschiedenen exemplarischen Themenfeldern läßt sich dieser Dualismus von Abgrenzung und Verflechtung als Charakteristikum deutscher Nachkriegsgeschichte aufzeigen. So lassen sich Umrisse eines möglichen Interpretationskonzepts skizzieren, das weder Nationalstaatsgeschichte im Zeitalter der Teilung ist noch sich an zwei separaten Staaten und Gesellschaften orientiert, sondern eine spezifische Ausprägung von Beziehungsgeschichte zum Gegenstand hat.

Wolfgang Protzner/Alexandra Neubauer/Christel Schuster: Der Geschichtsunterricht in der DDR als Instrument der SED-Politik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/93, S. 42–51

Die Entmachtung der SED 1989 stellte auch das Ende der DDR-Geschichtswissenschaft als eigenständige, von der SED abhängige und dem Marxismus-Leninismus verpflichtete Disziplin dar. Die Geschichtswissenschaft hatte die Legitimation der SED-Herrschaft und ihrer Politik zu liefern, die im Geschichtsunterricht – dem ideologischen Kernfach neben Staatsbürgerkunde – den Schülern vermittelt wurde. Sie sollte den „Klassenstandpunkt“ fundieren und die „Liebe zum sozialistischen Vaterland“ vertiefen.

Anders als in der Bundesrepublik bestand in der DDR ein direktes einseitiges Abhängigkeitsverhältnis SED-Politik – Geschichtswissenschaft – Geschichtsunterricht. Politische und gesellschaftliche Veränderungen wirkten sich daher unmittelbar inhaltlich und methodisch auf den Geschichtsunterricht aus. Aufgrund dieser Abhängigkeit der Geschichtswissenschaft und des Geschichtsunterrichts von der SED-Führung ist die Entwicklung des Geschichtsunterrichts klar den einzelnen Phasen der DDR-Geschichte zuzuordnen.